Fürst Bismarck und seine zeit

Hans Blum

Fürst Bismarck

und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

Dr. Hans Blum.

Anhang- und Registerband.

1895—1898.

München 1899
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Vorwort.

Als Fürst Bismarck am 30. Juli 1898 die strahlenden, klaren Augen für immer geschlossen hatte, erschien dem Verfasser und Verleger dieses Werkes als ein Gebot der Pflicht, dem Werke noch einen Anhang hinzuzufügen. Dasselbe war vor drei Jahren abgeschlossen worden mit dem Bericht über die Huldigungen, die unserem Altreichskanzler zum achtzigsten Geburtstag und in den darauf folgenden Monaten dargebracht wurden. Nun galt es, in den Rahmen dieses Werkes noch einzufügen den reichen biographisch-geschichtlichen Inhalt der letzten Lebensjahre, die unserem ehrwürdigen Kanzler noch beschieden waren, und es abzuschließen mit der einmütigen und unvergleichlich großartigen Trauerklage der gesamten gesitteten Menschheit um den Heimgegangenen.

Hiebei konnten Verfasser und Verleger auch ihr schon früher gehegtes, aber durch die dringende Eile des Erscheinens des Schlußbandes dieses Werkes seinerzeit unausführ-

bares Vorhaben verwirklichen, ein das gesamte Werk, einschließlich des Anhangs, umfassendes, sehr eingehendes und übersichtliches Personennamen- und Sachregister beizufügen, und damit einem aus dem geehrten Leserkreise vielfach und lebhaft geäußerten Wunsche zu genügen.

Leipzig-Plagwitz, Oktober 1898.

Dr. Hans Blum.

Inhalt.

Anhang.

Fürst Bismarcks Lebensende.

Erstes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1895.

Zweites Kapitel.

Bismarck im Jahre 1896.

Drittes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1897.

Viertes Kapitel.

Bismarcks letzte Lebensmonate (Januar bis Juli 1898).

Anhang.

Fürst Bismarcks Lebensende.

Erstes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1895.

Niemand hätte ahnen können, daß das deutsche Volk seinen teuren Helden nach so kurzer Zeitspanne schon verlieren sollte, als dieser auch die Mühen und Anstrengungen der Feier seines achtzigsten Geburtstages mit wahrhaft jugendlicher Körperfrische und Spannkraft auf sich nahm und ertrug, und dann noch monatelang die fast unzähligen Züge begeisterter Wallfahrer nach Friedrichsruh mit nimmermüder Ausdauer und Freundlichkeit empfing und mit gehaltvollen Ansprachen begrüßte und entließ. Bismarcks Befinden war damals, trotz dieser unablässigen großen Anstrengungen, so ausgezeichnet, daß die mit Friedrichsruh in stetiger Fühlung stehenden „Hamburger Nachrichten" am 9. Juli 1895, unter scharfen Ausfällen gegen „die schnelle und eifrige Verbreitung, die u. a. das offiziöse Wolff'sche Telegraphen-Bureau den erfundenen ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand und die Gemütsverfassung des Fürsten Bismarck zu teil werden läßt", wörtlich schrieben: „Von der »großen psychischen Depression«, die sich nach den offiziösen Telegrammen bei ihm bemerkbar machen soll, haben wir nicht das Geringste wahrgenommen, und alle, die mit ihm verkehren, sagen, daß sie ihn geistig niemals heiterer gefunden hätten, wenn auch körperlich zeitweise schwer angefochten durch die nervösen Gesichtsschmerzen, die selbst bei einer kräftigen Natur wohl die Folge einer dreißigjährigen amtlichen Thätigkeit von der Art, wie

sie Fürst Bismarck ausgeübt hat, und der unberechtigten Gegenwirkungen sein Können, von denen die Geschäftsführung des Fürsten so oft gekreuzt worden ist."

In der That geben alle Erwiderungen Bismarcks auf die noch monatelang — nach den im VI. Band S. 505—518 dieses Werkes aufgezählten — in Friedrichsruh eintreffenden schriftlichen und persönlichen Huldigungen beredtes Zeugnis von dieser wunderbaren geistigen und körperlichen Frische des Gefeierten. Natürlich aber kann hier nur ein kleiner Teil dieser Erwiderungen und Huldigungen Erwähnung finden.*) Zugleich aber erhellt aus allen Kundgebungen in jenem Jubeljahr, mit welch regem Anteil und scharfem Blick der Achtzigjährige noch alle Regungen unserer Volksseele und namentlich alle Vorgänge und Erscheinungen unserer inneren und äußeren Politik verfolgte.

Von seinen Dankschreiben aus jenen Tagen erwähnen wir nur die folgenden. Am 15. Juli allein erließ er deren nicht weniger als sechs: an den Oberbürgermeister von Altona für Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt; an den Oberstudienrat Dr. Pressel in Heilbronn für die Mittheilung, daß der dortige Kommerzienrat A. Schmidt dem Heilbronner Gymnasium die Bismarcks-Büste von Donndorf geschenkt habe; an den Vorsitzenden des Vereins „Niederwald" in Wien für eine kunstreiche Adresse und Geburtstagsgabe (silbernen Briefbeschwerer mit Abbildungen von Wiener Bauwerken); an Dr. Pesendorfer in Innsbruck für die Glückwunschadresse der Tiroler; an Dr. F. Goetz in Leipzig-Lindenau für die Adresse der deutschen Turnerschaft; und endlich an den Chefarzt der deutschen Schutztruppe in Dar-es-Salaam Dr. Becker, der das Geburtstagsgeschenk der Deutschen in Ostafrika (zwei Elefantenzähne im Gewicht von 112 und 114 Pfund) übersendet hatte. In dem Schreiben

*) Benützt sind für die Darstellung des Folgenden (Kapitel 1 bis mit 3) hauptsächlich die „Hamburger Nachrichten", der „Europäische Geschichtskalender" von Schultheß 1895/97 (München C. H. Beck) und der II. bis V. Band des „Bismarck-Jahrbuchs" von Horst Kohl (Berlin, O. Häring, von Band IV an G. J. Goeschen, Leipzig).

an Dr. Goetz finden sich die Worte: „Die Adresse der deutschen Turnerschaft ist mir eine der wertvollsten Geburtstagsgaben und wird mit ihrer kunstreichen Einfassung eine dauernde Zierde der Sammlung von Andenken sein, welche ich in Schönhausen eingerichtet habe, wo der Name des Turnvaters Jahn und der Lützower noch heute in guter Erinnerung steht aus ihrer Einquartierung im Jahre 1813 her."*) Derselben Sammlung weist Bismarck in dem Dankschreiben an Dr. Becker die beiden Elefantenzähne zu, wobei er bemerkt: „Die letzteren sind länger, als die der indischen Elefanten, welche ich sah." Das Schreiben schließt mit den Worten: „Ich verbinde mit meinem herzlichen Danke für den Ausdruck Ihres Wohlwollens meine aufrichtigen Wünsche für Ihr und aller beteiligten Herren gesundheitliches und geschäftliches Wohlergehen."

Sein Dankschreiben an Dr. Max Jähns in Berlin, dem Vorsitzenden des Allg. Deutschen Sprachvereins, für Verleihung der Ehrenmitgliedschaft leitete Fürst Bismarck am 17. Juli mit den Worten ein: „Die Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins und die Anerkennung, welche Ew. Wohlgeboren und die Herren des Vereins mir in der bestätigenden Urkunde ausgesprochen haben, bedeutet für mich eine besondere Auszeichnung." Jene Urkunde hatte die begeisterten Worte enthalten: „Dem Manne, der .... durch die Wiederherstellung des Reichs unserem Volke das Selbstvertrauen zurückgab, dessen Rat und Thatkraft es ermöglichte, die Elbherzogtümer und Elsaß-Lothringen dem Reiche zurückzuerobern, und die teueren Lande dadurch dem deutschen Sprachgebiete dauernd sicherte, dem stolzdeutschen Manne, der unsere so lange zurückgedrängte Muttersprache in den Weltverkehr der Staatsmänner eingeführt ..., dem sprachgewaltigsten Redner, der ... seine Rede allezeit mit deutschem Sinne füllte und mit starkem deutschen Herzschlag lenkte, so daß die Welt wiederklang von deutschem Geist, deutschem Gemüt und deutschen Gedanken — Ihm gilt diese einstimmige Ernennung zum Ehrenmitgliede."

*) Zu vgl. Bd. I S. 10 dieses Werkes.

Auch die Ehrenmitgliedschaft des Vereins zum Schutze der deutschen Vogelwelt nahm Bismarck am 19. Juli freudig dankend an.

Am 28. Juli flammte ein großartiges Bismarckfeuer auf dem Zugspitz empor, der höchstselbst dem Fürsten davon in folgendem Telegramm Kenntnis gab:

Ein Feuer loht gen Himmel auf
Von Deutschlands eisumstarrter Wacht,
Hell leuchtend durch die dunkle Nacht
Wie deines Lebens Heldenlauf.
Wenn heut der Firn in Flammengluten tagt,
Dir gilt's, der meinesgleich hoch über Allen ragt.

Dein Zugspitz.

Am 4. August wurde bei der Grundsteinlegung zu dem Bismarck-Turm auf dem Knivsberg in Nordschleswig eine große Feier veranstaltet. Am folgenden Tage dankte Bismarck dem Bürmeister Mahla in Landau für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von 23 Pfälzer Städten. Die Eingangsworte des Schreibens lauten: „Die Pfalz findet bei mir lebhafte Gegenliebe für die vielen Freunde, die ich dort habe, und hohe Anerkennung ihrer Weine und ein wohlthuendes Erinnern an ihre landschaftliche Schönheit."

Am 1. Oktober wurde an der Außenseite des Grauen Klosters in Berlin eine Gedenktafel angebracht, die von den noch lebenden ehemaligen Mitschülern Bismarcks in der Prima dieses Gymnasiums gestiftet worden war. Der Fürst dankte dafür am 3. November in rührenden Worten.

In dem Danke, den er am 4. Oktober der Stadt Wismar für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts aussprach, schrieb er: „Die Zugehörigkeit Wismars zu Schweden*) wird von diesem Reiche wohl nicht erstrebt und würde für Deutschland eine Unmöglichkeit sein, und ich glaube, daß wir uns über die Gefahr, Wismar für Deutschland zu verlieren, keine Sorge zu machen brauchen."

*) Die Stadt wurde 1803 von Schweden an Mecklenburg-Schwerin für eine Schuldsumme nur verpfändet, nicht eigentlich abgetreten.

Ebenso herzlich dankte Bismarck am 18. Oktober dem Oberbürgermeister Pabst in Jena für die Überreichung des Gesamt-Ehrenbürgerbriefes aller thüringischen Städte. Am Jahresschlusse endlich, am 25. Dezember sprach er dem Apotheker Schmitz in Samarang in Java und den dortigen deutschen Landsleuten den „verbindlichsten Dank" aus für eine von dorther eingelaufene Adresse und Sendung javanischen Kaffees, „das sehr willkommene Kaffeegeschenk."

Von den Besuchen in Friedrichsruh in dem zweiten Halbjahr 1895 erwähnen wir nur die folgenden: Am 17. Juli überreichte der Vorstand des städtischen Kunstmuseums in Leipzig, Dr. Vogel, dem Fürsten eine von Leipziger Verehrern gestiftete Nachbildung des schönen Siemering'schen Reiterstandbildes Bismarcks am Leipziger Siegesdenkmal. Am 9. Juni rückte der Centralausschuß des Bundes der Landwirte in stattlicher Abordnung in Friedrichsruh auf (etwa 120 Herren und Damen) und wurde durch eine bedeutsame Ansprache Bismarcks ausgezeichnet, die wir aber ihres Inhaltes und ihrer Folgen wegen später vortragen müssen, wo von Bismarcks Anteil an der inneren Politik dieses Jahres die Rede sein wird.

Große Freude ward Bismarck dann bereitet durch den Besuch von sechzig deutschen Veteranen des deutsch-französischen Kriegs, die aus Chicago am 30. August nach Friedrichsruh kamen, um ihm das Ehrenmitgliedsdiplom des dortigen deutschen Kriegervereins zu überreichen. In seinen verschiedenen Ansprachen an die Abordnung sagte der Fürst u. a.: „Wir können die gemeinsamen Gefühle, die uns beseelen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem wir dem Andenken unseres alten Königs Wilhelm ein stilles Glas weihen. Wir haben alle unter ihm gedient." Und dann später im Schloßhof: „Ich danke Ihnen für Ihren Besuch auch aus politischen Gründen, weil er dazu beiträgt, das deutsche Nationalleben, die deutsche Einigkeit, die deutsche Zusammengehörigkeit zu kräftigen. Vor dem Kriege war das nicht so, aber jetzt schließen wir Deutsche uns doch allenthalben zusammen. Die Franzosen

haben mit ihren Hammerschlägen das Ihrige dazu geleistet. Ich will nicht sagen, daß wir ihnen dafür danken sollen, denn gern haben sie es nicht gethan. Ohne den Krieg glaube ich nicht, daß es sobald zur Einigung gekommen wäre. Mit Parlamentsreden und durch die Presse wäre es so fix nicht gegangen, wie mit dem Kriege." Endlich sagte er beim Abschied, indem er ein „Wohl auf ihr neues Vaterland und Chicago" ausbrachte: „Die Vereinigten Staaten und Ihr altes Vaterland haben ja nicht zu zanken miteinander."

Im Oktober empfing dann Bismarck noch den Besuch der Gemahlin des Prinzen Heinrich (VII) und den Abschiedsbesuch des ihm seit Jahrzehnten bekannten von Berlin abberufenen englischen Botschafters, Sir A. Malet, in Friedrichsruh. Am 29. November überreichte ihm hier eine Abordnung der Berliner Akademie der Künste die ihm aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrenmitgliede gewidmete Adresse. Und am 6. Dezember endlich empfing Bismarck mit Freuden den Besuch der alten parlamentarischen Wortführer seiner Ideen im Reichstag, des Freiherrn v. Stumm und des Herrn v. Kardorff.

In Leid und Freud aber war der „Alte im Sachsenwalde" denen, die er liebte und ehrte, immer nah. So, als er am 2. August dem Sohne des großen, am 1. August verstorbenen Geschichtsforschers Heinrich v. Sybel, dem Professor L. v. Sybel in Marburg, telegraphierte: „Mit der herzlichsten Teilnahme erhalte ich die unerwartete Nachricht von dem neuen Verlust in der Zahl meiner persönlichen Mitarbeiter und befreundeten Altersgenossen." Und dann wieder, als er am 8. Dezember dem bedeutenden Geschichtsmaler Prof. Adolf Menzel in Berlin zum 80. Geburtstage seinen telegraphischen Glückwunsch sendete.

Das Verhältnis des Kaisers zu Bismarck hatte sich ja seit dem Januar 1894*) wesentlich günstiger gestaltet, als es in den Vorjahren gewesen, und blieb auch im Jahre 1895 freundlicher.

*) Zu vgl. Band VI S. 481/485 dieses Werkes.

So ward der Altreichskanzler vom Kaiser eingeladen, an der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals, „Kaiser-Wilhelm-Kanals", teilzunehmen, die in den Tagen vom 19. bis 21. Juni stattfand. Mit Rücksicht auf sein hohes Alter und die Schonung seiner Gesundheit mußte Bismarck diese Einladung jedoch ablehnen. Bei den verschiedenen Feiern in Hamburg, Kiel und Holtenau erwähnte der Kaiser aber in keiner seiner Reden des Fürsten Bismarck, während der Minister v. BöttLicher am 20. Juni durch eine kaiserliche Kabinettsordre ausgezeichnet wurde, in welcher es u. a. hieß: „Es ist Mir Bedürfnis, Ihnen für die hingebende Treue, mit welcher Sie dieses epochemachende Werk in allen Phasen seiner Entwickelung geleitet und gefördert haben, Meinen kaiserlichen Dank und Meine volle Anerkennung auszusprechen." Da der Kaiser bei diesen Festen allein sprach, so konnte kein anderer Redner der offenbar nur übersehenen Verdienste des Fürsten Bismarck um dieses nationale Werk gedenken. Ein großer Teil der deutschen Presse aber fand es auffallend, daß nicht einmal der Name des Altreichskanzlers während der ganzen Feier genannt worden sei. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" erwarb sich das Verdienst, an der Hand aller der auch in diesem Werke früher aufgezeichneten Thatsachen den Nachweis zu führen, daß Fürst Bismarck von dem ersten Tage seines Wirkens als preußischer Ministerpräsident an in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit auch die Frage eines Nord-Ostsee-Kanals erwogen und später aufs thatkräftigste durchgeführt habe. Die „Hamburger Nachrichten" ergänzten diese geschichtlichen Erinnerungen am 26. Juni durch die äußerst zutreffende Bemerkung: „Wir glauben, daß ohne den Fürsten Bismarck der Nord-Ostsee-Kanal überhaupt nicht gebaut sein würde. Schon die Erwerbung der Kieler Bucht und Holsteins, die bei ihrer Vorbereitung auch von oben her keine Unterstützung fand, würde ohne die energische Vertretung des damaligen Ministerpräsidenten wahrscheinlich nicht stattgefunden haben, namentlich aber der Kanalbau nicht, der viele Jahre hindurch die Gegnerschaft des Landesverteidigungskomitees zu bekämpfen hatte, an dessen Spitze die entscheidende Autorität, der Graf Moltke,

stand." Zugleich aber bedauert der Artikel, daß die bei der Feier erteilten Auszeichnungen nicht sowohl den in erster Linie um den Kanalbau verdienten Technikern, sondern den „büreaukratischen Behörden, welche den Kanal gelegentlich auf Dienstreisen von Berlin aus inspiziert haben und bei seiner Übergabe an den Verkehr in den Vordergrund traten", zugeflossen seien.

Was bei jener Feier versäumt wurde, holte der Kaiser jedoch nach bei der am 18. August stattfindenden Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. in Berlin. Denn nicht nur lud er zu dieser Feier den Altreichskanzler ein, der nur durch seine Gesundheit am Erscheinen behindert war; auch in der Urkunde, die in den Grundstein des Denkmal eingefügt wurde, war erwähnt, daß neben der Einmütigkeit der deutschen Fürsten, neben Moltke, Roon u. s. w. auch „der weise Rat und die thatkräftige Unterstützung Seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck" die Erfolge des Heldenkaisers verbürgt habe.

Als dann am 2. September der 25jährige Jubeltag des Siegs von Sedan anbrach, telegraphierte der Kaiser an den Fürsten Bismarck, daß ihm besonders an diesem Jubeltage „Herzensbedürfnis" sei, „erneut auszusprechen, daß Ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Ew. Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben." Bismarck legte in seiner Antwort dem Kaiser seinen „ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung vom heutigen Tage und für Ew. Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des hochseligen Kaisers und Königs."

Am 27. November sandten Kaiser und Kaiserin dem Fürsten Bismarck einen Kranz als Zeichen der Erinnerung an den Todestag der vor Jahresfrist heimgegangenen Fürstin. Gegen Schluß des Jahres, am 16. Dezember, besuchte dann der Kaiser, nachdem er Tags zuvor die Marinerekruten in Kiel vereidigt hatte, persönlich den Altreichskanzler in Friedrichsruh.

Wie schon bemerkt, verfolgte Fürst Bismarck mit der alten klaren Wachsamkeit auch in seinem Jubeljahre als Achzigjähriger noch alle Vorgänge des deutschen politischen Lebens, der inneren deutschen Politik. Nach seiner ganzen Lebensrichtung wandte er seine Sorge und Teilnahme namentlich auch den Klagen der deutschen Landwirtschaft zu. Gewiß nicht ohne Fühlung mit ihm, hatten die „Hamburger Nachrichten“ bereits zu Anfang des Jahres (am 21. Februar) einen bemerkenswerten Artikel gebracht, welcher unter der Überschrift „Ein Ausweg aus dem Dilemma“ den Vorschlag machte, der Not der Landwirtschaft dadurch abzuhelfen, daß die Beamten, wie ehedem, ihre Gehälter in „Roggenrente“, d. h. nach dem Stande des mittleren Roggenpreises bezahlt und außerdem — nach dem Vorgang Bayerns — Getreide und Fourage von den Landwirten nach einer von den Proviantämtern monatlich zu bestimmenden Preistaxe als Zahlung für fällige Steuern abgenommen würden. In zahlreichen anderen Artikeln desselben „Bismarck-Blattes“ wurde dann gezeigt, wie sehr die Bureaukratie die ländliche Selbstverwaltung beschwere und belaste (23. Februar), wie diesem Mißstand Abhilfe zu schaffen sei (6. März) und daß diese Abhilfe gewährt werden müsse, da die Abwendung der kleinen Landwirte von konservativen Anschauungen hauptsächlich diesen Mißständen zuzuschreiben sei (25. Mai). Auch wurde der gehässige Ausdruck „Agrarier“ und „Agrariertum“ für alle noch so berechtigten Bestrebungen der deutschen Landwirtschaft nachdrücklich bekämpft (3. März) und dabei ausgeführt, die „Agrarier“ seien ins Deutsche übersetzt, doch nur „deutsche Bauern und kein Stand, sondern ein Gewerbe“.

Wie nahe diese Gedanken Bismarcks eigenen Anschauungen standen, bewies deutlich jene bereits früher erwähnte Ansprache,*) die er am 9. Juni an den in Friedrichsruh erschienenen Zentralausschuß des Bundes der Landwirte hielt. Denn hier wurden alle die soeben aufgezählten Anregungen des Hamburger Blattes zur

*) Dieselbe ist vollständig wiedergegeben bei Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1895 S. 153/156.

Besserung der Lage unserer Landwirtschaft wieder gestreift und betont, der Versuch dieser Besserung sei seitens „der Regierung und Gesetzgebung in den letzten 5 Jahren meiner Überzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehen, mit dem es hätte geschehen können.“ Bismarck empfiehlt daher: „daß wir bei den Wahlen mehr als bisher auf Vertretung unserer Interessen sehen (Beifall). Dafür müssen wir doch Mitinteressenten wählen, und nicht solche Abgeordnete, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und Ar liegen (große Heiterkeit), sondern die festhalten zu ihren Wählern. Ich würde ferner bei Abgabe meines Votums als Wähler mir auch den Kandidaten darauf ansehen: Hat der Mann etwa den Wunsch, Minister zu werden in Berlin? (Heiterkeit.) Dann würde ich ihm ganz bestimmt die Stimme nicht geben, denn dann liegt sein ganzes Interesse in der Ebnung und Verfolgung seiner Carriere. Ferner auch würde ich mir die Frau ansehen, die mitgeht. Hat die ein Bedürfnis in Berlin zu wohnen und dort eine gesellschaftliche Rolle zu spielen und eine Stellung zu gewinnen, so würde ich den Mann auch nicht wählen (Heiterkeit). Nachher, wenn er wirklich Minister wird, so wächst er fest vermöge der konservativen Richtung der Frau in der Wohnung, als Minister. . . . Dann entstehen die Kleber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgend welche landwirtschaftliche Interessen mit Energie bei ihren Kollegen vertreten (Beifall).“

Obwohl nun Fürst Bismarck in dieser Rede „nur als Privatmann“, der „wieder frei für seine alte landwirtschaftliche Fraktion leben“ könne, zu „Fraktionsgenossen“ gesprochen und ihnen nur den vom Fraktionsstandpunkt durchaus berechtigten Rat erteilt hatte, Männer zu wählen, die ihre Interessen vertreten und nicht ehrgeizige und selbstsüchtige eigene Interessen, nicht Streber, die auf dem ersehnten Ministersessel angelangt auch Kleber werden könnten, und obwohl Bismarck zum Beweise seiner loyalen Gesinnung diese Rede in einem Hoch auf den Kaiser ausklingen ließ: „unsern größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten

Schutzherrn der Landwirtschaft und aller produktiven Gewerbe", so bot doch diese Rede der freisinnigen, der christlich-sozialen und namentlich der offiziösen Presse ausgiebigen Stoff zu den heftigsten Angriffen auf den Fürsten Bismarck. Die Offiziösen wollten in dieser Rede namentlich ganz ungebührliche Hindeutungen auf den Staatsminister v. Bötticher erblicken, den Bismarck mit dem „Kleber" gemeint habe.

Sogar der „Reichsanzeiger" legte am 14. Juni Bismarcks Rede so aus und bemerkte: „Wie irrtümlich" es sei „anzunehmen", daß gerade „der Staatsminister v. Bötticher am Amte klebe und sich von der Ministerwohnung nicht trennen könne", „ergibt sich aus der Thatsache, daß Herr v. Bötticher bereits im Februar 1890 nach zehnjähriger Thätigkeit an der Spitze des Reichsamtes des Innern dem Fürsten v. Bismarck den Wunsch ausgesprochen hat, aus seinen Ämtern entlassen zu werden, und daß Fürst v. Bismarck ihn damals im Dienste zurückgehalten hat. Auch später hat Herr v. Bötticher wiederholt seine Entlassung erbeten, welche ihm jedoch nicht gewährt worden ist, wie u. a. aus nachfolgendem allerhöchsten Handschreiben" (vom 29. März 1892) „hervorgeht", das der Reichsanzeiger sodann im ganzen Wortlaut abdruckt.

Die „Hamburger Nachrichten" erwiderten darauf am 16. Juni: Dieses Aktenstück sei ein für Herrn v. Bötticher „sehr ehrenvolles Attest Sr. Majestät des Kaisers". „Etwas zweifelhafter sind wir über die Tragweite der vom ›Reichsanzeiger‹ in erster Linie angeführten ›Thatsache‹, daß Herr v. Bötticher ›bereits im Februar 1890 den Wunsch ausgesprochen habe, entlassen zu werden, und daß Fürst Bismarck selber ihn im Dienste zurückgehalten habe!‹ Diese ›Thatsache‹ ist für uns ein Novum, und wir würden es mit Interesse begrüßt haben, wenn der Beweis für die Richtigkeit der Angabe durch ein ähnliches unanfechtbares Aktenstück wie die Kabinettsordre vom 29. März 1892 geführt worden wäre. Die ›Kölnische Zeitung‹ tritt als Schwurzeuge auf, indem sie in ihrer Nummer vom 12. Juni sagt, Herr v. Bötticher hätte schon

vor dem Rücktritt des Fürsten Bismarck »diesem sein Portefeuille zur Verfügung gestellt«. Die »Köln. Ztg.« übersieht dabei, daß Fürst Bismarck niemals, am wenigsten im Februar 1890, die Verfügung über Ministerportefeuilles hatte, sondern daß diese lediglich an Allerhöchster Stelle lag. Dort aber war Herr v. Bötticher unserer Erinnerung nach persona gratissima, wie u. a. die Verleihung des Schwarzen Adlerordens bekundet und dadurch bethätigt wurde, daß Herr v. Bötticher sich in der Lage fühlte, die von den Allerhöchsten Auffassungen abweichende Politik seines Vorgesetzten, des Reichskanzlers, bezüglich der Arbeiterfragen offen und amtlich zu bekämpfen. . . Wir sind viel eher geneigt, zu glauben, daß in damaliger Zeit das Verbleiben des Herrn v. Bötticher im Amte für sicherer galt, als das des Fürsten Bismarck."

Nachdem dann die Äußerung des Fürsten Bismarck an die Landwirte dahin richtig gestellt wird: „Der Fürst empfiehlt, bei der nächsten Wahl keinen »Klebern und Strebern« mit Frauen, die an großen Berliner Wohnungen hingen, die Vertretung zu übertragen; mit keiner Silbe greift er in die königliche Prärogative der Ministerwahl ein, er spricht nur von der Abgeordnetenwahl," wird weiter gefragt: „Wie kommt es nun, daß gegen eine solche Äußerung, zu welcher der Insasse von Friedrichsruh jederzeit als Wähler und Urwähler berechtigt ist, plötzlich die ganze capriviſtische Presse in Aufmarsch gerät, respektive zum Angriff bläst, und daß der »Reichsanzeiger«, der ohne ministeriellen Einfluß doch nicht zugänglich ist, mit der »Köln. Ztg.« in ein Horn zu stoßen angewiesen wird? Uns ist dies aufgefallen, aber wir schließen daraus noch nicht, daß die Männer und Fraktionen, deren Beihilfe hieraus erkennbar ist, sich irgendwie durch die Friedrichsruher Rede getroffen fühlten. Nicht, daß sie keinen Anlaß dazu hätten, aber wir glauben, daß sie zu abgehärtet gegen Vorwürfe sind, um allein aus Empfindlichkeit in dieser Weise nach dem Spruche: wen's juckt, der kratze sich, zu reagieren. Es scheint uns vielmehr ein Vorstoß nach oben hin vorzuliegen, zur Befestigung des alten

Caprivismus. Es handelt ſich hierbei nicht ſowohl um Perſonen, die miteinander kämpfen, als um Syſteme, um die Frage, ob ſchließlich der alte Kurs mit ſeinem Schutze der inländiſchen Produktion oder der neue capriviſtiſche (Kurs) mit dem Gewinnen der Gegner durch Tributzahlung bei uns fixiert werden ſoll.“

„Die »Köln. Ztg.« und ihre Capriviſtiſchen Freunde verlangen, wie wir dies aus einem Artikel des Blattes ſchließen,*) vom Fürſten Bismarck, daß er ſchweigt, gehorcht und Steuern zahlt. Warum verlangen ſie dies nicht auch von Herrn Richter, Bebel und anderen? Der Unterſchied iſt doch nur der, daß der ehemalige Reichskanzler eine längere politiſche Erfahrung und ein in ſachlicher Arbeit gereiftes Urteil hat, was den anderen abgeht. Der Bismarck der »Köln. Ztg.« hätte nach ihrer Anſicht den Landwirten, die ihn beſuchten, um ihm eine politiſche Anrede zu halten, antworten ſollen: »Meine Herren, ich darf mir leider wegen meiner Vergangenheit nicht erlauben, über die preußiſche und deutſche Politik ein Urteil auszuſprechen; wenn ich es dürfte, ſo würde ich Sie beglückwünſchen, daß wir heute unter dem ſegensreichen Regime der Handelsverträge leben,**) daß wir unter dem Grafen Caprivi endlich eine Regierung gefunden hatten, die ſich auf die Sozialdemokratie, die Polen und die Fortſchrittler ſtützte, und daß wir auf allen Gebieten ſtets mutige und geſchickte Miniſter gehabt haben. Aber da ich früher Reichskanzler war, ſo muß ich auch dieſe meine Anerkennung verſchweigen.« Auf ſolchen Unſinn läuft es doch hinaus, wenn Zeitungen, die, wie die Kölniſche, ihre Überzeugung vielleicht öfter als ihre Wäſche gewechſelt haben, in dieſem ſchulmeiſternden Ton den Fürſten Bismarck belehren wollen!“

Wenn dann „die »Köln. Ztg.« und andere Blätter ejusdem

---

*) Die „Köln. Ztg.“ hatte u. a. geſchrieben: „Mit tiefem Bedauern haben wir dieſe Rede des Fürſten Bismarck verzeichnet; aus ſtrengem Gerechtigkeitsgefühl, aus der Empfindung der Pflichten, welche eine ruhmreiche Vergangenheit ihrem Träger auferlegt, iſt ſie nicht hervorgegangen.“

**) Die Bismarck bekanntlich für durchaus verfehlt hielt, ſ. o. Bd. VI S. 426 dieſes Werkes.

farinae" weiter unterstellen, daß Bismarck nur in tiefer Verstimmung, zorniger Leidenschaft und mit bestimmten Plänen jene Äußerungen gethan habe, so erklären die „Hamburger Nachrichten" dagegen: „Alle, die den Fürsten Bismarck in der letzten Zeit zu sehen Gelegenheit hatten, haben bei ihm nur einen Grund zur Verstimmung entdeckt, und der liegt in seinen neuralgischen Gesichtsschmerzen. Ebensowenig hat der Fürst ein Bedürfnis — und wenn er es hätte, schwerlich die Möglichkeit — auf die Gestaltung der jetzigen Regierung irgendwie Einfluß zu gewinnen. Wir sind gewiß, daß er nicht einmal die Absicht hat,*) Rat zu erteilen, wenn ein solcher von ihm begehrt werden sollte; er würde sich enthalten, die Verantwortlichkeit für einen Rat zu übernehmen, auf dessen praktische Durchführung er keinen Einfluß hätte.**) Daß er aber einen solchen in amtlicher Stellung wieder erstrebe, haben selbst seine unfreundlichsten Gegner ihm bisher nicht Schuld gegeben. Die »Köln. Ztg.«, welche seinerzeit den Ausdruck »Civil-Wallenstein« erfunden hat, während ihr dabei der Octavio Piccolomini ganz entgangen ist und sie immer nur den tugendhaften Max citiert, macht in ihrem Artikel dem Fürsten Bismarck auch noch den Vorwurf der Feigheit und des Hinterhalts. Die Haltung, die Fürst Bismarck im Dienste und später von 1890 bis 1895 beobachtet hat, verdient diesen Vorwurf sicher nicht, wohl aber findet er Anwendung auf Leute, die aus Ehrgeiz gegen ihren Vorgesetzten konspirieren."

Dieser Artikel wurde so eingehend wiedergegeben, weil er

---

*) Schon diese Wendung zeigt, in wie enger Fühlung mit Bismarck dieser Artikel geschrieben ist.

**) Fast wörtlich so sprach sich Fürst Bismarck am 15. Januar 1896 dem Berliner politischen Berichterstatter der „Leipziger Neuesten Nachrichten", Dr. Liman, gegenüber aus, als dieser äußerte, man möge doch in Fragen von internationaler Bedeutung den Rat oder Schiedsspruch des Fürsten einholen. Bismarck fügte dem Dr. Liman gegenüber nur noch hinzu: „Wenn ich solche Ratschläge erteilte, ohne deren Ausführung bestimmen zu können, so würde ich immer derjenige sein, welcher . . . . . ." „Leipziger Neueste Nachrichten" vom 19. Januar 1896.

durchweg Ausführungen enthält, die Bismarck selbst in früheren und späteren Ansprachen that und Bismarcks Stellung gegenüber den „Epigonen des Grafen Caprivi" in großer Klarheit und Schärfe zeichnet, endlich, weil dieser Artikel den Anlaß zu einer offiziösen Preßpolemik bildet, die sich bis in den Januar 1896 fortsetzt. Wahrlich nicht zum Vorteil der Offiziösen! Denn schon am 24. Juni 1895 schlossen die „Hamburger Nachrichten" einen weiteren Artikel „Zur Rede des Fürsten Bismarck" mit den Worten: „Wir können darnach nur sagen, es war ein Irrtum, wenn Herr v. Bötticher sich von den Äußerungen des Fürsten Bismarck den Landwirten gegenüber getroffen fühlte und deshalb so grobes Geschütz, wie in den offiziösen Artikeln der „Köln. Ztg." und der amtlichen Veröffentlichung im „Reichsanzeiger", lösen ließ. Wir glauben auch nicht, daß der ganze Vorgang bei Herrn v. Bötticher unangenehme Erinnerungen hinterlassen wird, da die für ihn allein wichtigen Allerhöchsten Kundgebungen vielleicht durch sein Mißverständnis der landwirtschaftlichen Rede von Friedrichsruh an Wärme gewonnen haben werden." Als natürlich auch die fortschrittliche Presse vom Schlage der „Vossischen Zeitung" in diesem Streite für die Offiziösen gegen den Altreichskanzler Partei nahm, antworteten ihr die „Hamburger Nachrichten" am 25. Juni: „Die ›Voss. Ztg.‹ schreibt, Herr v. Bötticher sei neben Herrn v. Marschall das bevorzugte Ziel für die Pfeile des Bundes der Landwirte. Wir halten es für eine ungenaue Klassifikation, wenn man Herrn v. Bötticher und Herrn v. Marschall gewissermaßen in einen Topf wirft als Gegner der Landwirte. Herr v. Bötticher ist an und für sich kein Gegner des Bundes der Landwirte noch sonst irgend einer Richtung. Er hat das Bedürfnis, in dem Amte, in der Beschäftigung und in der Wohnung zu bleiben, worin er sich befindet, und an Ehre und Auszeichnung fehlt ihm eigentlich nichts mehr als die Mitgliedschaft in der Rangklasse der Feldmarschälle, die er erreicht haben würde, wenn er nach dem Abgange des Fürsten Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden wäre. Im übrigen ist er kein notwendiger Gegner irgend einer Partei und

geschäftlich von großem Geschick und Erfahrung. Er ist daher schon aus letzterem Grunde mit Herrn v. Marschall durchaus nicht in die gleiche Kategorie zu stellen."

„Unter den offiziösen Blättern der Caprivi-Epigonen in der Wilhelmstraße nimmt die »Weser Zeitung« einen hervorragenden Platz ein," bemerken die „Hamburger Nachrichten" am 9. Juli weiter in einem Artikel „Graf Herbert Bismarck". „Sie schreibt, und andere Offiziöse drucken es nach, Fürst Bismarck wäre bei Darlegung seiner Auffassung über die Landwirtschaft und deren Wahlpolitik von der Entrüstung darüber geleitet worden, daß seinem Sohne Herbert nicht ein hohes Reichsamt zu Teil geworden sei." Zur Widerlegung dieser boshaften Unterstellungen druckt das Hamburger Blatt zunächst einfach einen Artikel vom 17. Mai 1892 ab, in welchem es die geschichtlich unumstößliche Thatsache des freiwilligen Ausscheidens des Grafen Herbert aus seinen Ämtern und die ehrenhaften und pietätvollen Beweggründe zu diesem Schritte dargelegt hatte. Dann aber bemerkt es, „um diese neueste Gehässigkeit der Offiziösen und ihre gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe in das rechte Licht zu setzen: Diese Angriffe gehen von Männern aus, die ihre eigene Wertschätzung nur nach dem offiziellen Stempel bemessen, der ihnen in Gestalt von Ämtern, Orden, Rang und Titel staatlich attestiert wird, und welche die gleiche Gesinnung auch unabhängigen Männern Schuld geben, die nicht bereit sind, ihre politische Überzeugung um eines Amtes willen zu verleugnen oder unterzuordnen. Die offiziösen Artikelschreiber haben eben keine Vorstellung davon, daß andere durch das eigene Ehrgefühl in die Unmöglichkeit versetzt sind, die Pfade zu wandeln, auf denen sie sich behaglich fühlen. Graf Herbert Bismarck hat seit seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienste an keinem Tage die Absicht gehabt, sich um ein Staatsamt zu bewerben.*) Die entgegengesetzte Behauptung entspringt dem persönlichen Haß

*) Natürlich konnte auch diese Thatsache nur auf Grund bestimmtester Angabe von Friedrichsruh festgestellt werden.

gegen seinen Vater, und diesem Hasse erscheint jedes Mittel, auch das der bewußten Lüge, im Parteiinteresse gerechtfertigt."

„In die nämliche Kategorie gehört die Behauptung der »Germania«, daß Fürst Bismarck als Minister selbst der »richtige Kleber« gewesen sei", schreibt das Hamburger Blatt am nämlichen 9. Juli. „Wir bedauern, daß es ihm den Umständen nach nicht möglich war, diese Eigenschaft noch länger zu bethätigen. Die „Germania" sagt, „er habe die größten Anstrengungen gemacht, sich im Amte zu erhalten, und die Wut, die sich nach seiner Entlassung kund gegeben habe, zeige klar, wie groß der Ärger Bismarcks über den Verlust seiner verschiedenen, so einträglichen Posten gewesen sei." Die Lüge zeigt, wie dreist die „Germania" ihren Lesern gegenüber sein darf. Jeder leidlich unterrichtete Mensch weiß, daß Fürst Bismarck nur einen einzigen bezahlten Posten hatte, den des Reichskanzlers mit 54000 *M*, derselben Einnahme, die er als preußischer Ministerpräsident schon früher besaß, 4000 *M* mehr als sein Staatssekretär des Innern."

Die bismarckfreundliche Presse in ganz Deutschland war empört über diese verleumderischen Beleidigungen der Offiziösen und ihrer Genossen von der roten und schwarzen Farbe gegen den ehrwürdigen Altreichskanzler, und in vielen Zeitungen, wie z. B. den Berliner und Leipziger „Neuesten Nachrichten" wurde nun „die Maulwurfsarbeit" des Herrn v. Böttticher beim Sturze des Fürsten Bismarck gebührend aufgedeckt und beleuchtet. Darauf wagten einige dem Minister günstige Preßorgane die Behauptung: Herr v. Böttticher habe seine von Bismarck abweichenden Ansichten in den Arbeiterfragen 1890 dem Kaiser gegenüber mit vollem amtlichem Recht vertreten dürfen. Diese kundigen Thebaner wurden aber am 14. Oktober von den „Hamburger Nachrichten" belehrt: „Staatsminister v. Böttticher war nicht in der Berechtigung, eine andere Ansicht als die des Reichskanzlers zu vertreten, am allerwenigsten hinter dessen Rücken, denn er war als Staatssekretär des Innern der direkte Untergebene des Reichskanzlers, und hatte also die Verpflichtung, mit diesem zu gehen oder auszuscheiden. Zum

Mitgliede des preußischen Staatsministeriums aber war er als Nachfolger Delbrücks und Hofmanns lediglich ernannt, um dort die Ansichten des Reichskanzlers zu vertreten, wenn derselbe persönlich nicht im stande war. Auch beim Kaiser hatte Herr v. Bötticher nicht die Berechtigung, andre Auffassungen als die seines Vorgesetzten zu unterstützen," ebensowenig im Parlament. „Beides hat er unterlassen, und wir glauben, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zum Ausscheiden des ersten Reichskanzlers führten, im Kabinett, besonders aber bei Immediatvorträgen" (an den Kaiser) „sich der besonderen Befürwortung durch Herrn v. Bötticher erfreut haben."

Angeblich bereits lange vor all' den vernichtenden Schlägen, welche dieser thörichte Feldzug gegen Bismarck dem Herrn v. Bötticher eingetragen, hatte dieser zu dem zwar nicht ungewöhnlichen, aber in diesem Falle völlig untauglichen Mittel gegriffen, seine anima candida einem Reporter des „Berliner Lokal-Anzeigers" zu erschließen, und dieses schätzbare Blatt veröffentlichte nun im Oktober 1895 diese angeblich schon „im vorigen Jahre" stattgefundene Unterredung, die mit den äußerst glaubhaften Worten Böttichers begann: „Die schwerste Zeit meines Lebens war die, als Fürst Bismarck aus dem Amte schied. Man hat mir vorgeworfen, daß ich an dieser Verabschiedung die Schuld trüge. Sehr zu Unrecht" u. s. w. Trotz der äußersten Anstrengungen des Herrn v. Bötticher, den Fürsten Bismarck im Amte zu erhalten, sei dieser vielmehr allein Schuld an seinem Sturze gewesen, weil „er es nun nicht verstand, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang fanden". Die „Hamburger Nachrichten" übergingen in einem Leitartikel vom 18. Oktober „Herr v. Bötticher" die lyrischen Partien dieser Legende mit vornehmem Stillschweigen, wiederholten dann nur: „daß der Minister v. Bötticher seinem damaligen Ressort nach nicht berechtigt war, mit seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, in einen Wettbewerb im Reichstage oder beim Kaiser einzutreten" und bemerkten auf die Enthüllung der Hauptursache des Sturzes Bismarcks, die Herr v. Bötticher dem „Lokal-

Anzeiger" offenbart hatte, ironisch: „daß Fürst Bismarck es nicht verstand, in Konkurrenz mit Herrn v. Böttiches im Kabinett die Dinge so vorzutragen, daß ‚die Vorstellungen beim Kaiser Eingang fanden', bedauern wir umsomehr, als der Fürst im Verkehr mit hohen Herrschaften sonst in seiner Dienstzeit nicht unglücklich gewesen ist". — Herr v. Böttiches rüstete nun vorläufig gegen Friedrichsruh ab.

In der ersten Septemberwoche (1895) veröffentlichte der sozialdemokratische „Vorwärts" den berüchtigten „Scheiterhaufen-Brief Stöckers" an den Freiherrn v. Hammerstein vom 14. August 1888, in welchem alle dem „teuren Gottesmann" geläufigen Mittel aufgezählt waren, zu dem edeln Zwecke: „um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf Bismarck zu überlassen. Man muß also rings um das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen. Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv (!!) auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne ihn zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — Bismarck — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. Bismarck hat selbst gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch vorsichtig sein." Herr Stöcker konnte, trotz aller anfänglichen Versuche, sich auf seine bedauerliche Gedächtnisschwäche zu berufen, die Echtheit dieses Briefes nicht in Abrede stellen. Die „Hamburger Nachrichten" gaben aber noch vor Abschluß dieser Versuche am 9. September unter der Überschrift „In Sachen Stöcker" folgende Enthüllung und Erklärung der Feindseligkeit Stöckers gegen Bismarck: Unter Kaiser Friedrich habe, unter Zuziehung hoher Beamter und Offiziere, ein Kronrat in Charlottenburg zur sofortigen Beseitigung Stöckers stattgefunden, wofür sich die Stimmung der Meisten erklärte. Gleichwohl habe der Kaiser, auf Antrag Bismarcks, Herrn Stöcker nur zur Wahl gestellt, entweder seine Stellung als Hof- und Dom-

prediger beizubehalten, oder aber die öffentliche Agitation in Volksversammlungen fernerhin nicht fortzusetzen. Stöcker habe den Verzicht auf die Agitation gewählt, sei aber trotzdem ein halbes Jahr nach der Entlassung Bismarcks seiner Stellung als Hof- und Domprediger enthoben worden. Dann fahren die „Hamburger Nachrichten" wörtlich fort: „Die Entstehung und Bitterkeit der Stimmung Stöckers" (bei Abfassung jenes Briefes) „verdankt sie jedenfalls der Haltung, welche der Reichskanzler in seinem Verkehr mit dem Prinzen" (später Kaiser Wilhelm II.), „den »Matineen« beim Grafen Waldersee gegenüber genommen hatte, um zu verhindern, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Koterie" (auf kirchlich-hierarchischem Gebiete) „gewonnen wurde."

Noch deutlicher erklären dann die „Hamburger Nachrichten" am 28. September in einem Artikel „Herr Stöcker" das in dem „Scheiterhaufen-Briefe" bekundete Mißvergnügen des verflossenen Hofpredigers gegen Bismarck: „Herr Stöcker hat den Beistand, den ihm in dem Charlottenburger Kronrate der Fürst Bismarck, soweit er es nach staatlicher Pflicht vermochte, geleistet hat, nicht so hoch veranschlagt, daß seine Empfindlichkeit über die Verhinderung der Beschlagnahme des Prinzen Wilhelm dadurch abgeschwächt worden wäre. Herrn Stöckers Vorstoß gegen den damaligen Reichskanzler war ein Ergebnis des Mißvergnügens darüber, daß der Reichskanzler es ablehnte, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen, und auf amtlichem Gebiete dem Versuche, ein von der Staatsregierung unabhängiges protestantisches Zentrum neben dem katholischen herzustellen, seine Mitwirkung versagt hatte. . . . . Die Provokation ging nur von Herrn Stöckers eigenem herrschsüchtigem Ehrgeize aus."

Inzwischen war auch der Mann, an den jener Scheiterhaufen-Brief gerichtet war, Herrn Stöckers „Beichtkind", der Leiter der „Kreuzzeitung" und der ihr gleichgesinnten Konservativen, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Freiherr v. Hammerstein, aus dem öffentlichen Leben, ja, steckbrieflich verfolgt, sogar aus Deutschland ver-

schwunden. Und sofort wußte die gesamte bismarckfeindliche Presse, aber auch ein Teil der offiziösen, wie der „Hamburgische Korrespondent", davon zu erzählen, daß v. Hammerstein „bis zu einem gewissen Grade ein Vertrauensmann Bismarcks gewesen sei", daß dieser ihm die Stellung bei der „Kreuzzeitung" verschafft und von letzterem wieder Unterstützung und Beistand erfahren habe. Die „Hamburger Nachrichten" antworteten darauf am 28. September und 16. Oktober: „Merkwürdig, solange Herr v. Hammerstein in Ansehen stand, hat niemand daran gedacht, den Fürsten Bismarck für seine Thätigkeit verantwortlich zu machen. Dessen Beziehungen zur ‚Kreuzzeitung' sind seit der Deklarantenzeit*) nie derart gewesen, daß er einen Einfluß auf die Anstellungen in der Redaktion dieses Blattes gehabt hätte, da die gegenseitige Erkältung seit jener Zeit unvermindert fortbestand. Auf eine Phase, in welcher Herr v. Hammerstein den Fürsten Bismarck unterstützt habe, können wir uns nicht besinnen; wir haben jedenfalls nicht den Eindruck, daß dies der Fall gewesen sei, sondern haben in Herrn v. Hammerstein immer eher einen politischen Gegner und persönlichen Feind des ersten Reichskanzlers gesehen. Um dieses Verhältnis herzustellen, würde kaum erforderlich gewesen sein, daß die Herren v. Hammerstein und Stöcker gemeinschaftlich Versuche machten, ein evangelisches Zentrum der Staatsregierung gegenüber zu gründen."

Auch gegen den Ultramontanismus hielt der Altreichskanzler die Augen offen, indem er dem ihm ergebenen Hamburger Blatt bezüglich des folgenden Artikels vom 9. Mai die „entsprechenden Informationen" erteilte: „Es überrascht uns, daß viele Blätter die Abwehr des ungarischen Ministerpräsidenten, Baron Banffy, gegen die Agitationsreise des Nuntius Agliardi in Ungarn als »Aufsehen erregend« bezeichnen, während sie betreffs des Vorgehens des päpstlichen Gesandten weder Überraschung noch Widerspruch zum Ausdruck bringen. Der Anspruch des Nuntius, seinerseits der Vertreter der ungarischen Katholiken gegen die ungarische Re-

*) S. o. Bd. V S. 725 fg. dieses Werkes.

gierung zu sein, wird in seiner Tragweite auch denen, die sich nicht darüber wundern, doch vielleicht klar, wenn sie sich vorstellen, daß beispielsweise der päpstliche Nuntius in Paris der französischen Regierung gegenüber den Anspruch aufstellte, zur Vertretung der französischen Katholiken ihr gegenüber berufen und berechtigt zu sein." Diese für die Staatsordnung unerträgliche Rolle habe aber die ehemalige katholische Abteilung des Kultusministeriums in Preußen gespielt,*) „und deshalb eben war sie eine in der preußischen Staatsverfassung unhaltbare Einrichtung".

Kräftigen Einspruch erhoben die „Hamburger Nachrichten" am 16. Juli ferner dagegen, daß der aus dem Centrum hervorgegangene Präsident des Reichstags, Herr v. Buol, in dieser Eigenschaft die Reichsboten amtlich und unter Benützung der Portofreiheit des Präsidiums zur Einweihung des Windthorst-Denkmals eingeladen hatte.

Nachdem die ungeschickte, von der Regierung gegen Ende 1894 eingebrachte und durch das Centrum noch verschlechterte Umsturzvorlage im Reichstag naturgemäß gescheitert war, ließ Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" seine alten Losungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgehen: Kartell aller staatserhaltenden Elemente gegen die Umsturzpartei (29. Sept.), Entziehung des Rechtsschutzes zu gunsten von Sozialdemokraten bei weiterem Überhandnehmen des sozialdemokratischen Parteimeineides vor Gericht (1. Oktober) und amtlich-statistische Ermittelung aller bekannten Sozialdemokraten, denen dann das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen wäre (7. Januar 1896).

Nur selten ließ Fürst Bismarck im Jahre 1895 sich über Fragen der auswärtigen Politik vernehmen — unser nächstes Kapitel wird auf diesem Gebiete um so reichhaltiger sein. Die Beteiligung Deutschlands an dem Haltgebot, das Rußland und Frankreich dem siegreichen Japan in dem Kriege gegen China entgegenriefen, wurde in den „Hamburger Nachrichten" (7. Mai) als „verfrüht" bezeichnet,

*) S. o. Bd. V S. 10 fg. dieses Werkes.

dann aber (23. Mai) „wohl nur aus dem Bedürfnis erklärt, mit Rußland die Fühlung wieder zu gewinnen, die durch manche Erlebnisse der letzten Jahre verloren gegangen war“, in diesem Sinne auch gutgeheißen, dabei jedoch die Mahnung ausgesprochen: „Wir glauben, daß es richtig ist, daß die Regierung, nachdem sie den Sprung ins Dunkle einmal gethan, auch fest mit Rußland durchhält.“ Diese Mahnung ist glücklicherweise beachtet worden.

Argwöhnisch verfolgten Bismarcks scharfe Augen das Treiben Cecil Rhodes' an den Grenzen der englischen Kapkolonie. Am 23. Mai 1895 schrieben die „Hamburger Nachrichten“: „Die Erklärung Hendrick Witbois,*) daß ihm Cecil Rhodes Waffen geliefert habe, lenkt die Aufmerksamkeit wiederholt auf die Persönlichkeit des Premierministers der Kapkolonie, der an der Spitze der dortigen Goldunternehmungen steht. Er muß jedenfalls über sehr bedeutende Geldmittel verfügen, die ihm auch die Unterstützung Hendrick Witbois möglich gemacht haben. Man sagt von Cecil Rhodes, daß er die finanzielle Sanierung einflußreicher Leute in England mit bereitwilliger Freigebigkeit geleistet und dadurch für alle etwaigen Sünden sich Absolution gesichert habe. Wir wollen keine Namen nennen; in England wird man verstehen, was wir meinen.“ Ein halbes Jahr später fand unter Rhodes' Mitwirkung der Flibustierzug D. Jamesons gegen Transvaal statt, und Rhodes blieb in der That unangefochten!

Sehr bemerkenswert gerade in unseren Tagen sind endlich einige Sätze aus dem Artikel „Friedenszuversicht“, den die „Hamburger Nachrichten“ vom 22. Juni 1895 an die Kaiserreden in Hamburg und Kiel anläßlich der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals knüpften. Da bemerkt nämlich das Organ Bismarcks: „Selbstverständlich ist, daß die Gegensätze der internationalen Situation, welche den Frieden bedrohen, und wie sie z. B. in der Revanchelust der Franzosen vorliegen, selbst durch die bestgemeinte und ehr-

*) Dessen Raubzug und Aufstand in Deutsch-Südwestafrika vom Hauptmann v. François niedergeworfen worden war.

lichste Friedensrede des deutschen Kaisers nicht paralysiert werden, sondern so lange fortbestehen wie ihre Ursachen, also, was Frankreich anbetrifft, so lange, als der Verlust von Elsaß-Lothringen und des früheren militärisch-politischen Prestiges der Franzosen andauert. Es läuft mithin auf eine nicht ungefährliche Täuschung des öffentlichen Urteils über unsere Lage Frankreich gegenüber hinaus, wenn von offiziösen und anderen Blättern auf Grund der Kaiserreden die nunmehr erfolgte völlige Sicherung des europäischen Friedens vor jeder Störung behauptet wird. Die Franzosen verfolgen uns gegenüber die nämliche Taktik wie die Sozialdemokraten: sie warten unter mehr oder minder geschicktem Verbergen ihrer wahren Absichten so lange, bis sie auf Grund von Bündnissen, vorteilhafter europäischer Konstellation, Überlegenheit der militärischen Bewaffnung oder anderer Ursachen sich stark genug fühlen, und die Gelegenheit, über uns herzufallen, ihnen günstig zu sein scheint. Über diese Sachlage wollen wir uns doch durch keine Feststimmung täuschen lassen, sondern wie früher die Augen offen und unser Pulver trocken halten."

Fast dasselbe sagte unser Kaiser jüngst, im September 1898, bei einer seiner Manöverreden.

Zweites Kapitel.

Bismarck im Jahre 1896.

Das Verhältnis des Kaisers zum Fürsten Bismarck gestaltete sich auch in diesem Jahre recht freundlich. Bismarck hatte dem kaiserlichen Herrn am Neujahrstage seine Glückwünsche telegraphisch dargebracht. Darauf antwortete der Kaiser am 2. Januar mit einem Handschreiben. Der herzlichen Einladung des Monarchen an den Fürsten zur Teilnahme an der erhebenden Jubelfeier der Kaiserproklamation von Versailles (am 18. Januar 1871) konnte Bismarck mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand leider nicht Folge leisten. So verlief denn auch dieses große Nationalfest, zu welchem der Kaiser auch die Reichstagsabgeordneten von 1870 und 1871 — darunter auch den Verfasser dieses Werkes — geladen hatte, ohne die Anwesenheit des einsamen Baumeisters der deutschen Einheit und Wiedererneuerers der deutschen Kaiserherrlichkeit.

Aber der Kaiser gedachte seiner in huldvoller und feierlicher Weise. Denn in der festlichen Botschaft, die der Monarch vor den Mitgliedern des jetzigen und ehemaligen Reichstags am 18. Januar 1896 im Weißen Saal des Königsschlosses zu Berlin verlas, war u. a. folgender Satz enthalten: „In freudiger Begeisterung über die heiß ersehnte und schwer errungene Einheit und Machtstellung, in festem Vertrauen auf die Führung des großen Kaisers und auf den Rat bewährter Staatsmänner, insonderheit seines Kanzlers, des Fürsten v. Bismarck“ — bei diesen

Worten brach brausender Jubelruf aus der Versammlung hervor — „stellten sich die werkthätigen Kräfte der Nation rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Arbeit.“ Am nämlichen Tage verlieh der Kaiser dem Fürsten Bismarck auch den neu gegründeten „Wilhelm-Orden“, der satzungsgemäß „an solche Männer, Frauen und Jungfrauen verliehen werden soll, die sich hervorragende Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes im allgemeinen sowie insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete im Sinne der Botschaft des hochseligen großen Kaisers erworben haben.“

Endlich richtete der Kaiser an demselben Tage noch ein Handschreiben folgenden Wortlauts an Bismarck: „Mein lieber Fürst! Ich kann den heutigen Tag, an welchem vor 25 Jahren durch die Kaiser-Proklamation zu Versailles der Bund der deutschen Fürsten und Stämme gekrönt und der Schlußstein dem neuerrichteten Bau des deutschen Reiches eingefügt wurde, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihrer hervorragenden Verdienste um das Gelingen dieses welthistorischen, für unser deutsches Vaterland so segensreichen Werkes zu gedenken und Ihnen Meinen unauslöschlichen Dank zum Ausdruck zu bringen. Zur bleibenden Erinnerung an Ihre Meinem hochseligen Herrn Großvater wie dem Reiche in jener großen Zeit geleisteten Dienste habe Ich beschlossen, Ihr Bildnis in ganzer Figur und in Lebensgröße malen zu lassen und ihm einen Ehrenplatz im Reichskanzler-Palais anzuweisen.“

In ebenso warmen Worten dankten die deutschen Fürsten an diesem Nationalfesttage dem Einsiedler von Friedrichsruh telegraphisch, so namentlich der Prinz-Regent Luitpold von Bayern, der König von Württemberg, die Großherzöge von Baden, von Mecklenburg-Schwerin und Weimar, der Herzog von Meiningen u. s. w. Großherzog Carl Alexander von Weimar telegraphierte: „Als Deutscher, als Reichsfürst, als Ihr besonderer Verehrer und Freund wünsche ich Ew. Durchlaucht Glück zum heutigen Tage. Der allmächtige Gott hat durch Sie unser Vaterland vereinigt, das deutsche Reich wieder aufgerichtet. Indem wir Deutsche Ihnen dafür danken und Sie preisen, empfinden wir, was Ew. Durchlaucht geleistet.

Der Allmächtige wolle fortan erhalten und in reichstem Maße segnen, was Sie gethan. Ich spreche dies in tiefer Bewegung, weil auch im Gedenken an den hochseligen Kaiser Wilhelm, meinen Schwager, wie an die Kaiserin, meine Schwester, auch im Namen der Großherzogin aus. Sie aber ermessen, wie herzlich dies meint Ew. Durchlaucht innigst ergebener Freund C. A."

Die konservativen Parteien des Reichstags, die deutsche Reichspartei und die deutsch-soziale Reformpartei sandten ein gemeinsames Glückwunsch-Telegramm nach Friedrichsruh, nicht minder die zum gemeinsamen Festmahl versammelten nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und Abgeordnetenhauses. Besonders bemerkenswert ist Bismarcks Antwort an den Führer dieser Fraktionen, v. Bennigsen: „Ew. Exzellenz bitte ich, Ihren Herren Fraktionsgenossen für die ehrenvolle Begrüßung in Rückblick auf unsere langjährige Mitarbeiterschaft meinen verbindlichsten Dank auszusprechen." Natürlich dankte Bismarck auch den Fürsten einzeln, die ihn durch Beweise ihrer Huld geehrt hatten. Am 20. Januar aber erließ er an alle, „die bei dieser Gelegenheit" seiner „so freundlich gedacht" hätten, einen öffentlichen Dank.

Am 24. Januar ernannte der Kaiser, als König von Preußen, den Fürsten Bismarck auch zum stimmfähigen Ritter der Friedensklasse des Ordens pour le mérite.

Am Vorabend von Kaisers Geburtstag, am 26. Januar, brachten die „Hamburger Nachrichten" einen Artikel, der aussprach: Der 27. Januar sei mehr und mehr, wie ehedem der „unvergeßliche 22. März" zum Nationalfesttag der Deutschen geworden, namentlich habe „die letzte Zeit" das bewirkt. „Wir haben für den morgigen Festtag keinen besseren Wunsch, als den, daß dem deutschen Volke Anlaß gegeben werde, die Feier des kaiserlichen Geburtstages von Jahr zu Jahr nach der persönlichen Seite hin immer mehr zu vertiefen. Wir haben keine andere Vertretung der wieder errungenen nationalen Einheit, als die vorhandenen Institutionen, d. h. Kaiser und Reich. Die müssen gehalten und gedeckt werden, auch wenn man nicht mit allen Einzelheiten ein-

verstanden ist, die zu Tage treten. Wir bedauern, daß diese Einsicht nicht überall im deutschen Volke besteht. Jede Zustimmung, die der Kaiser findet, befestigt den Reichs- und Staatsgedanken, jede Abwendung vom Monarchen schädigt ihn. Wir begrüßen das neue Lebensjahr, in das der Monarch eintritt, mit dem aufrichtigen Wunsche, daß es ihm beschieden sein möge, in seinem Streben als Regent alle die Ziele zu erreichen, die ihm zum Heile von Reich und Volk vorschweben. Wir hegen deshalb heute den weiteren Wunsch, daß der Kaiser in Zukunft stets Räte und Mitarbeiter finden möge, die seine Intentionen unverfälscht fördern und durchführen."

Am 31. März — am Vorabend von Bismarcks Geburtstag — ernannte der Kaiser den Schwiegersohn des Fürsten, Grafen Rantzau, zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Exzellenz.

Bei der Jubelfeier des Frankfurter Friedens, am 10. Mai, nahm das Kaiserpaar an der Enthüllung des Reiterstandbildes des Kaisers Wilhelm in Frankfurt a. M. persönlich teil, und im Anschluß an diese Feier telegraphierte der Kaiser an Fürst Bismarck mit Bezug auf den Frankfurter Frieden: „Welche unermeßlichen Verdienste Sie, Mein lieber Fürst, sich hierbei erworben, Ihnen heute von neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist Mir Bedürfnis und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers in der Geschichte allezeit glänzen, und in Meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben."

Als am 26. Mai die Gattin des Grafen Wilhelm v. Bismarck von einem Sohne — dem ersten Enkel des Fürsten, der den Namen Bismarck trug — entbunden worden war, nahm der Kaiser die Patenschaft des Kindes an, das am 14. Juli auf die Namen (Wilhelm Oskar Otto) Nikolaus getauft wurde.

Von den Begebenheiten des Jahres 1896, die Bismarcks persönliches Leben berührten oder für sein persönliches Wesen und

Empfinden besonders kennzeichnend sind,*) erwähnen wir die folgenden. Für seine Unbefangenheit auch langjährigen politischen Widersachern gegenüber ist wohl besonders bemerkenswert ein Schreiben folgenden Inhaltes an die Expedition der „Freisinnigen Zeitung" in Berlin (vom 27. Januar): „Der Expedition der ›Freis. Ztg.‹ danke ich verbindlichst für Übersendung des zweiten Bandes der Erinnerungen des Herrn Eugen Richter, von denen ich mit Interesse Kenntnis nehmen werde." Sehr hübsch ist auch das Glückwunschschreiben des Fürsten vom 5. Februar zum 80. Geburtstage des ältesten Deichhauptmannes der Provinz Schlesien, Nitschke in Guhrau: „Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, zu Ihrem Geburtstage die Glückwünsche eines Alters- und Berufsgenossen entgegenzunehmen, der bemüht gewesen ist, die Aufgaben des Deichhauptmannes auch im politischen Leben zur Lösung zu bringen."

Viele der edeln Züge in Bismarcks Wesen treten sodann in dem jedenfalls von ihm veranlaßten Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 9. Februar „Zu gunsten des Berliner botanischen Gartens" hervor. Denn der Schlußsatz z. B. deckt sich wörtlich mit einem Satze in einer der parlamentarischen Reden Bismarcks. Der Artikel lautet: „In Berlin droht dem dortigen botanischen Garten das Schicksal, von der Bauspekulation verschlungen zu werden. Wir haben das Bedürfnis, eine Lanze für seine Unterhaltung zu brechen. Das Terrain, auf dem Berlin steht, ist doch eine Sandwüste mit geringen Ruhepunkten für das Auge und ohne allen landschaftlichen Reiz, wenn man vom Tiergarten und dem Friedrichshain absieht. Unter diesen Umständen wäre es ein um so ärgerer Vandalismus, den langjährig herangewachsenen botanischen Garten inmitten des künftigen Berlins seines Baumschlags zu entkleiden, umsomehr, als derselbe ein besonders ausgewählter ist. Wir würden es für eine Verletzung des guten Geschmacks, der Gesundheitspflege und der Berliner Landschaft halten, wenn man dieses zufällig vorhandene Besitztum und das Herantreten der Natur

*) Die Besuche in Friedrichsruh während dieses Jahres werden unten besonders aufgezählt.

an die Wüste von Bau- und Pflastersteinen, die Berlin bildet, zerstören wollte."

Bei dem Jubiläum zum 25jährigen Bestehen des Bundesrates brachte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe an dem Festmahl (am 20. Februar) einen Trinkspruch auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und freien Städte aus, in welchem folgender Satz besonders beachtet wurde: „Ich weiß wohl, daß heute an dieser Stelle ein anderer, ein besserer und größerer Mann stehen sollte, der Mann, in dem das deutsche Volk, nächst dem großen Kaiser Wilhelm, den Gründer seiner Einheit verehrt und verehren wird bis an das Ende seiner Tage." Merkwürdigerweise zollte fast nur der „Hannoversche Kourier" am 21. Februar dem Fürsten Hohenlohe Anerkennung und Dank für diese pietätvolle und warme Erwähnung seines großen Vorgängers. Das Blatt „erklärte den Hinweis auf den Fürsten Bismarck bei einer solchen Reichsfeier an sich für selbstverständlich" und die Unterlassung dieser Erwähnung für „lächerlich und beschämend," schloß jedoch daran sogleich den zutreffenden Satz: „Aber, wie bekannt, waren zeitweise Irrungen und Verstimmungen vorhanden, deren Erinnerungen noch nicht ganz verschwunden ist, und die es immer noch mit besonderer Genugthuung empfinden lassen, wenn von so hoher Stelle aus der Pflicht der nationalen Dankbarkeit gegen den ersten Kanzler genügt wird." Die „Hamburger Nachrichten" bemerkten hierzu: „Wir teilen die Auffassung des »Hannov. Kur.« und wissen die Ritterlichkeit in vollem Umfange zu würdigen, mit der Fürst Hohenlohe des ersten Reichskanzlers gedacht hat. Seine Worte werden das Mißfallen nur derer erregen können, welche seine Feinde und Feinde des deutschen Reiches sind."

Hocherfreut wurde Bismarck durch die am 4. März erfolgende Geburt der zweiten Tochter seines ältesten Sohnes Herbert, die am 8. April in Schönhausen auf die Namen (Maria) Goedela getauft wurde. Daß ihm dann am 26. Mai die Gattin seines Sohnes Wilhelm auch den ersten Enkel schenkte, der den Namen Bismarck trug, ist schon oben erwähnt worden.

Am 21. März feierte der deutsche Reichstag — dieselbe traurige Versammlung, deren Mehrheit am 23. März 1895 dem Altreichskanzler einen Glückwunsch zum achtzigsten Geburtstage verweigert hatte*) — den Jubeltag, da vor 25 Jahren der gesamtdeutsche Reichstag zum erstenmal zusammengetreten war, bei einem festlichen Mahle. Und inmitten dieser Mehrheit der dem Altreichskanzler feindlichen Fraktionen Lieber-Richter-Grillenberger fand der Reichskanzler Fürst Hohenlohe den ritterlichen Mut, einen schwungvollen Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck auszubringen. Nachdem Hohenlohe wehmütig der geschiedenen hohen Helden unseres Volkes, der Kaiser Wilhelm und Friedrich, Moltke's und Roons und freudig des Königs Albert von Sachsen gedacht hatte, fuhr er fort: „Einer aber, der größte unter den Männern jener Zeit, steht noch aufrecht da, wie eine der Eichen des Sachsenwaldes, Fürst Bismarck, der mit sorgendem Blick den Geschicken des Reiches folgt und manch mahnendes Wort an die Epigonen der großen Zeit richtet.“ Dann schilderte der Fürst in kurzen markigen Zügen Bismarcks unvergleichliche Arbeit und Mühe bis zur Vollendung der deutschen Einheit und gelangte zu dem bedeutsamen Ergebnis: „So ist er, der treue Diener seines kaiserlichen Herrn, der eigentliche Schaffer des Reichs geworden. Es ist ein schöner Zug in dem Charakter des deutschen Volkes, daß es dem Manne treue Verehrung unentwegt entgegenbringt, der sein Leben eingesetzt hat, um die seit Jahrhunderten unbefriedigte Sehnsucht der deutschen Nation zu erfüllen. Das deutsche Volk weiß es als eine köstliche Gabe der Vorsehung zu schätzen, daß in dieser Zeit gerade dieser Mann mit den Geschicken des Vaterlandes betraut war. Lassen Sie uns — und hier spreche ich zu den politischen Gegnern des ersten Kanzlers — lassen Sie uns heute die Tage des Kampfes und Streites vergessen, und vereinigen wir uns alle zu dem Ruf: Fürst Bismarck lebe hoch!“ Bismarck dankte am 23. März dem herzlich verehrten Nachfolger schriftlich für diese wohlwollende und ritterliche Kundgebung.

*) S. o. Bd. VI S. 501/503.

Vom 26. März an bis zum Ende der ersten Aprilwoche erstrecken sich dann die festlichen Versammlungen und Huldigungen zu Bismarcks 81. Geburtstag. Wir können in dem uns zugemessenen Raume aus der fast unzähligen Menge dieser Beweise von Liebe, Dank und Verehrung nur die folgenden hervorheben. Der Kaiser sandte herzlichen Glückwunsch und ein photographisches Gruppenbild der kaiserlichen Familie mit eigenhändiger Widmung in einem Rahmen aus Goldbronze. Die Mehrzahl der deutschen Fürsten, der Kaiser von Österreich, der König von Italien, die deutschen städtischen Behörden und zahlreiche Korporationen sprachen dankerfüllte Glückwünsche aus, so die Stadt Köln in einer schwungvollen Adresse, das preußische Herrenhaus — dem Bismarck am 30. März dankte, — der Centralvorstand der nationalliberalen Partei, der liberale Bürgerverein zu Augsburg, der mit dem frommen Wunsch schloß: „Gebe Gott, daß Ew. Durchlaucht den Tag erleben, der die Rückkehr zum bewährten Kurse des ersten Reichskanzlers bringt" u. s. w.

Generaloberst Graf Waldersee und der Oberst des Kürassierregiments v. Seydlitz mit vier Offizieren trafen persönlich zur Beglückwünschung ein. Nach der Tafel des 1. April erfolgte der von Bismarck schon am 22. Februar angenommene Fackelzug der Hamburger Bürger. In seiner Antwort auf die Begrüßungsrede des Kaufmanns Staelin dankte der Fürst für das nachbarliche Wohlwollen der Hamburger, und sagte unter lebhafter Heiterkeit und Zustimmung: „Hamburg ist für das ganze Stromgebiet der Elbe die entscheidende Hauptstadt, und wenn es Hamburg gut geht, so geht es dem ganzen Elbgebiete wenigstens nicht schlecht," kam aber dann „zu der Gewißheit, daß die Trennung berufsständischer Interessen, die in neuer Zeit in der Presse und in den Parteikämpfen üblich ist, unberechtigt ist. Wir arbeiten alle in derselben Richtung: der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt. Wenn unser Land zurückgeht, so leiden wir alle, und wenn es vorwärts geht, so gewinnen wir alle und fühlen uns behaglich." Bismarck setzt dann für „das Hinterland" von Hamburg seine Beredsamkeit ein, be-

merkt unter der Heiterkeit seiner Zuhörer: „Da kommt bei mir der Landwirt zur Sprache, ohne daß ich grade ein leidenschaftlicher Agrarier wäre, aber ohne Berechtigung sind die Leute nicht," und schließt seine Rede mit einem Hoch auf „die Stadt Hamburg und ihre Regenten."

Am 6. April fand auf dem Gipfel des höchsten Schwarzwaldberges, des Feldberges, eine Feier zu Ehren des Geburtstages des Fürsten Bismarck statt, und auch die Gemeinde Gabelbach auf dem Kikelhahn bei Ilmenau richtete an ihren „Ehrenschulzen" in Friedrichsruh eine herzliche Adresse, die mit den Worten schloß: „Zu dem Stifter und Erhalter aller Reiche aber beten wir, daß Er den Gründer des besten unter seinen Reichen hienieden noch lange in Kraft und Frieden erhalte." Am 8. April dankte Bismarck öffentlich für die große Zahl der ihn „in hohem Grade beglückenden und ehrenden Kundgebungen."

Bei dem 25jährigen Jubiläum seines Bestehens, am 11. April, sandte der „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen": „in Erinnerung an die Zollkämpfe des Jahres 1879 dem unerreichten Meister auf dem Gebiete der Volkswirtschaft" telegraphisch „die Versicherung unwandelbarer Liebe und Treue." Fürst Bismarck telegraphierte zurück: „Für die telegraphische Begrüßung verbindlichst dankend, freue ich mich, daß deutscher Fleiß und deutsche Geschicklichkeit den Grund für die Blüte unserer Industrie auf dem Weltmarkte gelegt hat, und hoffe, daß sie auch im Inlande an unserer Landwirtschaft einen kräftigen Abnehmer finden wird."

Auch die am 2. Mai in Berlin zur Eröffnung der ersten deutschen Kolonialausstellung versammelten Festgäste ließen durch den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg den Begründer der neuen deutschen Kolonialpolitik in Friedrichsruh in dankbarer Verehrung telegraphisch begrüßen.

Bismarck seinerseits dagegen gedachte beim Herannahen der Jubelfeier des Frankfurter Friedens dankbar der Beihilfe, die ihm der damals auf Wunsch des Reichskanzlers freiwillig nach Frank-

furt mitgereiste Reichstagsabgeordnete Graf Guido Henckel von Donnersmark geleistet hatte, und schrieb diesem daher am 8. Mai: „Verehrter Freund. Es ist mir ein Bedürfnis bei der 25. Jährung des Frankfurter Friedens Ihnen für die Mitarbeit zu danken, die Sie mir vor und bei den Friedensverhandlungen im Reiche geleistet haben. Besonders wohlthuend ist mir das Gefühl, daß ich diese politische Mithilfe einem langjährigen und sicheren Freunde verdanke."

Besondere Freude bereitete dem alten Korpsburschen Bismarck am 23. Mai die Enthüllung des Denkmals, das die alten Korpsstudenten ihrem berühmtesten Korpsbruder auf der Rudelsburg errichtet hatten. Es stellt bekanntlich den jugendlichen Korpsburschen Bismarck mit seinem in Göttingen von mehreren Philistern gefürchteten großen Hunde dar. Bismarck dankte schon am 23. Mai den zum Festmahl in Kösen versammelten deutschen Korpsstudenten telegraphisch und am 27. dem Denkmalkomitee und dem Festredner, dem bekannten Schriftsteller Dr. Hans v. Hopfen noch schriftlich. Das letztere Schreiben lautet: „Geehrter Herr Doktor! In der Zeitung lese ich zu meiner Freude den Bericht über die Feier auf der Rudelsburg und bitte Sie, für die patriotischen und für mich so wohlwollenden Worte, welche Sie an die jungen Herren Kommilitonen gerichtet haben, auch meinen herzlichen Dank freundlich entgegenzunehmen."

Als in jenen Tagen der bisherige französische Botschafter in Berlin, Herbette, diesen seit langen Jahren bekleideten Posten verließ, ehrte Fürst Bismarck ihn am 26. Mai durch ein Schreiben, in welchem er dem Botschafter dankte für die Unterstützung, die Herbette dem ersten deutschen Reichskanzler in dessen Bemühungen zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens hatte zu teil werden lassen.

Am 16. Juli ernannte die medizinische Fakultät der Universität Jena den Fürsten Bismarck zum Ehrendokktor der Medizin.

Von den sehr zahlreichen Errichtungen von Bismarck-Denkmälern in jenen Monaten, erwähnen wir hier nur die am 4. Oktober er-

folgte Enthüllung des Bismarck-Denkmals auf dem Feldberge. Das Huldigungstelegramm beantwortete der Fürst: „Ich bin sehr dankbar für die hohe Ehre, die mir mit der Einweihung des Denkmals gerade auf dem Feldberg erwiesen wird. Ich habe aus früheren Besuchen des schönen badischen Landes die anschaulichste Erinnerung des Schwarzwaldes."

An demselben 4. Oktober war der Delegiertentag der nationalliberalen Partei ganz Deutschlands in Berlin versammelt und sandte dem Fürsten Bismarck ein Huldigungstelegramm, das demselben „in alter unverbrüchlicher Verehrung und Dankbarkeit für alles, was er dem Vaterlande Großes geschaffen aus tiefstem Herzen zurief: Gott schütze und erhalte ihn uns noch lange!" Bismarck antwortete: „Mit meinem verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Begrüßung bitte ich Sie, den Kampfgenossen, deren Unterstützung ich mich in ernster Zeit erfreut habe, meine Wünsche für die politische Zukunft der Fraktion auszusprechen.

Sehr hübsch ist die Zurechtweisung, die Bismarck in diesen Tagen der ihm besonders feindlichen Berliner „Volkszeitung" durch die „Hamburger Nachrichten" (am 11. Oktober) angedeihen ließ. Das „ungelehrte Berliner Demokratenblatt" hatte nämlich in einem gehässigen Artikel über den Fürsten Bismarck und die Maigesetze aus dem bekannten Briefe Bismarcks an Roon vom 20. Oktober 1873:*) „Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt" (die Fähnlein des Königs flattern voran) „und ich will krank oder gesund die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen", die lateinischen Worte übersetzt: „die Fähnlein des Höllenfürsten rücken an; der bekannte Anfang eines lateinischen Hymnus," also den Worten jenes Briefs die Deutung gegeben, daß Bismarck den Teufel als seinen „König" und „Lehensherrn" verehrt habe.

Die „Hamburger Nachrichten" bemerken dagegen: „Die

*) S. Bd. V S. 169 dieses Werkes.

›Volkszeitung‹ scheint zu den infernalischen Mächten in engeren Beziehungen als zu den himmlischen zu stehen, wenigstens können wir uns ihre Übersetzung nur so erklären.“ Denn Fürst Bismarck habe die lateinischen Worte einem Hymnus des Fortunatus entnommen, der nach den Worten „vexilla regis prodeunt“ fortfahre: „fulget crucis mysterium“ (des Kreuzes geheimnisvolles Wunder leuchtet), also mit dem Teufel nicht das geringste zu thun habe. „Wenn die ›Volkszeitung‹ den Vers auf den Höllenfürsten bezieht, so hat sie allerdings insofern recht, als Dante im 34. Gesange der Hölle die höllischen Heerscharen mit dem Hymnus Vexilla regis prodeunt inferni einführt. Der Dichter hat also durch Hinzufügung des inferni (der Hölle) seinem Zweck entsprechend den rex in satanas umgewandelt, und wir finden es ganz begreiflich, daß diese Travestie ins Höllische dem Berliner Demokratenblatte und seinem unchristlichen Hasse gegen den Fürsten Bismarck besser zusagt, als der kirchliche Urtext des Fortunatus.“

Über den Gesundheitszustand des Fürsten bemerkte dessen treues Hamburger Blatt am 12. Oktober: „Einige fortschrittliche und ultramontane Blätter beschäftigen sich im Hinblick auf den Fürsten Bismarck mit gewisser Genugthuung mit den Schwächen, welche hohes Alter mit sich bringt. Und doch ist eine Änderung im Gesundheitszustande des Fürsten eigentlich nicht eingetreten. Er leidet seit 1879 an demselben Übel der Neuralgie, nervösen Gesichtsschmerzen, und es war kaum zu erwarten gewesen, daß diese mit den Jahren besser werden würden. Die Intensität der Schmerzen ist wesentlich mit von der Witterung abhängig, und in diesem kühlen und feuchten Jahre sind sie besonders unbequem gewesen. Die Schlaflosigkeit, an welcher der Fürst mitunter leidet, ist kein selbständiges Übel, sondern Ergebnis der genannten Schmerzen, welche hindern zu schlafen, so lange sie lebhaft sind. Es ist nach menschlichen Verhältnissen natürlich, daß mit hohem Alter auch Altersschwächen eintreten, und wenn dies bei dem Fürsten Bismarck der Fall ist, so gibt es Leute, welche das betrübt, und andere, denen es eine Genugthuung gewährt. Für ihn selber aber wird

es eine Beruhigung sein, daß seine persönlichen Gegner, die ihm auch in sein Privatleben mit geiferndem Hasse folgen, zugleich Gegner des Deutschen Reiches und der Schöpfung Kaiser Wilhelms sind."

Nach Leipzig sandte Bismarck in diesen Tagen zwei Danksagungen: die erste am 19. Oktober für den huldigenden Gruß, den ihm die zum Gedächtnis der Leipziger Schlacht versammelten Festgenossen telegraphisch dargebracht hattten; die andere an den Rektor Prof. Dr. Kaemmel für Übersendung zweier geschichtlicher Werke desselben.

Am Ausgange des Jahres rüstete sich das deutsche Volk, die Feier des hundertjährigen Geburtstages des unvergeßlichen Kaisers Wilhem I. am 22. März 1897 würdig zu begehen, und Fürst Bismarck erklärte sich am 7. Dezember 1896 bereit, das ihm angebotene Ehrenpräsidium des Komitees für diese Nationalfeier anzunehmen.

Von den im Jahre 1896 in Friedrichsruh abgestatteten Besuchen erwähnen wir zunächst einige derjenigen, bei denen Bismarck keine politischen Ansprachen hielt, während wir die letzteren Besuche später bei Anführung der Äußerungen Bismarcks über innere und äußere Politik berühren.

Am 15. Januar wurden der Verleger der „Leipziger Neuesten Nachrichten" und deren Berliner politischer Berichterstatter, Dr. Liman, in Friedrichsruh empfangen und zur Tafel gezogen. Die einzige politische Bemerkung Bismarcks, die hiebei fiel, ist schon früher*) berichtet. Im übrigen erzählte er den Gästen lustige Begebnisse aus seinem Leben, z. B. wie einst in Meißen der Zug ihn und den mit Champagner gefüllten Ehrenpokal der Stadt gerade in dem Augenblick entführte, als der Festredner eine bedeutende Begrüßungsansprache an den Fürsten begonnen hatte.

Am 2. Februar erschienen dann die Bismarck befreundeten konservativen Reichstagsabgeordneten v. Kardorff und v. Mirbach in Friedrichsruh.

*) S. oben S. 16 dieses Bandes, Note.

Am 10. Februar folgte der Staatssekretär von Transvaal Dr. Leyds, den der Präsident der südafrikanischen Buren-Republik „Ohm Krüger“ nach dem frechen Jameson'schen Raubeinfall (zu Ende 1895) nach Berlin gesandt hatte, um die alten freundschaftlichen Verbindungen mit dem Deutschen Reiche zu erneuern. Und da diese Beziehungen unter dem ersten deutschen Reichskanzler besonders warm geworden waren,*) so erschien es nur natürlich, daß Dr. Leyds den großen deutschen Staatsmann in Friedrichsruh aufsuchte, ehe er Deutschland wieder verließ.

Unter Überreichung einer Ehrengabe (Kalisalzstufen) und einer schönen dichterischen Adresse erschien dann am 20. Februar in Friedrichsruh eine Abordnung der Vertreter deutscher Kaliwerke und am 24. der Verlagsbuchhändler A. de Grousilliers, der dem Fürsten das Prachtwerk „Das Bismarck-Museum in Bild und Wort“ überreichte.

Bei dem Besuche einer Abordnung des Wohlthätigkeits-Klubs „Glocke“ von Bremerhaven am 2. Mai zog Bismarck die Herren zum Frühstück und brachte dabei einen Trinkspruch auf die deutschen Hansestädte und namentlich auf Bremen und dessen Senat aus, wobei u. a. sagte: die Leistungen der deutschen Seestädte zur Zeit der Hansa zeige uns „was der deutsche Bürgersinn vermocht hat und was in ihm auf der Basis der deutschen Hansa für eine Dampfkraft steckt, wenn sie richtig angespannt wird. Nun, in unserm neuen Vaterlande und in Bremen und Hamburg ist die Anspannung wenigstens keine falsche gewesen, nicht immer mit vollem Dampfe; aber 's ging doch vorwärts, langsam, wie alles auf der Welt immer gehen kann. Was sich überstürzt, überlebt sich nicht.“

Am 25. Juni stattete der chinesische Vize-König Li-Hung-Tschang auf seiner großen europäischen Rundreise auch dem Staatsweisen von Friedrichsruh einen Besuch ab, und am 21. Juli erfreute Prof. Joachim den Musikfreund Fürsten Bismarck durch sein meisterhaftes Spiel. Am 8. August fanden sich die Söhne des

*) Zu vgl. Bd. VI S. 248, 349 fg. dieses Werkes.

Prinzregenten Albrecht von Braunschweig, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht, zum Besuch des Fürsten in Friedrichsruh ein. Am 13. folgte ihnen Generaloberst Graf Waldersee, der in diesem Jahre zum zweitenmale hier erschien, und am 16. Prinz Max von Baden. Gegen Ende des Monats, am 28., erneute auch Generalfeldmarschall Graf Blumenthal die alten freundlichen Beziehungen zu Bismarck durch einen Besuch bei ihm. Am 6. September endlich erschienen die Mitglieder der Turnvereine des Travegaus (Oldenburg und Lübeck) zur Begrüßung des Fürsten in Friedrichsruh, der sie nach der Anrede ihres Vorsitzenden dankend entließ und dabei sagte: „Ich freue mich über jeden Verein in Deutschland, der keine bindenden Grenzen kennt, sondern das Ganze umfaßt, und die Turner haben mit der Litteratur und der Musik immer ein Band gebildet, welches sich an die Landesgrenze nicht gekehrt. Mögen sie gedeihen und blühen in diesem auch politischen Sinne. Das Körperliche kann ich nicht mehr mitmachen. Adieu, meine Herren!“

Wenn die dem Altreichskanzler feindlichen Blätter, wie wir sahen, dessen „Altersschwäche“ bedauerten, so mochte diese heuchlerische Klage nicht am wenigsten dem Schmerzgefühl über die Schläge entspringen, die Bismarck mit völlig unverminderter Kraft ihnen auch in diesem Jahre verabreichte, wenn er sich über innere Politik aussprach. So ließ er, gegenüber dem starren Nein der reichsfeindlichen Parteien im Reichstag zu der Flottenvorlage der Regierung schon am 27. Januar (und am 8. Februar) in den „Hamburger Nachrichten“ ausführen, daß die Losung der Vorlage „Mehr Kreuzer!“ unabweisbar sei.

Als dann der bayerische Abg. Lutz in seiner Kammer erzählte, das Zentrum habe s. Z. den Handelsverträgen nur zugestimmt, weil ihm erklärt worden sei: bei Verwerfung der Verträge „komme Bismarck wieder“, schrieben die „Hamburger Nachrichten“ am 8. Februar launig unter der Überschrift: „Bismarck als ›Knecht Ruprecht‹“: „Der Altreichskanzler kehre unter keinen Umständen in sein Amt zurück, gleichwohl aber werde mit dieser Behauptung

»man kann nicht sagen Luxus, sondern ein Geschäft getrieben«. Denjenigen Politikern gegenüber, welche eine zu dauerhafte Konsolidierung des bestehenden deutschen Kaiserhauses nicht wünschen, wird heutzutage der Name Bismarck, Vater oder Sohn, als eine Art Knecht Ruprecht verwertet, mit dem allemal gedroht wird, wenn ein Symptom von Unzufriedenheit mit dem einen oder andern der heutigen Minister sich fühlbar macht. Übrigens glauben wir auch nicht, daß es irgend einem noch so energischen Nachfolger des Fürsten Hohenlohe gegeben sein würde, sich im Parlamente durch den Fraktionssumpf hindurch den Weg zu bahnen."

Zur Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Reichstag ließ Bismarck am 9. Januar in den „Hamburger Nachrichten" die Losung ausgeben: „Keine Überstürzung!" und dabei betonen: „Wenn irgend etwas Bedürfnis des Deutschen Reiches ist, so ist es die Aufrechterhaltung der Autorität seiner Volksvertretung. Sie wurde schon schwer geschädigt durch die Zumutung, die Handelsverträge in kurzer Frist ohne eingehende Prüfung vorzunehmen. Wir bedürfen eines angesehenen Reichstages zur Erhaltung und Fortbildung unserer Einheit, und der Reichstag wird an sich schon in beklagenswerter Weise herabgedrückt durch die Streberei und den unlauteren Wettbewerb seiner Fraktionen und ihrer Führer. Es ist unseres Erachtens eine Aufgabe der Reichsregierung, diese sinkende Bewegung der einen unserer beiden obersten Körperschaften zu hindern, namentlich aber sie durch keine gouvernementale Zumutung zu fördern."

Äußerst wichtig ist auch die Anregung, die Fürst Bismarck durch die „Hamburger Nachrichten" in einem Artikel „Einzellandtag und Reichspolitik" am 21. Februar in der folgenden Richtung geben ließ: „Es ist unsere Ansicht, daß die Einzellandtage mehr als bisher um die Reichspolitik sich kümmern sollen und nicht alles als noli me tangere betrachten dürfen, was über das rein finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche hinausgeht. In jedem Einzellandtag sollte der nationale Gedanke so weit lebendig sein, daß ersterer sich für die Art und Weise, wie der Anteil des Landes an der Reichspolitik

ausgeübt wird, lebhaft interessiert. Die ganze Stellung des Bundesrates im Reiche würde an Wichtigkeit gewinnen, wenn die Minister der Einzelstaaten, von denen die Bevollmächtigten zum Bundesrate die Instruktion erhalten, letztere auch persönlich vor der eigenen Kammer zu vertreten hätten, und wenn das öffentliche Interesse dafür durch öffentliche Diskussion in den Einzelstaaten stärker als bisher wachgerufen würde. Der Verkehr der Einzelstaaten mit dem Bundesrate wird unserer Ansicht nach zu vorwiegend vom diplomatischen Standpunkte aus behandelt, also als eine auswärtige Angelegenheit für den einzelnen Bundesstaat. Wir halten diese Auffassung für unzutreffend. Es ist eine innere und nationale Angelegenheit, die dabei vorliegt. Das Imponderabile in der Bedeutung des Bundesrates sollte nach der Absicht der Verfassung parlamentarisch stärker in Wirksamkeit treten, als bisher unsern Eindrücken nach der Fall ist."

Als am 22. Februar eine Abordnung Hallescher Bürger dem Fürsten eine von etwa 7000 Bürgern unterzeichnete schwungvolle Huldigungsadresse überreicht hatte, sprach sich Bismarck in seiner Antwort zunächst über die Kolonisationsfrage aus, indem er an dem Grundgedanken seiner Kolonialpolitik festhielt, daß in fernen Erdteilen der Kaufmann voran und der Staat mit seinem Schutze ihm nachfolgen müsse. Sodann sprach er sich mit Schärfe gegen die brutale und falsche Behandlung der Schwarzen aus. Wenn etwas von der Hundenatur im Schwarzen vorhanden sei, so sei das in seinen Augen nicht schimpflich, denn auch die Treue des Hundes bethätige der Neger oft in rührender Weise. Wißmann habe die richtige Art und Weise gehabt, mit den Negerstämmen fertig zu werden. Dann kam der Fürst auf die Thätigkeit der Ansiedelungskommission in den polnischen Gebietsteilen zu sprechen und fand sich durch den bisherigen Verlauf der Dinge in seiner Ansicht bestärkt, daß die Umwandlung des aus polnischen Händen erworbenen Besitzes in Rentengüter keine ganz glückliche gewesen sei. Es wäre richtiger gewesen, diese Ländereien zunächst als Domänen in königliches Eigentum überzuführen und sich die Pächter dieser Domänen

nach politischem Bedürfnis auszusuchen, d. h. Leute, auf die der preußische Staat fortdauernd habe zählen können. Man sei auch in dieser Sache zu eilig vorgegangen, habe schon morgen ernten wollen, was erst gestern gesäet sei. Die Ungeduld sei eine der übelsten Eigenschaften, die es in der Politik gebe.

Zu einer interessanten Feststellung bezüglich der Frage über die Urheberschaft der kirchenpolitischen Gesetze von 1872 führte eine Mitteilung der Berliner „Germania" (gegen Ausgang September), in der behauptet war, der preußische Kultusminister Dr. Falk habe bald nach seiner Ernennung (22. Januar 1872) einer befreundeten Dame gegenüber in großer Erregung geklagt, Fürst Bismarck habe „ihm die Aufgabe gestellt, mehrere gegen die katholische Kirche in Preußen gerichtete Gesetze, unter Angabe bestimmter Gesichtspunkte, von denen jene auszugehen hätten, auszuarbeiten. Diese Aufgabe sei ihm (Falk) im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich, weil er überzeugt sei, daß sie ihren Zweck in keiner Weise erfüllen könne. Er habe seine Bedenken dem Fürsten Bismarck mitgeteilt, dieser aber habe darauf bestanden." Die „Hamburger Nachrichten" antworteten darauf am 30. September: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mitteilung, soweit sie den Fürsten Bismarck betrifft, vollständig erfunden und erlogen ist. Wir bezweifeln nicht, daß der Staatsminister Falk dies auf Befragen bestätigen würde. Die »Germania« ist mit ihren Entstellungen über die deutsche Politik ein nützlicher Bundesgenosse der französischen Blätter, die das gleiche Gewerbe betreiben." Dr. Falk kam dem hier ausgesprochenen Wunsche, den er mit Recht „einer von ihm besonders hochverehrten Stelle" zuschrieb, nach, indem er in dem Hauptblatte seines Wohnortes Hamm, dem „Rheinisch-Westfälischen Anzeiger" erklärte: „daß die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres allerhöchst vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzentwürfen von mir und nicht von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Meine formulierten Vorschläge sind dem Genannten nicht eher zugegangen, als den übrigen Mitgliedern des

Staatsministeriums." Diese öffentliche Erklärung Falks war um so höher zu veranschlagen, als er bis dahin jede öffentliche falsche Mitteilung über seine eigene Thätigkeit als Minister grundsätzlich ohne Berichtigung gelassen hatte.

Auch die biedere Sozialdemokratie erhielt ihre Streiche aus Friedrichsruh. Zunächst am 21. Oktober — am Jahrestage des Sozialistengesetzes von 1878. Da schrieben die „Hamburger Nachrichten" zum Untergang des „Iltis": „Wir konstatieren mit Genugthuung, daß die Unverschämtheit, mit welcher der ehemalige Schiffskoch und spätere Speisewirt Schwartz aus Lübeck auf dem Gothaer Parteitage der Sozialdemokraten die Angehörigen der deutschen Marine über ihre Pflicht im Moment höchster Gefahr zu belehren versucht hat, überall in der deutschen Presse mit Entrüstung zurückgewiesen wird. Wenn der sozialistische Schwätzer der untergegangenen Besatzung des »Iltis« zum Vorwurfe macht, daß sie im Momente des Unterganges ein Hoch auf den Kaiser und das Flaggenlied angestimmt hat, anstatt auf die eigene Rettung bedacht zu sein, so ist die Absicht offenbar darauf gerichtet, den Eindruck zu erwecken, daß nicht alles geschehen sei, was pflicht- und naturgemäß zur Erhaltung von Schiff und Leuten geboten gewesen sei, und daß die Mannschaft gleichsam eines politisch-militärischen Theatereffektes wegen voreilig in den Tod getrieben worden sei. Für diese ruchlose Verdächtigung der untergegangenen heldenmütigen Besatzung des »Iltis« verdiente der ehemalige Schiffskoch eine Züchtigung, die wir hier ihm mit der Feder nicht zu teil werden lassen können, die ihm aber sicherlich in ausgiebigster Weise verabfolgt werden würde, wenn er die Unvorsichtigkeit beginge, demnächst im Kreise patriotisch denkender und fühlender deutscher Marinemannschaften sich blicken zu lassen ... Für solchen Heldenmut im Augenblick der Gefahr hat unsere Sozialdemokratie allerdings kein Gefühl, und gerade darin drückt sich der sittliche Defekt, an dem die Partei leidet, am deutlichsten aus."

Natürlich tobte nun der greisenhafte „Hausknecht" der Partei — wie Bismarck ihn schon am 23. Mai 1870 gegenüber dem

Verfasser genannt hatte*) — auf das wildeste in seinem „Vorwärts“ gegen den Fürsten Bismarck, so daß die „Hamburger Nachrichten“ am 27. Oktober launig schrieben: „In den Blättern wird die Frage erörtert, ob nicht gegen den »Vorwärts« wegen seiner Invektiven gegen den Fürsten Bismarck eine Beleidigungsklage erhoben werden solle. Wie wir erfahren, hat der Fürst, als in diesem Sinne angefragt wurde, geantwortet: Nein, denn wenn er öffentlich sagen wolle, was er über die Hintermänner des »Vorwärts« denke, so würde er sich auch einer Injurienklage aussetzen.“

Die Kundgebungen Bismarcks in diesem Jahre über auswärtige Politik sollten in der ganzen Welt, namentlich aber in Deutschland, dauernd größere Erregung verursachen, als die Äußerung irgend eines im Amte befindlichen Staatsmannes während derselben Zeit. Noch keineswegs aufregend, wenn auch — wie immer — sehr beachtet, waren die ersten, zweifellos von Bismarck beeinflußten Äußerungen der „Hamburger Nachrichten“ auf diesem Gebiete. Sie begannen am 8. Januar mit einem Artikel über „die Aufgaben einer deutschen Regierung“ und erörterten hier: Wenn jetzt „zur Diskreditierung des alten Kurses“ in der Presse mehrfach behauptet werde, daß diesem „nichts mehr gelungen sei,“ so liege „dieser Redensart eine ungermanische, rein französische Auffassung der Aufgaben der Regierung zu Grunde,“ als ob diese nur den Zweck hätten, „entweder das Selbstgefühl oder die Herrschsucht der Regierung zu befriedigen.“ Aus solchen Gründen sei Frankreich „nach Algier und Tunis, nach Mexiko und Madagaskar gegangen.“ Die deutsche Regierung aber habe, nach Vollendung der deutschen Einheit nur die Aufgabe, „die nationale Entwickelung fortzuführen und den inneren und äußeren Frieden vor Störungen zu bewahren, nicht auswärtige Unternehmungen zu fördern. Sie wird viel öfter in der Lage sein, zwischen zwei Übeln, die zum Krieg führen können, das kleinere zu wählen und richtig einzuschätzen, als auf neue Unternehmungen auszugehen, deren Gelingen

*) S. o. Bd. I S. 152 dieses Werkes.

oder Mißlingen in Frage kommen könnte.“ So sei von 1871 bis 1890 verfahren, und das Reich habe dabei seinen Frieden und seine innere Entwickelung behauptet. „Wir wünschen,“ schließt der Artikel, „daß auch der jetzigen Regierung ›nichts gelingen‹ möge, was sie etwa außerhalb ihrer Aufgabe, den Frieden und die Prosperität des Reiches zu fördern, versuchen möchte. Das Regieren ist immer ein Gang auf gespanntem Seile in großer Höhe, und dabei nicht zu fallen, schon eine Leistung, die nicht in jedermanns Fähigkeit liegt.“

Sehr bemerkenswert für unsere Tage, die erst eine genauere Vorstellung von der bescheidenen „Weltpolitik“ der so „friedfertigen“ Vereinigten Staaten von Nordamerika erhalten haben, ist dann weiter Bismarcks Urteil über die Monroe-Doktrin, das wir mit Recht in einem Artikel der „Hamb. Nachrichten“ vom 9. Februar zu finden glauben: „Wir sind der Ansicht, daß diese Doktrin eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber ist und eine lediglich auf große Macht begründete Gewaltthat allen amerikanischen und denjenigen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika haben. Man denke sich doch ein europäisches Analogon dieser amerikanischen Überhebung, daß also ein Staat, etwa Frankreich oder Rußland, seinerseits den Anspruch erheben wollte, in Europa seien keine Verschiebungen der Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt; oder daß in Asien irgend eine vorwiegende Macht, Rußland oder England, die Prätension aufstellte, daß dort keine Verschiebung der politischen Verhältnisse ohne seine Zustimmung stattfinden dürfe! Wir haben den Eindruck, daß die großen Reichtümer, welche der amerikanische Boden seinen Bewohnern liefert, einen Teil der amerikanischen Gesetzgeber zu einer Überschätzung der eigenen Berechtigung und zu einer Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte veranlaßt.“

Sehr ergötzlich ist dann die Antwort, die Bismarck am 25. Juli Herrn Ogilvy in Dundee auf ein Schreiben erteilte, das dieser an den Fürsten gerichtet hatte, weil derselbe in einem Ge-

spräche mit dem Korrespondenten des „New-York Herald“, Sidney Whitman, die Äußerung gethan hatte: „Daß Bismarck an Kreta weniger Anteil nehme, als an dem kleinsten Winkel seines Gartens.“ Bismarck schrieb: „Geehrter Herr. Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief und für die gute Meinung, welche Sie von mir haben. Zu meiner Entschuldigung den Kretern gegenüber bitte ich aber zu berücksichtigen, was der Apostel Paulus im Briefe an Titus Kap. 1 Vers 12 und 13 sagt.“ Diese Bibelstelle lautet: „Es hat einer aus ihnen gesagt, ihr eigener Prophet: die Kreter sind immer Lügner, böse Tiere und faule Bäuche. Dies Zeugnis ist wahr. Um der Sache willen strafe sie scharf, auf daß sie gesund seien im Glauben.“

Am 24. Oktober begann nun aber die große, monatelang sich fortsetzende Aufregung, die Bismarck durch eine einzige Enthüllung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik veranlaßte. An diesem Tage brachten nämlich die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel unter der Überschrift „Fürst Bismarck und Rußland“. Dieser Artikel war veranlaßt durch die Behauptungen der demokratisch-klerikalen Presse: „Fürst Bismarck habe auch in den sieben Jahren, da er nach dem Ausscheiden des deutschfeindlichen russischen Staatskanzlers Fürsten Gortschakoff (1882) noch deutscher Reichskanzler geblieben, doch niemals ein gutes deutsch-russisches Einvernehmen zu stande gebracht, denn auch Gortschakoffs Nachfolger, wie die Zaren, denen diese Nachfolger dienten, hätten Gortschakoffs Politik fortgesetzt.“ „Das ist absolut unwahr,“ erklären die „Hamburger Nachrichten.“ „Schon in Skierniewice, also sehr bald nach dem Thronwechsel und dem Ausscheiden Gortschakoffs, war das gute Einvernehmen der deutschen und der russischen Politik hergestellt*) und blieb in dieser Verfassung bis 1890. Bis zu diesem Termine waren beide Reiche im vollen Einverständnis darüber, daß wenn eins von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle, also wenn beispielsweise Deutschland von Frankreich

*) S. o. Band VI S. 180 bis 193.

angefallen wäre, so war die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen und die Deutschlands, wenn Rußland unprovoziert angegriffen würde. Dieses Einverständnis ist nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck nicht erneuert worden, ... und zwar war es Graf Caprivi, der die Fortsetzung dieser gegenseitigen Assekuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war. Wenn man dazu die gleichzeitige polonisierende Aera, die durch die Namen Stablewski und Koscielski gekennzeichnet ist, politisch in Anschlag bringt, so wird man nicht zweifelhaft sein können, daß die russische Regierung sich fragen mußte: „welche Ziele kann dieser preußische Polonismus haben, der mit den Traditionen Kaiser Wilhelms I. so flagrant in Widerspruch steht?... Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu halten suchen. Wir hatten früher auf den Dreikaiserbund gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollernsche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen, wenn wir aber von dort her, anstatt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der polnischen Fragen erleben, die nur russenfeindlich gemeint sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte." So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genötigt, die Assekuranz, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gern einnimmt, in Frankreich zu suchen."

Der Artikel machte ungeheures Aufsehen. Die bismarckfeindliche „capriviſtische" Presse war vollständig verwirrt und bat die Regierung flehentlich, ihrerseits das Wort zu ergreifen. Der „Reichsanzeiger" erklärte darauf aber am 24. Oktober — und zwar merkwürdigerweise in seinem nicht amtlichen Teile: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dies nicht geschehen wird. Diplomatische Vorgänge der von den „Hamb. Nachr." erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen.

Sie gewissenhaft zu bewahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsgeheimnisse bedingen würde. Die Kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten; sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen, noch Unvollständiges ergänzen, in der Überzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten" (d. h. denen des Dreibundes) „zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige Enthüllungen erschüttert werden könnte."

Damit war der reichs- und bismarckfeindlichen Presse die Richtung und Losung gegeben, auf die sie für ihre Schmähungen des Altreichskanzlers nur gewartet hatte. „Verräter strengster Staatsgeheimnisse", „frivoler Schädiger des Reichsfriedens", „treuloser Scheinfreund Österreichs" u. s. w., das waren noch einige der mildesten Ausdrücke, mit denen Fürst Bismarck von der gesamten demokratischen, klerikalen und sozialdemokratischen Presse gebrandmarkt, oder wenigstens dem Sinne nach sogar in Blättern wie der „Kölnischen Zeitung", „Nationalzeitung", „Karlsruher" und „Weimarischen Zeitung" angegriffen und getadelt wurde. Seine zornigsten Gegner verlangten, daß er wegen „Landesverrats" vor das Reichsgericht gestellt werde. Die „Hamb. Nachr." wiesen zunächst aber (am 31. Oktober) nur den Angriff des „Reichsanzeigers" zurück mit den Bemerkungen: „Wir geben nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den »strengsten Staatsgeheimnissen« gehören. Ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfnis, sie erfolgte nur auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken. . . . Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen

mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Denn „der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen. Dasselbe würde allen Freunden des Friedens in Europa erhebliche Beruhigung gewähren. Wenn bei der russischen Regierung Neigung dazu vorauszusetzen wäre, würde es sich unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Vertrag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns abgelehnt wurde und dessen jetziges Bekanntwerden in so hohem Maße die sittliche Entrüstung aller derjenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890 dem Reiche unfreundlich und kämpfend gegenüberstanden, nach 1890 aber sich für die Stützen des Reichs ausgaben. Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß »Staatsgeheimnisse« zum Nachteile des Deutschen Reiches preisgegeben worden wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehenden russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht und Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser Wilhelms I. erblicken. Noch weniger können wir die Wendung des »Reichsanzeigers« unbeanstandet lassen, in welcher er darauf »verzichtet, Falsches zu berichtigen« oder »Unvollständiges zu ergänzen«. Letzteres würde der »Reichsanzeiger« nur können, wenn er den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages vollständig veröffentlichte. Falsches aber ist in unseren Anführungen überhaupt nicht enthalten gewesen.“ Der „Reichsanzeiger“ erwiderte auf diese schneidige Verteidigung am 2. November recht schwächlich nur: „Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern entschieden werden.“

Zuvor aber schon, am 1. November, hatten die „Hamburger Nachrichten“ ihre Enthüllungen fortgesetzt, indem sie namentlich anführten: „Unsern beiden Bundesgenossen im Dreibund war die Rückversicherung mit Rußland nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht . . ., sonst würden sie schon unter Kaiser Wilhelm I.

die russischen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist dies niemals der Fall gewesen. . . Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse äußerlich durch die fortgesetzte Geschichtsfälschung veranlaßt worden, die von der klerikal-liberalen Presse nicht ohne Beihilfe der offiziösen in der Richtung betrieben wird, die Regierung Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers unehrlicherweise für alle Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt geklagt wird, namentlich aber für den Abbruch der früheren günstigen Beziehungen zu Rußland. Wir haben deshalb die uns mitgeteilte Thatsache an die Öffentlichkeit gebracht, daß dieser Abbruch erst unter der Regierung des zweiten Kanzlers und durch die unzweideutige Zurückweisung des russischen Ansuchens um Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses herbeigeführt wurde. Gegen diesen aktenmäßigen Beweis, daß der Bruch des russischen »Drahtes« erst unter Caprivi stattfand, kann die unehrliche Verleumdung der Politik unter Kaiser Wilhelm I. nicht Stich halten."

Während nun die gesamte reichsfeindliche und offiziöse Presse, unbelehrt durch diese Enthüllungen und deren Beweggründe, ihre Angriffe auf Bismarck fortsetzte, brachten anderseits Millionen deutscher Männer und Frauen dem treuen Eckart im Sachsenwalde fast unzählige Huldigungen für diesen neuen Beweis seiner unablässigen Fürsorge für Deutschlands Wohl dar. Schon am 31. Oktober erhielt der Fürst ein Telegramm in Versen aus Hamburg, das mit den Worten begann:

„Hurra! Du kühner Fechter,
Wie jeder Hieb da sitzt,
Wenn sich die Offiziöse
Darüber auch erhitzt."

In einer großen Versammlung des nationalliberalen Vereins zu Karlsruhe gaben die Redner Professor Goldschmidt und Landgerichtsdirektor Fieser ihrem „Abscheu über die Preßfehde" Ausdruck, „die jetzt gegen Bismarck getrieben wird".

Die „Braunschweigische Landeszeitung" hängte folgenden Roheitsausbruch gegen den Fürsten niedriger: „Von der unsäg-

lichen Brutalität, mit der man den Schöpfer der deutschen Einheit zu behandeln sich nicht entblödet, mag eine Probe aus dem Berliner Wochenblatt »Die Welt am Montag« den Beweis liefern. Es heißt da: „Bismarck hat kein Recht auf ein seelen- und geistesfrisches Alter, wie Gladstone und Moltke. Körper und Nerven sind zermorscht unter den tückischen Einflüssen eines unregelmäßigen und unhygienischen Lebens, so daß es natürlicher und gerechter ist, die Bedingung für solche Unbegreiflichkeiten wie die letzte Enthüllung in seinem greisenhaft verfallenen Gehirn, als in ständigen moralischen Perversitäten zu suchen.“ Und eine solche unerhörte Roheit dem Manne, der sein ganzes Mannesalter bis zu seinem 75. Jahre unaufhörlich Tag und Nacht dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat! Die „Hamburger Nachrichten“ berichteten hiezu am 8. November, daß Fürst Bismarck, nachdem ihm die Gemeinheiten der „Welt am Montag“ vorgelegt wurden, geäußert habe: „Solche Schreibereien beweisen nur, daß viele Leute mit Ungeduld auf mein Ende warten und froh sein werden, wenn die »alte Raketenkiste« erst begraben und ein schicklicher Kranz hingelegt worden ist. Deshalb wird jede Nachricht, daß es mit meiner Gesundheit schlechter ginge, mit großer Genugthuung verbreitet, unter Umständen auch erfunden.“

Daß aber Menschen solcher Art in Deutschland nur zur Minderheit des Auswurfes gehörten, bewiesen dem Fürsten die begeisterten Huldigungen, die vom 9. bis 26. November unablässig bei ihm aus allen deutschen Gauen eintrafen; am 9. von einer nationalliberalen Versammlung in Leipzig; am 10. von einer Versammlung vieler Hunderte von Männern und Frauen in Karlsruhe, sowie aus Freiburg in Schlesien; am 11. von den Posener Mitgliedern des Bundes der Landwirte, vom Verein deutscher Studenten in Halle und einer Versammlung reichstreuer Wähler in Reichenbach (Vogtland); am 13. von einer solchen des nationalliberalen Wahlvereins in Plauen (Vogtl.), sowie von dem Vorstand des liberalen Bürgervereins in Bonn; am 14. von der November-Versammlung des deutsch-sozialen Reformvereins und

einer Versamlung reichstreuer Wähler in Klingenthal (Sachsen); am 15. von einer Versammlung pfälzischer Weininteressenten in Dürkheim und einer Versammlung reichstreuer Wähler in Auerbach (Vogtland). Am nämlichen Tage veröffentlichten die „Hamburger Nachrichten“ ein aus Sachsen eingelaufenes Gedicht an Bismarck, das u. a. lautet:

Wir saßen nun leider dicke drin,
Wohin uns Caprivi geschoben,
Und nur Dein streitbarer Rittersinn
Hat uns aus der Patsche gehoben.

Noch lustiger waren die Verse, die Dr. Holtz in Eisenach „Aus der Lutherzelle“ am nämlichen Tage nach Friedrichsruh telegraphierte:

Als Luther in dem Kämmerlein
Durch manche dumme Teufelein
Geärgert ward ohn' Unterlaß,
Da griff er nach dem Tintenfaß.
Satan fuhr stinkend aus dem Haus
Und mit dem Teufelsspuk war's aus.
So traf Dein Wurf aus starker Hand
Auch jetzt den Teufel an der Wand,
Den Stänkerei'n laß ihren Lauf,
Hab' Dank und mach' das Fenster auf!

In der folgenden Woche trafen dann noch Huldigungen ein von reichstreuen Versammlungen in Glauchau und Augsburg, vom deutsch-konservativen Delegiertentag in Berlin, von der Generalversammlung des nationalliberalen Vereins in Hannover, von Mannheimer Bürgern, von der „Bismarck-Nische“ in Goslar und von der Generalversammlung der deutsch-konservativen Partei der Rheinprovinz in Mörs.

Inzwischen hatte das Zentrum die Hamburger Enthüllungen auch zum Gegenstande einer Interpellation im Reichstage gemacht, durch welche es Antwort auf die Frage begehrte: 1. ob bis zum Jahr 1890 ein geheimer Vertrag Deutschlands mit Rußland bestanden habe? 2. Wenn ja, warum derselbe nicht erneuert worden sei? 3. „Welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese

Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?" Durch Frage 2 hoffte das Zentrum den Grafen Caprivi weißwaschen, durch Frage 3 den Fürsten Bismarck recht gediegen anschwärzen zu können. In Bezug auf diese Tendenz der Interpellation berichteten die „Hamburger Nachrichten" am 12. November eine Äußerung des Fürsten: „Ich muß doch dem Deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste geleistet haben, daß die Gegner noch heute, nachdem ich 6 Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden." In Bezug auf die zweite Frage gab das Hamburger Blatt ironisch seine Freude zu erkennen: „Die Gründe kennen zu lernen, durch welche Graf Caprivi 1890 sich genötigt gesehen hat, den uns mit Rußland noch verbindenden Draht abzuschneiden."

Die Interpellation wurde im Reichstag am 16. November gestellt und verhandelt, erfüllte aber die Hoffnungen der Bismarck-Gegner keineswegs. Denn da der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ablehnte, den Inhalt des in der ersten Frage erwähnten Vertrages mitzuteilen, so war der Staatssekretär v. Marschall bei Beantwortung der zweiten Frage: warum Graf Caprivi diesen Vertrag nicht erneuert habe? auf einige nichtssagende Phrasen angewiesen, die aber gleichwohl vom Zentrum mit jubelndem „Sehr richtig!" begrüßt wurden. Caprivi sollte sich dabei von der „Überzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes" haben leiten lassen. Diese Versicherung hatte natürlich nur den Wert derjenigen eines Mannes, der in reifen Jahren die ersten Versuche im Schlittschuhlaufen macht und nur aus „gewissenhafter Überzeugung" gestrauchelt und auf die Nase gefallen sein will. Caprivi selbst machte später seine Sache nicht besser, als er erklärte: der Vertrag mit Rußland sei ihm „zu kompliziert" erschienen und deshalb nicht erneuert worden. Zur dritten Frage aber mußte Herr v. Marschall sogar zugestehen, daß der bis 1890 mit Rußland bestandene Vertrag „mit keinem der andern bestehenden Verträge unvereinbar gewesen sei," also war auch die ganze Aufregung des In- und Auslandes völlig grundlos!

Damit war den Angreifern des Fürsten Bismarck, den Herren Dr. Lieber, Eugen Richter, Liebknecht, Haußmann und Rickert das Geschäft sehr erschwert, während umgekehrt die Verteidiger des Altreichskanzlers v. Manteuffel, Enneccerus, Paasche, Liebermann v. Sonnenberg, namentlich aber Graf Mirbach mit freudiger Begeisterung dem huldigenden und dankbaren Widerhall der deutschen Volksseele Ausdruck geben konnten. Mit dem gehässigsten persönlichen Gezänk der Bismarckfeinde schloß die denkwürdige Sitzung. Bismarck dankte Herrn v. Mirbach für seine mannhafte Rede persönlich.

Drittes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1897.

Wenn wir die offiziöse Presse des neuesten Kurses in dem Streite, der sich nach der vorstehenden Darstellung an die Hamburger Enthüllungen knüpfte, ganz öffentlich den Fürsten Bismarck leidenschaftlich und ungerecht angreifen sahen, so liegt die Vermutung nahe, daß manche von den Personen, die das Vertrauen des Kaisers besaßen, den Monarchen auch insgeheim in demselben Sinn zu beeinflussen bestrebt gewesen sein mögen. Die Folge davon mag dann die bald offenkundige Thatsache gewesen sein, daß das Verhältnis des Kaisers zum Fürsten Bismarck sich — wenigstens in der ersten Hälfte des Jahres 1897 — erheblich weniger herzlich anließ und zu erkennen gab, als in den beiden Vorjahren.

Jedenfalls hatten die „Hamburger Nachrichten“ guten Grund dafür, am 12. Februar unter der Überschrift: „Le roi me reverra“ zu berichtigen und zu berichten: „Wir haben schon neulich wiederholt dementiert, daß Fürst Bismarck bei seiner Entlassung im Jahre 1890 das ihm zugeschriebene Wort: „Le roi me reverra“ gesprochen habe. Es ist ein vollständiger Unsinn, ihm diese Äußerung unterzuschieben. Mit wem soll er überhaupt in der kurzen Zeit, die zwischen seiner Verabschiedung und seinem Auszuge verging, in seinem Hause französisch gesprochen haben? Der Ausdruck könnte ja doch nur in einer Besprechung mit einem des Deutschen unkundigen Diplomaten gebraucht sein. Eine der-

artige Besprechung hat aber in jener Zeit überhaupt nicht stattgefunden, und wir glauben auch nicht, daß der Fürst mit einem solchen Worte den Gedanken ausgesprochen haben würde, der heutzutage daran geknüpft wird. Wir sind vielmehr vollständig sicher, daß der erste Kanzler nach seinem Auszug aus dem Ministerium niemals den Gedanken an eine Wiederkehr in dasselbe gehabt und diese niemals für möglich gehalten hat."

Deutschland bereitete sich damals schon allerorten vor, die hundertjährige Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms I. würdig zu begehen und erwartete gewiß nicht ohne Berechtigung, daß der Kaiser bei diesem hohen Nationalfeste und bis dahin, wenn er etwa auf den Fürsten Bismarck öffentlich zu sprechen käme, dem Altreichskanzler denjenigen Anteil an dem großen Lebenswerke Kaiser Wilhelms zuweisen werde, den Bismarck nach dem unverrückbaren Urteil der Geschichte mühsam und hingebend errungen, und den auch der Kaiser dem Fürsten Bismarck in zahlreichen öffentlichen Kundgebungen bisher vergönnt hatte. Aber wie schmerzlich wurde Deutschland enttäuscht, als der Kaiser am 26. Februar, in einer seiner Stegreifreden, an dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages die Hörer plötzlich durch die Worte überraschte: daß in Kaiser Wilhelms I. „Nähe durch Gottes Fügung so mancher brave, tüchtige Ratgeber war, der die Ehre hatte, Seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Werkzeuge Seines erhabenen Wollens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers." Viele der Anwesenden, namentlich viele Berichterstatter der Presse, wollten sogar vernommen haben, daß alle jene „braven, tüchtigen Ratgeber" des ersten Kaisers nur dessen „Handlanger" gewesen seien. Aber da die amtliche Wiedergabe der kaiserlichen Rede dann das Wort „Werkzeug", nicht „Handlanger" enthielt, so beschieden sie sich, an einer Sinnestäuschung gelitten zu haben. Doch auch das Wort „Werkzeug" erschien dem deutschen Volke die Stellung und Verdienste Bismarcks gegenüber seinem ersten kaiserlichen Herrn keineswegs geschichtlich richtig und erschöpfend auszudrücken. Monatelange Erregung, die sich namentlich noch bei Bismarcks Geburts-

tagsfeier geltend machte, erzeugte dieses Wort. Den ersten Widerhall dieser Erregung erhielt Bismarck schon Anfang März in einem Sonnett von Ernst Goetz in Leipzig:

Im Andenken an Wilhelm I.

Was würdest du, erhab'ner Schatten, sagen,
Wenn auf den asphodelischen Gefilden
Zu Dir, dem königlichen Herrn, dem Milden,
Das jüngste Wort vom „Werkzeug“ würd' getragen?
Die edle Stirn in Falten, würd'st du fragen:
„Wie? Darf vom Mann, der uns von Feinden — wilden
Befreit, deß Wort und Blick mir Zweifel stillten,
Mich preisend — man kein kleinstes Wörtchen sagen,
Zum blöden Werkzeug ihn herunterziehen,
Das sich's zur Ehr' zu rechnen, meinen Willen
Bedientenhaft stumm auszuführen, meinte,
Den Mann, deß unerhört gewalt'ges Mühen
Mich zwang, mit tiefstem Dank mich zu erfüllen —
Dem treu ich war als Bestem meiner Freunde?“

Bismarck dankte dem Einsender am 3. März für „das wohlwollende und tapfere Sonnett.“

Zuvor aber schon, am 1. März, hatte der Fürst in einem Schreiben an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe die Teilnahme an der Berliner „Centenarfeier“ des Geburtstags Kaiser Wilhelms I. mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt. Niemand sprach auch in Berlin bei der amtlichen Feier dieses Nationalfesttages von Bismarck, während dagegen gleichzeitig viele Tausende von Huldigungen in Friedrichsruh einliefen. Auch zum Geburtstag des Fürsten am 1. April traf diesmal kein Glückwunsch des Kaisers ein, und die „Hamburger Nachrichten“ stellten diese Thatsache gegenüber einer gegenteiligen Mitteilung des offiziösen Wolff'schen Telegraphen-Bureaus am 5. April ausdrücklich fest, was dann auch dieses offiziöse Bureau am 7. zugeben mußte.

Die Hauptnährväter der Verstimmung des Kaisers über den Fürsten Bismarck deuteten die „Hamburger Nachrichten“ am Schlusse eines Artikels „In eigener Sache“ (vom 7. März) an, auf den wir an anderer Stelle noch zurückkommen. Es hieß da: „Wir,

die „Hamburger Nachrichten“, haben aus Gerechtigkeitsgefühl die Vertretung des alten Kurses auf uns genommen, der unserer Ansicht nach nicht so übel war, wie er von der offiziösen Presse des neuen Kurses geschildert wurde. Die Tendenz der Abwendung vom alten Kurse ist nach dem Abgange Caprivis allerdings gemildert worden, aber doch weniger in der Presse, als — hoffentlich — in der wirklichen Politik. Der Caprivismus steckt noch tief in unserer öffiziösen Presse; wir enthalten uns, seine Träger in der Wilhelmsstraße und in der Zeitungswelt beim Namen zu nennen, aber die Neigung, die Schuld an allem Unheil, das man anrichtet, auf den alten Kurs zu werfen, ist noch vorhanden.“

Dann aber trat eine merkwürdig günstige Wendung in dem Verhältnisse des Kaisers zu Bismarck ein, als plötzlich um die Mitte des Jahres zwei der Ministerwohnungen an der Wilhelmsstraße von ihren bisherigen Inhabern geräumt und von anderen Männern bezogen wurden, d. h. als am 28. Juni Herr v. Marschall und am 1. Juli Herr v. Bötticher aus ihren bisherigen Stellungen schieden. Wir werden auch dieses Ereignis später unter der „inneren Politik“ dieses Jahres noch näher berühren. Für den Zusammenhang dieses Ereignisses aber mit der erfreulichen Besserung der Stimmung des Kaisers gegen den Fürsten Bismarck erscheint die Thatsache bedeutsam, daß schon am nämlichen 28. Juni, da das Wolff'sche Telegraphenbureau vom Hoflager des Kaisers in Kiel aus die Kunde vom Rücktritt des Herrn v. Marschall in die Welt trug, von eben diesem Hoflager aus der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und der Nachfolger Herrn v. Marschalls, der bisherige Botschafter in Rom, Herr v. Bülow, sich zum Besuche Bismarcks in Friedrichsruh einfanden, und daß ihnen am 1. Juli — dem Tage des Abganges des Herrn v. Bötticher — der Großherzog von Weimar folgte. Am 23. August stellte sich dann auch der neuernannte Staatssekretär der Marine, Admiral Tirpitz, dem Fürsten Bismark in Friedrichsruh vor. Er mochte die Einladung der Beiwohnung des Fürsten beim Stapellauf des ersten großen deutschen Panzerkreuzers überbringen, der Bismarcks Namen tragen sollte. Jedoch mußte der

Gefeierte auch diese Einladung mit Rücksicht auf seine Gesundheit ablehnen.

Dagegen bezeigten die Kundgebungen beim Stapellauf dieses Panzerkreuzers in Kiel am 25. September, wieviel erfreulicher nunmehr das Verhältnis des Kaisers zum Altreichskanzler geworden war. Denn in Gegenwart des Kaisers sprach dort der Staatssekretär Tirpitz: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers sollst du, stolzes Schiff, den Namen des größten Staatsmannes dieses Jahrhunderts führen, der untrennbar mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches verbunden ist. Bei seinem Klang, bei seinem Anblick werden die Herzen aller Deutschen in den weitesten Gegenden jenseits der Meere höher schlagen. Als Vermächtnis einer großen Zeit soll dein Name die deutsche Flotte zu Kraft und Sieg stählen.“ Die Taufe selbst wurde von der Frau Gräfin Wilhelm v. Bismarck mit den Worten vollzogen: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers taufe ich dich Fürst Bismarck.“ Und der Kaiser selbst telegraphierte nach Friedrichsruh: „Von Herzen wünsche Ich Ew. Durchlaucht Glück zum Stapellauf Meines Panzerkreuzers ›Fürst Bismarck‹ und freue Mich, dadurch für alle Zeiten Ew. Durchlaucht Namen mit Meiner Flotte in engster Beziehung zu wissen. Sie wird um so stolzer sein, als es der erste große Panzerkreuzer ist, welcher bei uns gebaut ist. Ein Modell desselben wird Admiral Tirpitz Ew. Durchlaucht in Meinem Auftrage überreichen.“ Bismarck antwortete durch die Depesche: „Ew. Majestät bitte ich alleruntertänigst, für die Auszeichnung, die mir durch die heutige Taufe des Kreuzers Ew. Majestät zu teil geworden ist, meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegen zu nehmen. Gleichzeitig danke ich in Ehrfurcht für das soeben eingehende Allerhöchste Telegramm, durch dessen Inhalt die Ehre, die Ew. Majestät meinem Namen in Allerhöchstderen Flotte gewährt haben, wesentlich erhöht wird.“ Am Abend nach dieser Feier trafen dann Staatssekretär Tirpitz, Finanzminister v. Miquel und Staatssekretär v. Thielmann zum Diner in Friedrichsruh ein. In ganz Deutschland erweckte dieser Vorgang freudige Begeisterung.

Als einen besonderen Beweis kaiserlicher Huld durfte dann Fürst Bismarck mit Recht den Besuch betrachten, den der Bruder des Kaisers, Admiral Prinz Heinrich, vor seiner Ausfahrt in die chinesischen Gewässer (am 8. Dezember) in Friedrichsruh abstattete. Beim Abschied küßte der Prinz den Fürsten auf Stirn und Wange mit den Worten: „Ich darf doch auch die Stirne berühren, die mein Großvater so oft geküßt hat?" Bismarck wünschte ihm beim Abschied: „Gute Fahrt, guten Erfolg und gute Heimkehr." Bekanntlich fand bie Ausfahrt des Prinzen in Gegenwart des Kaisers statt, und als dieser von Kiel und Rendsburg zurückkehrte, besuchte er in Begleitung des Prinzen Adalbert, am 11. Dezember, den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

Unter den persönlichen Erlebnissen Bismarcks in diesem Jahre ist zuerst zu erwähnen die begeisterte Huldigung, die ihm am 14. Januar von den zum Kaiserkommers in Berlin versammelten „Vereinen deutscher Studenten" telegraphisch dargebracht wurde, und die Bismarck, „für die freundliche und nationale Huldigung verbindlichst dankend", beantwortete. Aus München und Jena kamen am 6. März gleichfalls studentische Huldigungen.

Am 16. Februar richtete Bismarck seinerseits einen telegraphischen Glückwunsch an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zu dessen goldener Hochzeitsfeier.

Am 7. März hielt Graf Herbert v. Bismarck in der Parteiversammlung der sächsischen Konservativen in Dresden eine Rede, und der Fürst antwortete auf ein Begrüßungstelegramm dieser Versammlung: er verbinde mit seinem Danke „den Ausdruck der Hoffnung auf festen Zusammenschluß aller politisch und wirtschaftlich konservativen Kräfte im Reiche."

Am 13. März erließ Bismarck ein Dankschreiben an Dr. Otto Zacharias in Hamburg, den Leiter der am Plöner See errichteten Forschungsstation, für die Übersendung der wissenschaftlichen Berichte dieser Station. In diesem Schreiben erklärte der Fürst: „Ich interessiere mich lebhaft für die Förderung unserer Fischerei und würde mich freuen, wenn die Bemühungen der Hamburger

Herren für die Erhaltung der biologischen Station in Plön, die dem Fischereiwesen zweifellos von Nutzen ist, von Erfolg begleitet wären."

Aus Anlaß der „Centenarfeier" des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. vereinigten sich — wie bereits erwähnt — die Deutschen des In- und Auslandes überall zu begeisterten Huldigungen. an den Fürsten Bismarck. Über 1400 Telegramme mit etwa 45000 Worten liefen in Friedrichsruh ein, und außerdem eine sehr große Zahl von Briefen und Gedichten. Aus den Telegrammen erwähnen wir nur solche des Großherzogs von Weimar, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Friedrich Franz aus Cannes, der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Fraktion des Reichstags und preußischen Landtags, des Herrenhauses, des deutsch-konservativen Wahlvereins in Berlin und der Gemeindekollegien Münchens. Von den Gedichten können wir des Raumes wegen leider nur zwei mitteilen. Das erste kam aus Berlin und lautete:

Was Du ihm warst, ihm war's bewußt,
Er trug es still in seiner Brust
Der alte Kaiser!
Geziert mit eignem Heldentum,
Litt er gern Deinen Weltenruhm,
Ein Fürst, ein Weiser.
Käm' er vom Himmel heut herab,
Stieg' er empor aus seinem Grab,
Sein treues Auge,
Es suchte Dich. —

Aus Hannover aber waren folgende Verse eingelaufen:

Er sprach das Wörtchen „Niemals"
Deß' Fest wir heut begeh'n,
Das soll wie Flammenzeichen
In deutschen Herzen steh'n.

Niemals soll Treue wanken
Dem Reich nicht und dem Thron,
Niemals der Dank erkalten
Dir, Deutschlands größtem Sohn.

Mich dünkt, der Festesjubel,
Der Glocke tönend Wort,
Die zieh'n in Höhen schwellend,
Zum Sachsenwalde fort.

Umbrausen aus den Lüften
Des Kanzlers Hochgestalt:
Dort rauscht es aus den Eichen,
Es klingt aus Busch und Wald:

„Niemals!"

Die Stadt Striegau verlieh dem Fürsten Bismarck am 22. März das Ehrenbürgerrecht, und am Abend dieses Nationalfesttages brachten ihm etwa 2000 Personen aus Friedrichsruh und der Umgegend einen Fackelzug. Nur die wenigsten dieser Huldigungen konnte der Fürst einzeln beantworten. Allen dankte er öffentlich am 23. März.

Mit dem 31. März beginnen dann die Huldigungen zu Bismarcks 82. Geburtstage. Den Anfang machte ein Glückwunschschreiben der städtischen Behörden zu Chemnitz an ihren „größten Ehrenbürger" und ein Glückwunschtelegramm des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller. Am Festtage selbst, dem 1. April, liefen etwa 3200 Telegramme mit 100000 Worten und etwa 1800 Briefe ein, auch zahlreiche wertvolle Geschenke. Aus Petersburg sandten „die alten Getreuen" das Gedicht:

Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Es kann ihr nicht gelingen,
Durch Undank Dich zu and'rer Ehr
Um Deinen Ruhm zu bringen
Es fehlt noch, daß ein Streit entsteht,
Wer sei der Reichsbaumeister?
Für uns und alle braven Leut'
Kein Zweifel, „Bismarck" heißt er!

Aus Altona sandte ein Verehrer K. N. ein Gedicht, dem wir die Anfangs- und Schlußstrophe entnehmen:

Kein Mensch soll uns dein Bild verdunkeln
Und wär' er noch so hoch gestellt.
Im hellsten Glanze wird es funkeln
So lang noch Deutsche auf der Welt!

So lang ich sprechen kann und singen,
So lang noch nicht erlahmt die Hand,
Will ich den Mannesdank dir bringen,
Daß du geeint das Vaterland!

Ein Gedicht aus Berlin läßt den Kaiser Wilhelm I. zu Bismarck sprechen:

„Laß, Getreu'ster, dich nicht kränken,
Ob man Dein beim Fest vergißt,
Ewig werd ich dir gedenken,
Was du mir gewesen bist!"

und die eigenen Wünsche für den Fürsten faßt der Dichter in die Worte:

Ob auch wunschlos sonst dein Alter,
Eines mögest du noch seh'n,
Daß des Reichs beruf'ne Walter
Wieder deine Bahnen geh'n!

Gleichfalls aus Berlin kamen die Verse:

Schon manchen Kaiser hat die Welt geseh'n,
Und viele Könige werden noch ersteh'n,
Auch Fürsten gab und gibt es ohne Zahl,
Doch einen Bismarck nicht zum zweitenmal.

Ein Gedicht aus Unter-Neubrunn in Sachsen-Meiningen schloß:

„Handlanger!" wer's auch gesprochen hat
Das Wort, wir wissen es besser:
Für unseres Bismarcks gewaltige That
Gibt's andere Wertmesser.

Sehr hübsch ist das Telegramm aus Solingen, dem Sitze der deutschen Stahlindustrie:

Dem Mann, der Deutschlands Schwert geschmiedet
Zu rechter Zeit mit starker Hand,
Sei aus der Schmiede deutscher Schwerter
Ein dreifach Hurra heut gesandt.

Ein Stuttgarter schloß eine poetische Betrachtung über das Verhältnis unseres „alten Herrn" zu Bismarck mit den Worten:

Vereint habt Ihr das Werk vollbracht,
Zerreißen kann Euch keine Macht;
Die so des Schicksals Gang vermählt:
Ihr bleibt ‚up ewig ungedeelt'!

In sehr kräftigen und heiteren Reimen behandelte denselben Gegenstand ein Leipziger — der in seiner sächsischen Begeisterung u. a. ganz unbedenklich „Flagge" auf „Dache" reimte — und rief dann:

Mög' Gott Bismarck uns erhalten,
Möchten güt'ge Geister walten,
Über seinem Abendrot!
Möchte er auf seinen Pfaden
Nie nach Leipzig hergeraten,
Denn hier küßte man ihn tot.

Leider können wir eines der hübschesten Gedichte, das einer jungen Seminarschülerin in Stuttgart in schwäbischer Mundart, seiner großen Länge wegen nicht mitteilen. Sie erzählt dem Fürsten, wie dessen Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt" sie durch alle Schickungen und Prüfungen, auch die am Seminar, furchtlos geführt habe, und sie schließt:

Gott laß di dein Geburtstag feira
En Fried und Froid no viele Johr!
Des wenscht der halt von ganzem Herza
Der frechschte Schpatz vom Seminar.

Von den Glückwunschtelegrammen in Prosa bringen wir nur die folgenden im Wortlaut. Eines aus Leipzig: „Dem größten »Handlanger« der Weltgeschichte senden wir ehrfurchtsvolle Geburtstagswünsche in unwandelbarer Verehrung." Ein zweites aus Leipzig: „Dem ersten Maschinisten des Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck, welcher mit kräftigen Verschraubungen und patenten Verdichtungen das Deutsche Reich neu aufmontiert hat, wünscht zu seinem Geburtstage Gesundheit und noch recht langes Leben sein Kollege, der Maschinist . . . ." Ausgezeichnet ist der aus Breslau telegraphierte Spruch: „Dem Werkmeister des Kaisers, dem Baumeister des Reiches, dem Lehrmeister des Volkes!"

Natürlich konnte Bismarck die allermeisten dieser Huldigungsgrüße nur mit einem öffentlichen Dank beantworten, den die „Hamburger Nachrichten" am 6. April abdruckten.

Zwei Tage darauf, am 8. April, starb, erst 66 Jahr alt, der hochverdiente deutsche Generalpostmeister Dr. v. Stephan in Berlin. Alsbald telegraphierte Bismarck an die Witwe: „Ich bitte Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner herzlichen Teilnahme an dem Dahinscheiden Ihres Herrn Gemahls entgegenzunehmen, dem ich in Erinnerung an unsere langjährige gemeinsame Thätigkeit stets ein dankbares Andenken bewahren werde."

Um dieselbe Zeit verbreitete die Verlagshandlung des „demnächst erscheinenden" Werkes von Joh. Penzler „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung" die Legende, daß dieses Werk auch alle

„authentischen Kundgebungen," der „Hamburger Nachrichten" bringen werde, die „von Bismarck selbst herrührten." Die „Hamburger Nachrichten" erklärten darauf am 26. April: „Daß Fürst Bismarck Artikel für unser Blatt überhaupt nicht verfaßt hat, sondern daß unsere Vertretung seiner Politik lediglich auf Grund von Informationen erfolgt, die uns gelegentlich zu Teil werden, und deren Benutzung und Fassung selbständig durch unsere Redaktion erfolgt." Selbstverständlich aber waren jene „Informationen," die dem tapferen Hamburger Blatte aus und in Friedrichsruh zuflossen, vom allergrößten Werte, wie die schon bisher und noch weiter in diesem Werke mitgeteilten Artikel dieses Blattes beweisen und wie der Verfasser selbst im November 1892*) aus Friedrichsruh zu erfahren Gelegenheit hatte. Nur gehört allerdings genaue Kenntnis der Denk- und Sprechweise Bismarcks dazu, um diese „Informationen" aus dem großen Hamburger Blatte herauszufinden, zu deren Abänderung, selbst in der „Fassung", die „Hamburger Nachrichten", trotz ihrer rühmlichen „Selbständigkeit", gewiß keinen Grund hatten. Der Verfasser glaubt auf Grund seiner 31jährigen persönlichen Bekanntschaft mit dem großen Staatsmanne und eingehender geschichtlicher Vertiefung in dessen ganzes Lebenswerk diese Auswahl richtig getroffen zu haben.

Am 25jährigen Jubiläum der Universität Straßburg, am 1. Mai, stifteten die Lehrer der Hochschule eine Büste des Fürsten Bismarck für die Aula und sprachen ihm telegraphisch „die Gefühle begeisterter Verehrung" der jüngsten, Deutschland durch Bismarck wiedergewonenen Hochschule aus. Dieser dankte telegraphisch.

Da Bismarck an seinem Geburtstage den üblichen Fackelzug der treuen Hamburger aus Gesundheitsrücksichten nicht hatte empfangen können, so fand dieser am 10. Mai, dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, statt. Der Fürst antwortete auf die an ihn gerichtete Ansprache: „Von allen Erinnerungen, die mich mit meiner

*) Zu vergl. oben Bd. IV S. 251/252 dieses Werkes.

Vergangenheit verknüpfen, sind mir die Friedensschlüsse die angenehmsten. Ich begehe in diesen Tagen ja manche Gedächtnisfeier meines öffentlichen Lebens, die älteste ist die meines Eintrittes in die parlamentarische Politik — vor 50 Jahren ziemlich genau — in dem Vereinigten Landtag von 1847. In dieser langen Zeit habe ich viel Liebe und viel Haß erfahren, aber es ist ein Vorteil des Altwerdens, daß man gegen Haß, Beleidigungen und Verleumdungen gleichgültig wird, während die Empfänglichkeit für Liebe und Wohlwollen wächst. Dieser Beweise der Liebe meiner Landsleute habe ich an dieser Stelle manche erhalten, aus dem Deutschen Reiche, von auswärts, von überall her, und es ist das der Eindruck, den ich aus diesem Leben mitnehmen werde, wenn ich es verlasse. Ganz besonders wertvoll ist mir aber jederzeit das Wohlwollen meiner großen Nachbarstadt Hamburg gewesen. Es ist das ein gegenseitiges Wohlwollen. Ich habe für die Stadt und ihre Obrigkeit, für deren ruhige und volksfreundliche Energie allezeit Liebe und Anerkennung gehabt. Das Wohlwollen für meine Person ist mir um so wertvoller, als ich hier Ihr Nachbar und für Sie in ein schärferes Licht gerückt bin. Ich wohne seit 7 Jahren hier in Ihrer Nähe, und Sie haben in den 7 Jahren Zeit genug gehabt, meine Vergangenheit zu prüfen und zu sichten. Habe ich bestanden vor meinen Nachbarn (Zurufe: ja, ja!), so bin ich erfreut und bin dafür dankbar und bitte Sie, daß Sie mir helfen, meinem Danke Ausdruck zu geben, indem Sie mit mir in ein Hoch einstimmen auf die freie Stadt Hamburg und ihre Obrigkeit."

Wie Bismarck sich im Vorjahre durch die „Hamburger Nachrichten" für die Erhaltung des Botanischen Gartens in Berlin verwendet hatte,*) so trat er nun auch für die Erhaltung des bedrohten Grunewaldes bei Berlin ein, indem er am 11. Mai in einem Schreiben an das Bureau des Herrenhauses zu Berlin seinen Beitritt zu dem Antrage des Grafen Tschirschky-Renard erklärte, der diesen Zweck verfolgte.

---

*) s. o. S. 31 fg. dieses Bandes.

Alle Schüler und Schülerinnen der deutschen Schule in Charters Tower, Queensland, Nordaustralien — auch die allerkleinsten, die zum erstenmal ihren Namen schrieben — hatten am 1. April einen poetischen, von dem Leiter der Schule, dem Pfarrer R. de Haas, verfaßten Glückwunsch an Bismarck abgesandt, und die Damen der dortigen deutschen Kolonie sich mit unterzeichnet. Natürlich war dieses Schreiben erst nach Mitte Mai in Friedrichsruh angelangt. Der Fürst antwortete am 26. Mai: „Geehrter Herr Pfarrer. Für den poetischen Gruß aus Nordaustralien und für die freundlichen Glückwünsche bitte ich Sie und die unterzeichneten Damen, meinen Dank entgegen zu nehmen, und letzteren auch den Schülern, deren große Zahl" (es waren 37) „und deutsche Schrift mich erfreut, auszusprechen."

Am 24. Juni feierte der alte Jagdfreund Bismarcks, von Dietze-Barby, das 50jährige Jubiläum seiner Domänenpacht. Der Fürst schrieb ihm: „Ich bitte Sie, verehrter Freund, bei Ihrem heutigen Rückblick auf 50 Jahre ehrenvoller und erfolgreicher Thätigkeit meinen herzlichen Glückwunsch und meinen Dank für Ihr unwandelbares Wohlwollen entgegen zu nehmen." Bismarcks altes Korps Hannovera in Göttingen folgte am 26. Juli gar mit dem Jubiläum seines 70jährigen Bestehens und begrüßte den honorigsten alten Herrn im Sachsenwalde begeistert. Mit seinem Danke verband Bismarck seine „guten Wünsche für unser Korps".

Wohl die größte häusliche Freude dieses Jahres aber sollte er an dem nämlichen 25. September erleben, da in Kiel der Stapellauf des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck" stattfand. An diesem Tage wurde nämlich dem Grafen Herbert der erste Sohn, also nach menschlichem Ermessen der künftige Träger des Fürstentitels, geboren. Er wurde am 18. Oktober auf die Namen Otto Christian Archibald getauft, und die Glückwünsche zu dem freudigen Ereignisse waren so zahlreich eingelaufen, daß Graf Herbert am 29. September in den „Hamburger Nachrichten" öffentlich dafür danken mußte: „Allen, die bei diesem Anlaß ihr Wohlwollen für

den Namen Bismarck unter meiner Adresse zum Ausdruck gebracht haben."

In Karlsruhe fand in Gegenwart des Großherzogs am 17. Oktober zur Vorfeier der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals eine große Festversammlung statt, welche „ihrem ruhmvollen Ehrenbürger" einen begeisterten Huldigungsgruß sandte. Ebenso die Vertreter der Stadt Leipzig, als hier am 18. Oktober das Bismarck-Denkmal im Johannapark enthüllt wurde — das zweite, da Leipzig schon in dem herrlichen Reiterstandbild Bismarcks auf dem Siemering'schen großen Siegesdenkmal eines der schönsten Denkmäler des Reichskanzlers besaß.

Mit Behagen benützte die demokratische Presse den Rechtsstreit des in diesem Jahre pensionierten Oberförsters Lange gegen den Fürsten, um wieder einmal sich in die häuslichen Verhältnisse desselben zu mischen und über seine „bekannte" Härte gegen seine Angestellten zu klagen. Nachdem schon die „Deutsche Tageszeitung" diesem Geschwätz gegenüber festgestellt hatte, „daß die Dienerschaft und die Beamten des Fürsten Bismarck für ihn und sein Haus geradezu begeistert sind", erklärten auch die „Hamburger Nachrichten" am 14. November, daß es sich bei dem Streit lediglich um eine Differenz von 900 Mark des jährlichen Pensionsbetrages des Oberförsters handle, also „um eine einfache Rechtsfrage, deren gerichtliche Entscheidung beide Teile gewünscht haben."

Am 27. November schrieb Bismarck an den Verfasser dieses Werkes, nachdem letzterer dem Fürsten sein Buch „Die deutsche Revolution 1848/49" überreicht hatte: „Geehrter Herr Doktor, ich danke Ihnen verbindlichst für die Übersendung Ihres Werkes über die Revolutionsjahre, von dem ich mit Interesse Kenntnis nehmen werde."

Die deutschen und deutsch-österreichischen Burschenschaften versammelten sich am 4. Dezember zu einem Burschenschaftstag in München und huldigten „dem großen Kanzler, der dem deutschnationalen Gedanken Gestalt und neues Leben gab, in unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung".

Am 6. Dezember nahm Bismarck in einem Schreiben an den Landrat v. Bonin die auf ihn gefallene Wahl zum Kreistags-Abgeordneten an, bedauerte aber, seines leidenden Gesundheitszustandes halber „zunächst“ an den Arbeiten des Kreistages noch nicht teilnehmen zu können. Der am 21. Dezember versammelte Kreistag (von Stormarn) sprach Bismarck telegraphisch den Dank für die Annahme der Wahl aus.

Der Leiter des „Kladderadatsch“, Johannes Trojan, hatte dem Fürsten Bismarck aus dem Holz des berühmten uralten Eibbaumes, der nahe an der Gartenfront des Herrenhauses in Berlin (Leipziger Straße 3) gestanden hatte, und nun der Bebauung hatte weichen müssen, einen Trinkbecher schnitzen lassen, den er mit einem hübschen Gedichte zu Weihnachten nach Friedrichsruh übersandte. Bismarck dankte freundlichst am 27. Dezember.

Leider sollten jedoch die guten Wünsche, die Trojan am Schlusse seines Gedichtes in die Worte gefaßt hatte:

> Die lang Dein eigen war,
> Die Lebenskraft der Eibe,
> Bewahr noch manches Jahr!

nicht in Erfüllung gehen. Bismarcks Gesundheitszustand war das ganze Jahr hindurch nicht sehr erfreulich gewesen. Am 7. März berichteten die „Hamburger Nachrichten“ darüber: „Das Befinden des Fürsten Bismarck läßt in neuerer Zeit wieder manches zu wünschen übrig, namentlich wird der Altreichskanzler unter dem Einfluß der gegenwärtigen barometrischen Schwankungen häufiger und andauernder als sonst von seinen Gesichtsschmerzen heimgesucht, die ihm das Sprechen erschweren und Schlaflosigkeit zur Folge haben. Der Fürst sieht deshalb nicht ohne Besorgnis der diesmaligen Feier seines Geburtstages entgegen. Wahrscheinlich wird es ihm, namentlich bei kaltem Wetter, unmöglich sein, auf Ansprachen in längerer Rede zu erwidern; der Gesichtsschmerz schneidet eben die Sprache ab.“

Am 25. März schrieb Professor Dr. Schweninger an den Vorsitzenden des Reichstagswahlvereins in Hamburg, dessen Fackel-

zug für den 1. April in Friedrichsruh schon angenommen war, daß dieser „um einige Wochen verschoben" werden müsse:*) „im Interesse der Gesundheit Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck, der in letzter Zeit durch eine gastrisch-nervöse Erkrankung geschädigt wurde", und weil „ich durch eine zu vorzeitige Inanspruchnahme der Kräfte des Fürsten eine neue Schädigung befürchte, die ich nicht verantworten möchte".

Selbst die Teilnahme an dem Feste zur Einweihung des neuen Rathauses im nahen Hamburg mußte der Fürst am 15. Oktober ablehnen. Dagegen konnten die „Hamburger Nachrichten" am 12. November auf die sensationelle Notiz des „Berliner Tageblattes", daß „im Befinden des Fürsten Bismarck leider eine Verschlimmerung eingetreten und die ganze fürstliche Familie an das Krankenbett gerufen worden" sei, die beruhigende Versicherung abgeben: „An der ganzen Notiz ist kein wahres Wort. Weder ist in dem Befinden des Fürsten Bismarck eine Verschlimmerung eingetreten, noch ist er überhaupt krank, noch ist die ganze fürstliche Familie in Friedrichsruh versammelt. Der Fürst selbst ist bei bestem Humor. Er hatte kürzlich Schmerzen am Bein, die mit der alten Venenentzündung zusammenhängen, aber die Sache ist schon wieder behoben, und der Fürst dürfte bei günstiger Witterung die gewohnten Ausfahrten demnächst wieder aufnehmen. Außerdem hat er, wie immer, mehr oder weniger an Gesichtsschmerz zu leiden, namentlich bei Witterungswechsel; aber dieser Zustand ist chronisch und bietet keinerlei Grund, von Kranksein zu sprechen."

Wie rasch indessen der Zustand des Fürsten wieder ungünstiger werden konnte, erkennen wir aus den „Hamburger Nachrichten" vom 27. Dezember, wo gesagt wird: „Im »Hamburger Korrespondenten« finden wir die auch in andere Blätter übergegangene Nachricht, daß »das Befinden des Fürsten Bismarck wieder zufriedenstellend« sei. Dies ist bisher nicht der Fall; die schmerzhafte Affektion besteht nach wie vor, verhindert den Fürsten am

*) Er fand dann, wie oben S. 67 fg. berichtet wurde, am 10. Mai statt.

Gehen und raubt ihm die Nachtruhe. Der Empfang von Besuch und die Beantwortung von Briefen ist ihm daher zur Zeit nicht möglich, und seine Freunde werden dies entschuldigen. Die Thatsache, daß der Fürst in der genannten Zeitung gesund gemeldet wurde, hat in Friedrichsruh Befremden erregt, und wir hören, daß der Fürst, als er davon las, geäußert hat: »Wenn der Herr, der dies geschrieben hat, in meinem Zustande wäre, so würde er sich eine Vorstellung davon machen können, was »›zufriedenstellendes Befinden‹‹ ist.‹" Wir werden später berichten, wie ernst Professor Schweninger damals schon im tiefsten Geheimnis den Gesundheitszustand seines erlauchten Patienten beurteilte. Um so rührender und bewunderungswürdiger aber erscheint die rege Teilnahme, die Fürst Bismarck auch in diesem leidenden Zustande allen öffentlichen Vorgängen und Interessen seines Vaterlandes widmete.

Namentlich war auch die Zahl der in Friedrichsruh, trotz dieses Leidens, im Laufe dieses Jahres angenommenen Besuche eine ganz stattliche.*) Wir erwähnen davon hier nur die folgenden. Am 15. Januar erschien Bronsart v. Schellendorff zum Diner in Friedrichsruh. . Am 18. Mai traf der frühere preußische Minister v. Lucius dort ein. Am 17. Juni begrüßten die deutschen Zuckerindustriellen den Fürsten in Friedrichsruh. Am 19. Juni besprachen Herr v. Hansemann, der Vorsitzende des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der Präsident des deutschen Kolonialvereins, die Angelegenheiten ihrer Vereine mit dem großen Staatsmanne. Am 2. September stattete der König von Siam, Chulalongkorn, in Begleitung seiner Prinzen Svasti und Mahisara dem berühmtesten Deutschen einen Besuch ab, um ihn kennen zu lernen. Am 14. September begrüßten die Mitglieder des Verbandes deutscher Schokoladefabrikanten den Fürsten in Friedrichsruh. Zwei Tage darauf erschien Bismarcks bewährter Mitkämpfer Herr v. Köller, nun zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ernannt, mit Gemahlin im

*) Zu vgl. oben S. 60/62 u. S. 67/68.

Schlößchen des Sachsenwaldes. Endlich traf am 19. Oktober der alte englische Freund der fürstlichen Familie, Lord Rosebery, aus Schönhausen kommend, in Friedrichsruh ein.

Bismarcks Urteile über innere politische Fragen beginnen im Jahre 1897 mit einem auf seinen „Informationen" beruhenden Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 16. Januar über Herrn v. Tausch, den die „Vossische Zeitung" u. a. fortschrittliche Blätter natürlich dem Fürsten Bismarck an die Rockschöße zu hängen versucht hatten. Dagegen bemerkte das Hamburger Blatt: „Für das dienstliche Verhalten des früheren Polizeikommissars und für dessen Anstellung hatte das Auswärtige Amt keinerlei Verantwortung. Der mehr eifrige als geschickte Beamte stand ursprünglich im Dienste der elsaß-lothringischen Statthalterschaft, und in Berlin gehört die Polizei nicht zum Ressort des Auswärtigen Amtes, sondern zu dem des Ministeriums des Innern. Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck und Herr v. Tausch jemals in Berührung gekommen sind, und daß der erste Reichskanzler den unter ihm angeblich eine Rolle spielenden Beamten auch nur von Ansehen gekannt hat. Wenn Herr v. Tausch in Berlin überhaupt eine Rolle gespielt hat, so kann dies nur unter der Ägide des Ministeriums des Innern geschehen sein."

In der Sitzung des Reichstags vom 6. Februar legte der Führer des Zentrums, Dr. Lieber, Verwahrung dagegen ein, daß ein Prozeß wie der gegen Leckert-Lützow-Tausch unter dem Fürsten Bismarck nicht möglich gewesen sei, worauf ihm seine Gesinnungsgenossen mit dem Rufe „Arnim!" zustimmten. Das veranlaßte die „Hamburger Nachrichten" in einem Artikel „Graf Arnim und Herr v. Tausch" das Ungereimte dieses Vergleiches gründlich darzuthun: „Es ist ein Irrtum, daß der Prozeß gegen den Grafen Arnim irgend welche Analogie mit dem Verfahren vor dem Moabiter Gerichte aufweist." Dies wird an der Persönlichkeit Arnims und dem Verlaufe des Arnim-Prozesses*) näher nachgewiesen und

*) S. oben Bd. V S. 126/150, 19/94, 245/247 dieses Werkes.

dann fortgefahren: „Die Persönlichkeiten, Herr v. Tausch und Graf Arnim, waren himmelweit von einander verschieden. Graf Arnim wollte eingestandenermaßen an Stelle des Fürsten Bismarck Reichskanzler werden — was man von Herrn v. Tausch niemals behauptet hat — und er verfuhr zu diesem Zweck aggressiv gegen seinen damaligen Vorgesetzten, so daß dieser zur Verteidigung genötigt war. Kann man etwas Ähnliches von Herrn v. Tausch in Beziehung zum heutigen auswärtigen Dienste behaupten? Wir können noch heute das Verhalten des Grafen Arnim nicht billigen; sein berechtigter Ehrgeiz konnte die Zeit nicht abwarten. Aber eine Analogie zwischen den Fällen Arnim und Tausch zu behaupten, ist doch eine unverschämte Beleidigung des Grafen Arnim. Was ist denn Herr v. Tausch, was hat er geleistet, was konnte er thun, was konnte er schaden? Ihn unschädlich zu machen, wenn er unbequem wurde, war für das preußische Staatsministerium eine Sache, die im regelmäßigen Verlauf kaum zu dessen Entscheidung gediehen, sondern innerhalb der Kompetenz des Polizeiressorts geblieben wäre." Man habe dazu nicht einmal einer Disziplinaruntersuchung bedurft, sondern Herrn v. Tausch einfach ein anderes Decernat geben oder ihn versetzen können. Statt dessen nun ein großer, geräuschvoller, öffentlicher Prozeß: „Kanzler, Botschafter, Minister auf der Zeugenbank — da muß doch ein anderes Jagdergebnis vorgeschwebt haben, als dieser kümmerliche Herr v. Tausch mit allem, was er gethan hat und hätte thun können."

Herr v. Marschall freilich suchte diese seine berufene „Flucht in die Öffentlichkeit" im Reichstage bekanntlich als eine der bedeutendsten Großthaten der gesamten deutschen Politik hinzustellen, und die Demokraten und Zentrumsleute klatschten zu seiner Rede stürmisch Beifall; selbst die Sozialdemokratie schenkte ihm ihre „wohlwollende Neutralität". Darauf bemerkten die „Hamburger Nachrichten" am 11. Februar: „Wenn diese Parteien der Regierung nicht entgegentreten, so würde das schon beunruhigend sein für unsere Aufgaben der Reichsregierung; wenn sie ihr aber enthusiastischen Beifall zollen, im einzelnen noch mehr als im ganzen,

so ziehen wir daraus den Schluß, nicht daß diese Parteien ihre Stellung patriotisch reformirt haben, sondern daß sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, das Verhalten der Regierung sei für ihre Zwecke mindestens nicht nachteilig, und eben abwarten, inwieweit ihre Geschäfte ohne ihr Zuthun durch andere besorgt werden." Dann, am 7. März, bemerkte das Hamburger Blatt noch über die von denselben Parteien besonders begeistert gerühmte „Redegabe" des Herrn v. Marschall: „Eine solche wirksame Beredsamkeit ist zwar bei einem Staatsmanne eine erwünschte Zugabe und namentlich im Parlamente unentbehrlich, aber für die Angehörigen eines Staates ist es nützlicher, wenn sie von Schweigern, wie Moltke, als von »Rednern« regiert werden. Die Beredsamkeit ist nicht das Maßgebende bei der Sache, und es kommt beim Regieren nicht darauf an, ob der Kutscher des Staatswagens elegant fährt, sondern vor allen Dingen darauf, daß er genau die Wege kennt, die zu dem Ziele führen, das erreicht werden soll."

Als Herr v. Marschall dann am 1. Juli „aus Gesundheitsrücksichten" von seinem Amte als Staatssekretär zurücktrat, und die offiziöse Presse ihn für einen Botschafterposten bestimmt erklärte, schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 1. Juli gegen die „Köln. Zeitung": „Sehr zweifelhaft stehen wir der großen, allseitigen Anerkennung und Verehrung der auswärtigen Diplomatie für Herrn v. Marschall gegenüber. Wenn die letztere ihn ungern verliert, so kann man die Gründe dafür nach verschiedenen Richtungen suchen, die wir aus Höflichkeit hier nicht besprechen wollen. Auch glauben wir, daß auf die Auswahl eines Botschafterpostens" (für Herrn v. Marschall) „doch große Sorgfalt würde verwendet werden müssen. Uns ist augenblicklich keiner gegenwärtig, als dessen Inhaber wir gerade diesen Kandidaten wünschen möchten."

Wir brauchen hier die Gründe, die zu seinem Rücktritt führten, nicht näher zu untersuchen. Vermutlich gehörte dahin auch das geschraubte Gefühl, das Herr v. Marschall sich von seiner Stellung als Staatssekretär des Auswärtigen gebildet hatte, als sei er ein „Reichsminister" und ein bestimmender Faktor der auswärtigen

Politik. Als Herr v. Marschall am 5./6. Februar im Reichstag die Äußerung that: nicht bloß der Reichskanzler, sondern auch Er sei mit einer bestimmten Maßregel einverstanden gewesen, brachten die „Hamburger Nachrichten“ am 12. einen sehr ernsthaften Artikel zur „Aufrechterhaltung der Verfassung“, in der von dieser Äußerung Marschalls gesagt wurde: „Das machte den analogen Eindruck, als wenn ein vortragender Rat des preußischen Finanzministeriums erklären wollte, daß auch er mit der Vorlage seines Ministers einverstanden sei. Wie könnte es denn überhaupt möglich gewesen sein, daß, nachdem der Reichskanzler einverstanden war, sein Staatssekretär im auswärtigen Dienste es nicht gewesen wäre? Derselbe hat unabhängig vom Kanzler gar keinen locus standi, so lange wir uns an die bestehende Reichsverfassung halten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, weil die Ausbildung der Staatssekretäre zu selbständigen Ministern eine Verfassungsänderung involvieren würde, von der wir befürchten, daß sie allmählich die Beziehungen der Bundesstaaten miteinander lockert.“

In seiner Rede vom 26. Februar an die Brandenburger und Märker hatte der Kaiser*) wieder einmal scharfe Worte gegen die Sozialdemokratie gesprochen, so daß ein großer Teil der Presse die Einbringung einer neuen „Umsturzvorlage“ weissagte. Die „Hamburger Nachrichten“ aber forderten, wie Bismarck schon seit 7 Jahren vergeblich, am 1. März ein neues Sozialistengesetz mit den Worten: „Wir vermögen die Gründe für die bisherige Nichteinbringung eines solchen Gesetzes nach allem Vorangegangenen auf dem Gebiete politischer oder juristischer Erwägungen nicht mehr zu finden, sondern müssen solche persönlicher Natur annehmen und uns die Frage vorlegen, ob diejenigen, die zur Ausführung des kaiserlichen Willens nach Maßgabe der Verfassung berufen sind, sich durch Einbringung eines Spezialgesetzes dem Zorne oder der Rachsucht der Sozialdemokratie auszusetzen glauben und dies zu ver-

---

*) S. o. S. 58 fg.

meiden wünschen. Wäre das der Fall, so müßten wir sagen, die Furcht ist ein schlechter Ratgeber: wer sich fürchtet, gehört nicht auf einen verantwortlichen Posten an der Spitze des Staates, und der Monarch sollte auf die fernere Mitwirkung solcher ›ängstlicher‹ Männer an der Staatsregierung lieber verzichten, wenn er, wie er selbst sagt, fechten will."

Zuvor schon war Herrn Bebel die Absatzfähigkeit einer seiner beliebtesten Kolportage-Schauderlegenden durch eine Notiz der „Hamburger Nachrichten" vom 13. Februar abgeschnitten worden, in der es hieß: „Unter den vielen Unwahrheiten, mit denen Herr Bebel in geläufiger Manier und ohne Rücksicht auf alle Widerlegungen seiner Fiktionen debutiert, befindet sich auch die, daß Fürst Bismarck Herrn Stieber 1866 zum Chef der politischen Polizei gemacht habe. Der erste Kanzler hat eine politische Polizei der Stieberschen Art nie betrieben, sondern ist im Gegenteil vielmehr Gegenstand der Thätigkeit derselben im Auftrage von Kreisen gewesen, die ihm feindlich waren." Im Jahr 1870 sei Herrn Stiebers Stellung im Felde „in Mainz zur Kontestation zwischen dem Armeekommando und dem Bundeskanzler gekommen, wobei sich herausstellte, daß Herr Stieber nicht zum Stabe des Bundeskanzlers gehöre, sondern zum Hofe, und daß die Verantwortlichkeit für sein Verhalten nicht beim Bundeskanzler liege."

Sehr kräftig und überzeugend forderten die „Hamburger Nachrichten" am 11. März „Ein Kartell der produktiven Stände." Da war u. a. gesagt: „Das erste Erfordernis eines befriedigenden Ergebnisses der nächsten Wahlen" (zum Reichstag, 1898) „besteht darin, daß die Verblendung der Wähler über ihre eigenen Interessen, welche jetzt durch faktionelle und konfessionelle Bearbeitung stattfindet, beseitigt wird. Wozu Wahlen führen, die unter solchen Einflüssen erfolgen, zeigt der jetzige Reichstag deutlicher, als uns lieb sein kann; die Herren Richter, Lieber u. s. w. haben das Heft in den Händen, die Regierung getraut sich kaum den Mund aufzuthun; wir haben latente Parlamentsherrschaft, aber sie ist schlimmer, als sie in England besteht, und die Achivi, qui plectuntur,

sind diejenigen Stände, auf welche die größten Rücksichten genommen werden sollten, die produzierenden." Es war die Losung, die dann in der That bei den Reichstagswahlen von 1898 für „die Politik der Sammlung" ausgegeben wurde und die hoffentlich auch in Zukunft beachtet werden wird, wie so manches andere teure Vermächtnis des Fürsten Bismarck.

Von den vielen interessanten Äußerungen, welche dieser kurz vor dem 28. August dem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse" gegenüber in Friedrichsruh persönlich gethan haben sollte,*) wurden diejenigen über die Konservativen vom Grafen Herbert v. Bismarck am 19. September in einem Briefe für ungenau erklärt. Dagegen wurde die folgende Äußerung Bismarcks über die deutschen Nationaleigentümlichkeiten nicht beanstandet: „Wir seien eigentlich immer noch eine Unteroffiziersnation, jeder sei auf Tressen erpicht. Durchschnittlich habe jeder im öffentlichen Leben Stehende nur das Maß von Selbstgefühl, das seiner staatlichen Abstempelung, seinen staatlichen Rang- und Ordensverhältnissen entspräche. Ausnahmen seien rühmlich, aber selten."

Sehr bemerkenswert war die Erklärung der „Hamburger Nachrichten" „in Sachen der Militärgerichtsbarkeit" vom 16. Oktober: Bisher hätten sie „den Standpunkt vertreten, daß wenn Bayern seinen obersten Militärgerichtshof als Zeichen seiner Militärhoheit zu erhalten strebe und den Bestand eines Reservatrechtes in Anspruch nehme, es politisch nicht klug und den Reichsinteressen nicht entsprechend sei, dem entgegenzutreten. Inzwischen sind uns aber in der Angelegenheit Informationen zu teil geworden, die uns bestimmen, die Reservatrechtsfrage doch nicht als irrelevant zu behandeln. Wir haben uns überzeugt, daß ein wirkliches und unbedingtes Reservatrecht Bayerns in dieser Sache besteht und nach Absicht der Unterzeichner der Versailler Verträge bestehen sollte. Es existiert und ist als vollgültig zu betrachten."

Am 4. Dezember richtete Bismarck ein Schreiben an den

*) N. Fr. Presse v. 18. Aug. 1897 Nr. 11849 S. 2.

Staatssekretär des Marineamts, Admiral Tirpitz, in welchem der Fürst sich zu Gunsten der im Reichstag eingebrachten Flottenvermehrungsvorlage mit den Worten erklärte: er würde für diese Vorlage stimmen, wenn er im Reichstag wäre. Admiral Tirpitz teilte diese Erklärung Bismarcks am 11. Dezember mit hoher Befriedigung dem Reichstage mit, auf den sie den tiefsten Eindruck machte.

Auch einige der Äußerungen Bismarcks zur auswärtigen Politik dieses Jahres sind sehr bemerkenswert. So schreiben die „Hamburger Nachrichten", nach der Ernennung des Grafen Murawjew zum russischen Minister des Auswärtigen, auf Grund ihrer bekannten „Informationen", am 16. Januar: „Alle Besorgnisse, die sich in der Presse an diese Ernennung knüpfen, sind vollständig unbegründet. Er wird natürlich russische Politik machen, aber unserer Ansicht nach nur russische und diese nicht im Dienste irgend welcher fremder Einflüsse. Graf Murawjew ist unseres Erachtens ein Politiker, mit dem die Geschäfte, die man überhaupt mit ihm zu machen hat, leicht und angenehm sind, weil sie ehrlich betrieben werden. Der neue Minister ist ein Edelmann nicht nur von Geburt, sondern auch von Gesinnung. Sein Name hat in Rußland von früheren Generationen her einen nationalen Klang. In Berlin, wo nicht selten die Geschäfte der russischen Botschaft selbständig von ihm geführt wurden, hat er sympathische Erinnerungen hinterlassen und sich niemals in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Deutschland gezeigt. Wenn er als russischer Minister russische Politik betreibt, so wird man bei uns damit nur zufrieden sein können; denn die notwendigen Ziele der unverfälschten russischen Politik haben nichts, was mit den deutschen Interessen nicht verträglich wäre. Wir glauben, daß unsere friedlichen Beziehungen zu Rußland ganz und gar von unserer eigenen Politik abhängen, und daß wir einen mutwilligen Angriff russischerseits auf uns weder jetzt noch künftig zu gewärtigen haben. Es fehlen dazu die kollidierenden Interessen beider Nationen."

Zum Beweise für die außerordentliche Achtung, in welcher

unser seit sieben Jahren aus dem Amt geschiedener großer Staatsmann selbst bei seinen Gegnern im Auslande stand, konnten die „Hamburger Nachrichten“ am 7. April mit vollem Rechte folgendes anführen: „La tribune de Genève, sonst eine Gegnerin des Fürsten Bismarck, schreibt in einer Besprechung der Rolle, welche die Großmächte Kreta und Griechenland gegenüber“ — keineswegs zu Bismarcks Befriedigung — „spielen:*) ›Man fühlt immer mehr, daß an der Spitze des gegenwärtigen Europa ein thatkräftiger Mann fehlt, der fähig wäre, den zaudernden Willen der civilisierten Nationen um sich zu gruppieren, und man ist dahin gekommen, beinahe zu bedauern, daß uns die eiserne Hand des alten Bismarck fehlt. Man kann seine Politik verunglimpfen, man kann (?) ihr Mangel an Grundsatz (!) und hoher Sittlichkeit (!) vorwerfen, aber man muß unweigerlich feststellen, daß unter seiner Herrschaft — denn er herrschte — Europa nicht strauchelte.‹“

Wahrlich zutreffende Worte!

---

*) Die in den „Hamburger Nachr.“ französisch wiedergegebene Stelle des Schweizer Blattes ist hier verdeutscht.

Viertes Kapitel.

Bismarcks letzte Lebensmonate (Januar bis Juli 1898).

Als die Glocken das Jahr 1898 einläuteten, hatte Fürst Bismarck wohl keine Ahnung davon, daß er nicht einmal volle sieben Monate des neuen Jahres mehr erleben werde. Auch seine Lieben in Friedrichsruh feierten in ungetrübter Freude den Jahreswechsel mit ihm, und so ahnungslos wie sie auch das deutsche Volk. Nur Graf Rantzau und Professor Schweninger blickten in jenen Stunden mit schwerer heimlicher Sorge auf das ehrwürdige Haupt der fürstlichen Familie im Sachsenwalde. Denn allein dem Grafen Rantzau hatte Geheimrat Schweninger im tiefsten Geheimnis einige Zeit zuvor anvertraut, daß er kaum zu hoffen wage, der Fürst werde seinen nächsten Geburtstag noch erleben; und Schweninger betrachtete namentlich jeden dem Fürsten noch über den ersten April hinaus etwa noch verliehenen Lebenstag als ein von ärztlicher Kunst kaum erwartetes gnädiges Geschenk des Himmels.

Das deutsche Volk wurde zwar gegen Ende des Jahres 1897 durch ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand des Fürsten beunruhigt, ja einzelne Berliner Blätter trieben das traurige Handwerk der Sensationshascherei so weit, Bismarck tot zu sagen. Aber die „Hamburger Nachrichten" zerstreuten sofort diese bösen Gerüchte und schrieben namentlich am 3. Januar: „Seit mehreren Tagen sind abermals beunruhigende Gerüchte über das

Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Sie entbehren glücklicherweise der Begründung. Der Fürst leidet an Podagra, was schmerzlich, aber nach ärztlicher Ansicht nicht gefährlich ist. Graf Herbert und Professor Schweninger sind gestern wieder von Friedrichsruh abgereist.“*)

Am folgenden Tage (4. Januar) veröffentlichte der frevent-lich Totgesagte in seinem Hamburger Blatte folgende Danksagung vom 2. Januar: „Zum Jahreswechsel sind mir in Form von Telegrammen, Karten und Briefen so viel Begrüßungen zugegangen, daß ich bei meiner leidenden Gesundheit nicht im stande bin, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb meine Freunde, meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken und meine guten Wünsche für das neue Jahr hierdurch entgegen zu nehmen!“

Die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ in Berlin schloß am nämlichen Tage einen von den „Hamburger Nachrichten“ abgedruckten Artikel betreffs der unwahren Gerüchte über Bismarcks Zustand und Ende mit den Worten: „Das Befinden des Fürsten, so wird gemeldet, hat sich in den letzten Tagen nicht geändert. Er nimmt regelmäßig an der Familientafel teil. Und so möge an ihm das alte Wort sich bewähren, daß, wer fälschlich tot gesagt war, noch recht lange lebe.“ Das Hauptorgan der nationalliberalen Partei in Hannover aber, der „Hannoversche Courier“, zeigte in einem von den „Hamburger Nachrichten“ gleichfalls abgedruckten Artikel „Fürst Bismarck und das Ausland“, daß die falsche Todesnachricht wieder einmal offenbart habe, wie sehr man z. B. in Frankreich, England, Italien u. s. w. noch immer mit dem Fürsten Bismarck als einem gewaltigen Faktor des öffentlichen Lebens in Deutschland rechnet. Im Auslande erblickt man eben in ihm immer noch mehr als die große historische Persönlichkeit. Dort beschränkt man sich nicht, wie vielfach in Deutschland, auf die ausschließlich rückschauende Bewunderung, sondern man sieht

*) Das treue Bismarck-Blatt in Hamburg ist die Hauptquelle des Verfassers für den Inhalt der letzten Kapitel dieses Werkes. Andere Quellen sind im Text oder in Noten nachgewiesen.

im Auslande in der bloßen Thatsache, daß Fürst Bismarck noch lebt, einen starken Faktor der deutschen Politik. Wenn jetzt das Ausland auf die glücklicherweise unrichtige Todesnachricht hin so lebhaft reagierte, so brachte es uns damit zum Bewußtsein, daß Fürst Bismarck so lange, bis er den letzten Atemzug thun wird, ein äußerst wertvoller Besitz für das deutsche Volk ist, auch wenn er mit der" (gemeint ist der amtlichen) „Politik nicht das geringste mehr zu thun hat."

Als zutreffend für das damalige Befinden des Fürsten darf auch der nachstehende, von den „Hamburger Nachrichten" am 19. Januar abgedruckte Bericht der „Leipziger Neuesten Nachrichten" gelten: „Ich kann Ihnen erfreulicherweise bestätigen, daß das Befinden des Fürsten sich allmählich bessert. Er kann zwar den Rollstuhl noch nicht entbehren, aber das Allgemeinbefinden hebt sich täglich und er ist bei so gutem Humor wie je. Ein vollkommener Unsinn ist es, wenn in einzelnen Blättern angedeutet wurde, der Fürst habe das Wasser in den Beinen und dies sei le commencement de la fin. Es handelt sich um nichts weiter, als um das bekannte Beinleiden, dessen Beseitigung in so hohem Lebensalter natürlich schwieriger ist und mehr Zeit erfordert als früher. Der Fürst spottet gutgelaunt häufig über gehegte Besorgnisse: „Schmerzhaft, aber leider nicht gefährlich." Zum ferneren Beweise der Richtigkeit meiner Angabe führe ich die Thatsache an, daß Fürst Bismarck in der Sylvesternacht bis gegen 1½ Uhr an der Punschbowle, welche die Familienmitglieder und Gäste vereinigte, teilgenommen und sich am nächsten Morgen sehr wohl befunden hatte. Überhaupt ist die Lebensweise und die Ernährung des Fürsten unverändert."

Diese Berichte enthielten durchaus keine unwahre Schönfärberei, sondern entsprachen dem wirklichen zeitweiligen Befinden des Fürsten, das nicht ungünstiger — wenn auch nicht besser — sich zeigte, als während der vergangenen Jahre. Abermals schien die wunderbar zähe und elastische Natur des Riesen den lauernden Tod verscheucht zu haben, so daß doch auch Professor Schweninger

später durch dessen plötzliches Herannahen völlig überrascht wurde. Jedenfalls gab Bismarck selbst sich seiner gewohnten Lebensführung hin, die, wie wir noch näher darstellen werden, nur unwesentlich durch ungünstigere Wendungen seines Gesundheitszustandes beeinflußt wurde. Aus den persönlichen Erlebnissen des Fürsten in diesen Monaten heben wir folgende hervor, die zugleich bekunden, welch regen Anteil er an dem Glück und Geschick seiner Freunde nahm.

Am 8. Januar richtete er zum 70. Geburtstag des Reichstagsabgeordneten v. Kardorff folgendes Glückwunschtelegramm an diesen: „Im Rückblick auf unsere langjährige gemeinsame politische Thätigkeit bitte ich Sie, geehrter Freund, zum heutigen Tage meine herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen.“ Dem Reichsrat v. Haßler, dem Vorsitzenden der großen Körperschaft der Deutschen Industriellen, dankte er am 11. Januar telegraphisch für „die Begrüßung von so ansehnlicher reichsfreundlicher und kompetenter Stelle“, durch die der Fürst sich „hochgeehrt fühle“. Aus Anlaß der Übersendung einer Widmung des bergbaulichen Vereins in Essen ließ Bismarck Anfang März dem ersten Vorsitzenden desselben, Geheimen Finanzrat Jenke, ein Dankschreiben zugehen für „die Widmung des bergbaulichen Vereins, die unter den mir zugegangenen Kunstgegenständen einer der schönsten und eigenartigsten ist. Ich bedaure umsomehr, daß mein Gesundheitszustand mir jetzt nicht gestattet, die Herren hier persönlich zu begrüßen.“

Am 6. Februar waren zehn Jahre verflossen, seitdem Fürst Bismarck die bedeutsamste Rede seines Lebens im „Kartellreichstag“ von 1888 gehalten hatte.*) Die gesamte reichstreue Presse feierte die Erinnerung an diese Großthat des Altreichskanzlers in begeisterten Worten. Die „Hamburger Nachrichten“ gaben am 7. und 8. Februar die Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der Leipziger und Danziger „Neuesten Nachrichten“ zu diesem Jubeltage vollständig wieder. Wir können daraus nur die folgen-

*) S. o. Bd. VI S. 216/222 dieses Werkes.

den Stellen hier mitteilen. Aus dem Essener Blatte die Einleitung: „An diesem 6. Februar sind zehn Jahre seit der weltbewegenden Reichstagsrede des Fürsten Bismarck verflossen, die eine That war und nach menschlichem Ermessen eine von Rußland und Frankreich unmittelbar drohende Kriegsgefahr abgewendet hat. Es gibt in der ganzen Weltgeschichte nur wenige Reden, die einen thatsächlichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausgeübt haben, und diese wenigen haben stets in der Richtung gewirkt, daß sie ein schwankendes Volk, eine zögernde Mehrheit nach einer bestimmten Richtung zu entschlossenem Handeln mit fortgerissen haben. Die Bismarckrede vom 6. Februar 1888 ist vielleicht die einzige, von der man mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit behaupten kann, daß sie zum Handeln entschlossene Machthaber schwankend gemacht und einen im Grundsatz beschlossenen Angriffskrieg dauernd verhindert hat."

Aus dem Leipziger Blatte citieren wir die ersten Sätze: „Wir feiern die Gedenktage großer Schlachten, und doch mag es Tage geben, die in der Geschichte der Nationen mehr bedeuten, als die Entscheidungen auf dem Kampfesfelde des Krieges. Die Stunde, da Luther seine mutigen Thesen anschlug an der Kirchenpforte von Wittenberg, scheidet zwei Weltalter, die soziale Botschaft unseres ersten Kaisers erschloß den Blick in neue, vom Sonnenlicht der Nächstenliebe umglänzte Gefilde; an der Rede, die vor zehn Jahren der große Kanzler des neuen Reiches hielt, wuchs das deutsche Nationalgefühl urgewaltig empor und selbst in fernen fremden Landen durchglühte die Volksgenossen das Wort: „Freue dich, daß du ein Deutscher bist." Denn noch niemals war so, wie am 6. Februar 1888, deutsches Wesen, deutsche Kraft und deutsches Selbstbewußtsein zum Ausdruck gekommen, noch niemals hatte der Fremde ein Wort, so demütig und stolz, gehört wie jenes, das im Reichstag erklang: ›Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!‹"

Endlich betonten die „Danziger Neuesten Nachrichten" mit Recht den Leitsatz jener größten Rede Bismarcks: „Durch die ganze

großartige und imposante Darstellung, in der sich, wie Perlen, eine historische Wahrheit an die andere reiht, in der mit staunenerregender Sicherheit und scharfsinnigster Dialektik Aussprüche von höchster staatsmännischer Bedeutung sich fast Zeile für Zeile folgen, schlingt sich als Leitmotiv allüberall der Gedanke durch, daß nur die kriegerische Stärke, das Machtbewußtsein, uns den Frieden erhalten."

Auch die Erinnerung an diesen großen Tag aus Bismarcks Leben vermochte dem Bismarck-Denkmal in der Reichshauptstadt keine Spanne weiter zur endlichen Vollendung zu verhelfen. Im Gegenteil war der zuständigste Fachmann, der Erbauer des Reichstagshauses, Paul Wallot, aus dem Berliner Bismarck-Denkmal-Komitee ausgeschieden, weil dieses Komitee, entgegen Wallots Rat und der Mahnung aller Leute von Geschmack, das große Nationaldenkmal unmittelbar vor der Treppe auf der Westseite des Reichstagshauses hinquetschen wollte, statt es etwa hundert Meter weit von da abzurücken. Die „Hamburger Nachrichten" druckten am 22. Januar die Zuschrift Wallots aus Hardens „Zukunft" ab, in welcher der Baumeister die Gründe für sein Ausscheiden aus diesem geschmacklosen Komitee darlegte. Nicht minder gab das Hamburger Blatt die Bemerkungen der „Zukunft" zu diesem Schreiben wieder, die mit dem Satze schlossen: „Wenn die dilettantische Mehrheit des Komitees trotzdem Wallots Rat geringschätzt, wenn sie sich nicht in zwölfter Stunde noch entschließt, seinem mahnenden Wort zu folgen, dann wird sie vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß ein großer Aufwand schmählich verthan und ein aus dem reinsten Empfinden des deutschen Volkes geborener Plan verstümpert wurde."

Das gute Verhältnis des Kaisers zu Bismarck, das sich auch im Laufe dieses Jahres schon erfreulich offenbart hatte, war jedenfalls nicht nach dem Geschmack der unversöhnlichen Hasser des Fürsten. Ihre Presse wärmte daher wieder einmal die schon so häufig widerlegte Mär auf, Graf Herbert strebe nach dem Wiedereintritt in den diplomatischen Reichsdienst, und zwar zunächst nach dem deutschen Botschafterposten in Petersburg. Die „Hamburger Nachrichten"

widerlegten diese boshaften Legenden am 12. März durch den Abdruck eines Artikels der „Leipz. Neuesten Nachrichten", der mit den Worten schloß: „Über den angedeuteten Plan ist nie verhandelt worden. Thatsache ist nur, daß die Kaiserlichen Majestäten den Grafen (Herbert) Bismarck eingeladen und ihn in der liebenswürdigsten Weise empfangen haben. Wir meinen, daß das Erfreuliche dieser Thatsache den Gegnern des Bismarck'schen Hauses so unangenehm ist, daß sie durch freie Erfindungen und die hiermit notwendig sich verbindenden Erörterungen und Widerlegungen die Wirkung zu contrekarrieren suchen. Die Zeiten, in denen diese Praxis den beabsichtigten Erfolg hatte, dürften allerdings für immer vorüber sein."

Als Mitte März der frühere österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szechényi, starb, richtete Bismarck an die Witwe des Grafen folgendes Beileidstelegramm: „Ich betrauere in Ihrem Gemahl einen meiner ältesten Freunde und Mitarbeiter, den ich seit länger als 40 Jahre aufrichtig geschätzt habe."

In erhebender Weise wurde dann auch von der amtlichen Welt, namentlich von dem deutschen Heere, wie von dem gesamten deutschen Volke das seltene Fest gefeiert, das dem Fürsten Bismarck zu erleben noch vergönnt war, sein 60jähriges Militärdienstjubiläum am 25. März. Das Militär-Wochenblatt hatte schon im Januar auf den bedeutsamen Gedenktag hingewiesen. In der vom Major v. Rentzell verfaßten Geschichte des Garde-Jäger-Bataillons hieß es über Bismarcks Diensteintritt: „Eine bedeutungsvolle Erinnerung knüpft sich für das Bataillon an das Jahr 1838. Am 25. März trat Otto v. Bismarck als Einjährig-Freiwilliger in das vom Oberst v. Knoblauch befehligte Bataillon und wurde in die 1. Kompagnie eingestellt. Das Bataillon ist stolz darauf, daß der erste deutsche Reichskanzler einstmal seinen Rock getragen hat, daß er zu seiner Fahne den Eid der Treue schwur. Die ganze Welt weiß, wie er ihn gehalten, wie sein ganzes Leben dem Dienste des Königs und des Vaterlandes geweiht geblieben ist. Die Armee, deren Tapferkeit und Hingebung der von ihm geführten Politik stets die zu-

verlässige Grundlage geboten hat, rechnet es sich zur höchsten Ehre, ihn zu ihren verdientesten Generalen zählen zu dürfen."

Beim Herannahen dieses Festes war natürlich für die Zahl der Teilnehmer und Besucher in Friedrichsruh und damit für die äußere Gestaltung der Feier selbst der Gesundheitszustand des Fürsten entscheidend, und mit Rücksicht auf die Schonung des Jubilars druckten die „Hamburger Nachr." ohne jede Bemerkung ihrerseits folgenden Artikel der „Neuen Freien Presse" ab, dessen Inhalt daher jedenfalls als durchaus zutreffend gelten kann: „Das Befinden des Fürsten Bismarck bessert sich langsam, aber stetig. Er bedient sich zwar noch des Rollstuhls, aber die Gehversuche werden jetzt häufiger und mit größerem Erfolge vorgenommen. Das Leiden, welches den Altreichskanzler seit Monaten an den Krankenstuhl gefesselt und dem Gerüchte Anlaß gegeben hat, daß Wassersucht in den Beinen aufgetreten sei, bestand thatsächlich in dem Wiederauftreten der alten Venen-Entzündung am Bein, ein Residuum aus der Petersburger Zeit, wo der Fürst infolge der ungeschickten ärztlichen Behandlung einer Verletzung, die er sich, wenn ich nicht irre, beim Reiten zugezogen hatte, von diesem Übel zum erstenmale befallen wurde. Alsdann trat ein äußerst heftiger und typisch ausgebildeter Podagra-Anfall hinzu, wie er in dieser ausgeprägten und schmerzhaften Form bisher noch nicht dagewesen war. Die Schmerzen, die der Fürst infolge dessen auszuhalten hatte, waren sehr groß und stellten im Zusammenhang mit der Steigerung der Schlaflosigkeit, welcher der Fürst überhaupt leicht ausgesetzt ist, so hohe Anforderungen an die Widerstandsfähigkeit des Dreiundachtzigjährigen, daß man über die Möglichkeit ihrer Erfüllung erstaunt sein mußte. Unter diesen Umständen darf der Verlauf der Krankheit und der Heilung, obgleich er Monate in Anspruch genommen hatte, nach der Auffassung der behandelnden Ärzte als relativ günstig und schnell bezeichnet werden. In einem so hohen Alter pflegen derartige schwere Fälle meist nicht so glücklich zu verlaufen, und jedenfalls erfordert ihre Heilung sehr lange Zeit. Jetzt dürfen die Krankheitserscheinungen im allgemeinen als behoben gelten, und es

ist anzunehmen, daß unter dem Einflusse des herannahenden Frühjahrs der Fürst bald wieder ganz hergestellt sein wird und die lange und schwer vermißten Spaziergänge und Spazierfahrten in den Sachsenwald wieder aufnehmen kann. Ob dies freilich bis zum 25. März, wo der Fürst bekanntlich sein 60jähriges Militärjubiläum feiert, oder bis zu seinem Geburtstage, am 1. April, möglich sein wird, ist zweifelhaft. Wie ich höre, wird der diesmalige 1. April ebenso wie der vorige ziemlich still verlaufen, jedenfalls kann von Kundgebungen im größeren Stile, Fackelzügen u. dgl., wie sie sonst üblich waren, diesmal nicht die Rede sein, da der Fürst doch noch nicht so weit hergestellt sein wird, daß er die Huldigungen in üblicher Weise entgegennehmen könnte. Dagegen wird der Fürst bei seinem diesmaligen Geburtstage, der vorwiegend den Charakter eines Familienfestes tragen dürfte, die Freude haben, auch seine beiden Enkel aus Königsberg und Schönhausen, Klaus und Otto, zum erstenmale um sich sehen. Die Stimmung des Altreichskanzlers ist jetzt vorzüglich, sein Humor köstlich, und die nähere Umgebung weiß nicht genug über die geistige Frische des Fürsten zu berichten; sein Appetit ist vortrefflich, der Magen vollständig in Ordnung. Es kommt vor, daß der Fürst zehn bis zwölf Pfeifen an einem Tage mit Behagen raucht. Gewiß ein günstiges Zeichen. Viel Heiterkeit erregt es in Friedrichsruh, daß seit einiger Zeit fast tagtäglich lange Telegramme aus Amerika von Politikern und Zeitungen einlaufen, welche »eingeklemmte« Antwortformulare enthalten, die der Fürst benützen soll, um auf dem Drahtwege den betreffenden Absendern seine Meinung über die Kuba-Frage oder die »Maine«-Angelegenheit zu übermitteln. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß nicht ein einziges dieser Telegramme beantwortet wird und daß die Notiz, welche neulich die Presse durchlief, daß der Fürst seine Ansichten über die Kuba-Frage einem Interviewer gegenüber ausgesprochen habe, auf Erfindung beruht. Der Fürst liest, angeregt durch den Prozeß Zola, außer geschichtlichen Werken und den politischen Tagesblättern jetzt öfter in den Werken des französischen Romanciers. Gegenwärtig liest er »Paris«. Nach

seinem Geschmacke sind die Zola'schen Romane zu sehr »mit Polsterung bepackt«, mit übermäßigen und deshalb überflüssigen Schilderungen von Nebensächlichkeiten. Ferner meint der Fürst, die Feindschaft, die sich Zola von seiten des französischen Klerus und der französischen Armee zugezogen habe, sei wohl die Quittung für »Lourdes« und »La Débâcle«."

Das Militär-Wochenblatt brachte zum Jubiläumstage folgenden schwungvollen, der Bedeutung des hohen geschichtlichen Gedenktages vollkommen entsprechenden Artikel: „Am 25. März werden es 60 Jahre sein, daß Fürst Bismarck in die Armee, und zwar in das Garde-Jägerbataillon eintrat, um seiner Wehrpflicht zu genügen, und der damalige Einjährig-Freiwillige wird nicht geahnt haben, daß er einst im Heere eine dem Feldmarschall gleichstehende Würde erreichen sollte. Er verdankte dieses Aufsteigen seiner glorreichen Laufbahn als Staatsmann. Aber diese brachte es mit sich, daß er der Armee und deren Erhöhung nicht einmal, sondern vielmals seine Kräfte weihen mußte; und daß seine thatkräftige, auf große Ziele gerichtete Politik dem Heere nach langem, nur durch kurze Kriegsepisoden unterbrochenen Frieden Gelegenheit gab, der Welt seine Ebenbürtigkeit mit den Siegern von Fehrbellin, Leuthen und Belle-Alliance zu beweisen. Die Vorbedingung dieser großen Heldenzeit war eben die staatsmännische Kraft und Weisheit, mit der Bismarck die vom Könige beschlossene Reorganisation des Heeres gegen die Majorität der Volksvertretung und gegen eine falsche Auffassung in der Nation selbst thatsächlich durchzusetzen wußte, wobei er mit seiner Person die volle Verantwortlichkeit übernahm; sodann aber das unübertreffliche Geschick, mit dem er später die politische Aktion einleitete.

„Wie der Name Bismarck ein Palladium der nationalen Größe geworden ist, so verkörpert sich auch in der Person des Fürsten die eigenartige Kraft seines engeren preußischen Vaterlandes. Bismarck ist, während er die staatsmännische Laufbahn einschlug, doch Soldat, Wehrmann geblieben. Schon seine kriegerische, hünenhafte Gestalt stellt dies jedermann vor Augen. Stets wird er in der Erinnerung

der Deutschen so fortleben, wie er bei Sedan dem gefangenen Kaiser entgegentrat, in der Felduniform der schweren Küraßreiter. Viele Staatsmänner haben ihre Monarchen ins Feld begleitet, aber keiner außer Bismarck ist mit uns ins Feuer geritten, ist dem König-Feldherrn in den Schlachten zur Seite geblieben. Wer wollte es tadeln, wenn der Staatsmann sich von den Kämpfen fernhält? Aber in Bismarck lebte der friederische Geist des märkischen Adels und das Gefühl des preußischen Offiziers. So hat er 1866 die Feuertaufe wie jeder andere Soldat empfangen. Er ist nicht aufgestiegen zu diesem Range aus Rücksicht auf Geburt und Etikette, sondern jeder deutsche Soldat kann voll anerkennen, daß Fürst Bismarck seinen militärischen Rang durch seine Verdienste um die Armee erworben hat."

In ganz ähnlicher Weise würdigten die „Hamburger Nachrichten" vom 25. März und die gesamte deutsch-nationale Presse die hohe Bedeutung dieses Gedenktages, namentlich auch die offiziöse, wie z. B. die „Nordd. Allg. Ztg.".

Über die Feier in Friedrichsruh selbst brachten die „Hamb. Nachrichten" am 26. März einen an Ort und Stelle am 25. niedergeschriebenen Bericht, der zunächst bestätigte, daß das Fußleiden des Fürsten sich zwar in andauernder Besserung befinde, den Patienten aber doch noch immer auf den Gebrauch des Rollstuhles anweise, „so daß dieser auf alle ihm zu seinem Jubiläum sowie auf die ihm zum bevorstehenden 83. Geburtstage zugedachten festlichen Veranstaltungen verzichtet hat." Er habe daher namentlich den Empfang der Offizierskorpsabordnungen, die am 25. März in Friedrichsruh erscheinen wollten, ablehnen müssen. Das Offizierskorps des zweiten Garderegiments zu Fuß — dem Bismarck seit 1888 à la suite angehörte — hatte dem Fürsten zu diesem Ehrentage eine künstlerisch ausgeführte Silberstatuette, die einen Grenadier aus der Zeit der Gründung des Regiments, 1813, darstellt, als Geschenk bestimmt und wollte diese Ehrengabe nach dem Wunsche des Kaisers ursprünglich durch eine aus dem Kommandeur, Grafen Kirchbach, und Offizieren jeder Charge bestehende Abordnung, die

in Begleitung der Regimentsmusik sich nach Friedrichsruh begeben sollte, dem Fürsten persönlich überreichen. In Rücksicht auf die dem Fürsten notwendige Schonung mußte aber auch diese Ehrung in der geplanten feierlichen Form unterbleiben. „Das Geschenk wurde deshalb nebst einem Glückwunschschreiben des Regimentskommandeurs, Grafen Kirchbach, durch einen Feldwebel des zweiten Garderegiments überbracht, der heute morgen schon in aller Frühe in Friedrichsruh eingetroffen war. Um ein Uhr wurde Feldwebel Silaff, eine Hünengestalt, deren Längenmaß das des Fürsten noch um einen halben Zoll überragt, in das Arbeitszimmer des Fürsten gerufen, wo dieser Geschenk und Glückwunschschreiben entgegennahm. Der Fürst unterhielt sich längere Zeit mit dem Überbringer und verehrte Silaff als Andenken seine Photographie in Generalsuniform, die er mit festen Zügen trotz seiner zum Schreiben unbequemen Stellung — der Fürst lag auf einer Ruhebank ausgestreckt — mit seinem Namenszuge und dem heutigen Datum unterschrieb. — Bevor der Feldwebel das Schloß verließ, wurde ihm ein Schreiben an den Regimentskommandeur des zweiten Garderegiments zu Fuß, Grafen Kirchbach, eingehändigt, in welchem der Fürst seinem Danke für die übersandte Ehrengabe und die Glückwünsche seiner Regimentskameraden Ausdruck gibt. — Um halb fünf Uhr traf als Abgesandter des Kaisers der Generaladjutant von Schweinitz in Friedrichsruh ein. Graf Rantzau empfing ihn am Bahnhof und geleitete ihn ins Schloß. Graf Schweinitz begab sich sofort zum Fürsten, der den General in seinem Arbeitszimmer erwartete. Graf Schweinitz war der Überbringer eines kaiserlichen Handschreibens, in welchem der oberste Kriegsherr seinem Generalobersten seine Glückwünsche zu dessen sechzigjährigem Militärjubiläum ausspricht. — Herr von Schweinitz verweilte bis zum Beginn des Familiendiners beim Fürsten, worauf sich beide Herren in den Speisesaal begaben. Außer dem Generaladjutanten und der zur Zeit als Gast im Bismarck'schen Hause weilenden Frau von Batocki nahmen außer Graf und Gräfin Wilhelm und dem gräflich Rantzau'schen Ehepaar noch die beiden Leibärzte des Für-

sten an der Tafel teil. Professor Schweninger, der gestern in Friedrichsruh eingetroffen war, gedachte übrigens noch heute abend nach Berlin zurückzukehren, ein Beweis, daß der Gesundheitszustand des Fürsten zu keinerlei Beunruhigung Anlaß gibt. Vom Kaiser traf, kurz bevor der Generaladjutant von Schweinitz den schriftlichen Glückwunsch überreichte, noch ein direktes Begrüßungs-Telegramm an den Fürsten Bismarck aus Bremerhaven ein, das Se. Majestät vor der Abfahrt nach Skagen abgesandt hatte. — Unter den vielen dem Fürsten am heutigen Jubeltage zugegangenen Glückwünschen befanden sich noch Telegramme und Schreiben anderer Souveräne, sowie von den Regimentern und Jägerbataillonen, in denen der Fürst gedient hat, ferner von verschiedenen Offizierkorps, Korpskommandos und vielen hohen Militärs. — Durch das Zusammenfallen der schleswig-holsteinischen Erhebungsfeier mit dem Jubiläum des Fürsten ist die Zahl der Glückwünsche, namentlich aus der Provinz Schleswig-Holstein, erheblich vermehrt worden. — Unter den eingelaufenen Glückwunschschreiben befand sich auch das folgende aus Leipzig datierte:

Der Altreichskanzler, wie bekannt,
Trug das Schwert stets in der Hand;
Und ohne dieses Schwertes Schutz
Wär' auch die Politik nichts nutz.

„Wie noch am Schlusse dieses Berichtes erwähnt sein mag, ist dem Kammerdiener Pinnow und dem Leibkutscher Patzke, den beiden langjährigen treuen Dienern des Altreichskanzlers, an dessen heutigem Ehrentage vom Kaiser das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden."

Am 29. März nachmittags fand im Beisein Bismarcks und der in Friedrichsruh anwesenden Glieder der fürstlichen Familie die Konfirmation der beiden jüngsten Söhne des Grafen Rantzau, Christian und Heinrich statt. Die Handlung vollzog Herr Pastor Westphal aus Brunstorf, zu dessen Kirchspiel Friedrichsruh gehört. Unmittelbar an die Einsegnung schloß sich die Verabreichung des heiligen Abendmahles, an der alle Anwesenden teilnahmen.

Zum 83. Geburtstag des Fürsten am 1. April schrieben die „Hamburger Nachrichten“ ihren festlichen Leitartikel „im Zeichen der Hoffnung“. Wenn der Fürst erst wieder in den Sachsenwald hinausfahren könne, werde die Frühlingswaldluft ihn auch wieder stärken und erfrischen. Sein Humor sei jetzt schon vortrefflich und auch die deutsche Reichspolitik bereite ihm zur Zeit keine schlaflosen Nächte mehr, zumal da das Flottengesetz vom Reichstag angenommen sei und die ostasiatische Politik wie der Ruf zur Sammlung aller Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen seinen Beifall finde.*) So schließt denn der Artikel mit dem heißen Wunsche, daß „dem größten Sohne des deutschen Vaterlandes noch ein langer und gesegneter Lebensabend“ beschieden sein möge.

Millionen deutscher Herzen empfanden ebenso und bewiesen das auch an der letzten Geburtstagfeier, die ihrem Bismarck vergönnt sein sollte. Die Nacht zum 1. April brachte der Fürst fast schlaflos zu und erhob sich daher erst spät vom Lager.**) Die ersten Glückwünsche zum Geburtstagsfest seitens beider Söhne, des Schwiegersohnes und der Leibärzte empfing er noch im Schlafgemach. Geheimrat Schweninger erschien hier mit einem kostbaren Schlafrock in blutrotem Seidenrips, innen mit hell-erdbeerfarbener Seide abgesteppt, dem Geschenk einer vornehmen Wiener Dame. Bismarck nahm es sofort in Gebrauch und beschritt damit angethan das Badezimmer. Nachdem er sein Bad genommen und nach beendeter Toilette sein Arbeitszimmer betreten hatte, erschienen bei ihm der Reihe nach alle übrigen Familienmitglieder, namentlich auch die allerjüngste Generation, der Stammhalter aus Schönhausen und der kleine Enkel aus Königsberg.

Den Nachmittag verbrachte der Fürst im Arbeitszimmer mit Lesen und Rauchen. Als aber die Dinerstunde — 7 Uhr —

---

*) Wir bringen hierüber unten bei „innerer“ und „äußerer Politik“ noch Näheres.

**) Das Folgende nach dem sehr anmutigen Bericht der „Hamburger Nachrichten“ aus Friedrichsruh vom 1. April.

herannahte, begab er sich mit Benutzung seines Rollstuhls zunächst nach den Zimmern, in denen die Geburtstagsgeschenke aufgebaut waren — wir werden sogleich eine kurze Schilderung ihrer Fülle und Mannigfaltigkeit geben. Alles besah er möglichst eingehend, ließ sich einige Gegenstände reichen und legte die Adressen u. dergl. zu näherem Studium für die nächsten Tage zurück. Besonders über die herrlichen Blumen äußerte er seine Freude und begab sich dann in den Speisesaal, in welchem sich einschließlich aller Familienangehörigen und der beiden Leibärzte eine Gesellschaft von 22 Personen einfand. Da war die geliebte Schwester des Fürsten, Frau von Arnim Kroechlendorf, zugleich Schwiegermutter des Grafen Wilhelm, da waren die Kinder, Schwiegerkinder und erwachsenen Enkel des Fürsten; an Gästen aber nur einige intime Freunde, wie Graf Henckel v. Donnersmark, Frau von Batocki, Graf Fink zu Finkenstein (Landrat des Kreises), Oberst von Goldammer, Rittmeister v. Blumenthal-Staffelfeld und Baron Merck nebst Gemahlin. Bismarck saß zwischen seiner Schwester und Frau von Batocki. Einige Zeit nach Beginn der Tafel erhob der Fürst das Glas — stehen konnte er ja nicht —, um das Wohl des Kaisers auszubringen. Kurz darauf ergriff Graf Henckel das Wort und ließ den Fürsten hochleben. Die Festtafel verlief in recht fröhlicher Stimmung; Bismarck unterhielt sich lebhaft nach allen Seiten hin und schien trotz der mangelhaften Nachtruhe sehr gut aufgelegt.

Die überaus große Zahl und Mannigfaltigkeit der Geburtstagsspenden, die mehrere Zimmer vollständig anfüllten, bewies, daß auch diesmal alle Kreise, Berufe und Stände des deutschen Volkes sich an diesem Liebeswerk beteiligt hatten. Die einfachsten Gegenstände und naivsten Zuschriften lagen und standen da auf den Tischen bunt durcheinander und in schönster Eintracht mit kostbaren Kunstwerken, prunkvollen Adressen und Ehrenmitglieds-Urkunden. Da lag auch der schon erwähnte fürstliche Schlafrock neben von den Gebern selbst gestrickten, gehäkelten oder gestickten wärmenden Mützen, Unterkleidern, Ruhekissen u. s. w. Verleger hatten ihre

neuesten Werke, Dichter ihre Lieder, Musiker ihre Kompositionen, Brauereien ihr bestes Bräu, Brennereien ihre köstlichsten Schnäpse und Liköre, Erfinder ihre heilbringenden neupatentirten Sachen, Zigarrenfabrikanten ihre besten Sorten dem 83jährigen Geburtstagskinde gewidmet. An Zigarren hatte z. B. ein Bremer die Marke „für Ar und Halm“ gesendet, die „von ziemlich großer Form und sehr guter Qualität nicht hoch im Preise“ vom Einsender als „speziell für den Landwirt geeignet bezeichnet“ wurde. Ein Wiener, Herr Wittgenstein, hatte ein vortreffliches Ölgemälde von Gauermann (Alpenvieh in einer Alphütte mit schönem Thalhintergrund) gestiftet. Der Leiter der Kunstgießerei in Lauchhammer, Hallbauer, hatte einen prächtigen Pfeifenständer — einen Eichenstamm und eine diesen umschlingende Epheuranke darstellend — gießen lassen und das erste Exemplar dieses Kunstwerkes dem Fürsten übersendet mit einer in purpurroter polierter Ledermappe verwahrten sinnigen poetischen Widmung:

Nicht trotzen konnt' des Sturms Gewalt
Ein schwankend Epheureis,
Am Eichenstamme sucht es Halt
Wo sich's geborgen weiß.
Es sei als Sinnbild Dir gesandt,
Du Held in Friedrichsruh;
Der Epheu war das Deutsche Land,
Der Eichenstamm bist Du.

Eine Anzahl Bremer Damen sandte dem Fürsten alljährlich, und so auch diesmal, zum Geburtstage zwölf Flaschen edeln Rheinweins aus dem Vorrate des Bremer Ratskellers mit einer vornehm ausgestatteten poetischen Adresse zu. Eine höchst originelle Adresse mit einer Spende feinsten Honigs war dem Fürsten aus Halle zugegangen: eine poetische Kabinettsordre der Bienenkönigin Florenda, gegengezeichnet von „Imme, Minister des Innern“ und von „Drohne, Minister des Äußern (!)“, die mit den Worten schloß:

Nun denn, Glückauf! Dort nach der Bergeshalde
Send ich Dir meinen königlichen Gruß,
Und reich' Dir in dem Sachsenwalde
In hoher Achtung meinen Vorderfuß.

„Für richtige Auffassung des Gedichts verantwortlich der Hofpoet und Bienenvater Th. Loebeling in Halle a. S., Neffe des früheren Vorfechters in Göttingen.“ Sogar ein indischer Prinz, Alexander Tzar, hatte den Fürsten beschenkt: ein Paar der ebenso seltenen als prächtigen Gralstauben lebend aus Singapore eingesandt. „Die Getreuen in Butzbach“ in Hessen verehrten seit Jahren zu Bismarcks Geburtstag ein Geschenk;*) diesmal ein sehr sinniges und originelles: ein Album in Ledereinband und mit Lederblättern, das sich als „Kalender auf das 84. Lebensjahr des Fürsten Bismarck“ bezeichnet. Jedes Blatt des Buches trägt einen Spruch und die Mehrzahl derselben noch ein Datum (mit Jahreszahl) von Bedeutung. Die Reihenfolge der Blätter geht von April bis März. Wir teilen daraus folgende reizende Proben mit:

April.

Das Gras, das im April gewachsen,
Im Monat Mai kommt's nimmer weit;
Dich, starken Sproß des Ostermondes,
Konnt' hemmen nie ein Sturm der Zeit.

1. April 1815.

Mai.

Maikühle und Maiabendtau
Geben Segen dem Wein und schmücken die Au;
Deine taufrische Kraft, Dein kühler Verstand
Gaben Friede voll Ehren dem Vaterland.

10. Mai 1871.

Juli.

Im Juli muß vor Hitze braten,
Was im September soll geraten,
Zornkollernd kräht' der gallische Hahn,
Bis Du ihn in den Sack gethan.

19. Juli 1870.

Oktober.

Es harrt die güld'ne Traube
Des emſ'gen Winzers Hand.
So harrte das Werk des Meisters,
Bis Dich Dein König fand.

8. Oktober 1862.**)

---

*) Das Folgende nach den „Hamburger Nachrichten“ vom 3. April, Korrespondenz aus Friedrichsruh vom 2.

**) Datum der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten.

Dezember.

Es sieht das Kind den schönsten Traum
Erfüllet unter'm Weihnachtsbaum;
Was heißes Sehnen lang begehrt,
Das hast Du unserm Volk bescheert.

Februar.

Ist auch verschrie'n St. Dorothee
Als düst'rer Tag voll Sturm und Schnee,
Uns soll er doch geheiligt sein.
Du sprachst das Wort, so stolz es klang,
Ein Echo weckt's gleich Sturmgesang
Vom Alpenfuß zum blauen Belt:
„Wir Deutsche fürchten Gott allein
Und nichts sonst auf der weiten Welt!“

6. Februar 1888.

März.

Dem Lenzesmond ist nicht zu trauen,
Bald Blütenschmuck, bald Winterkleid!
Allein Dein Kaiser konnte bauen
Auf seinen Bismarck allezeit.

Einem Kasten mit langen Thonpfeifen hatte die Schenkerin laúnige Verse beigelegt, in denen sie aussprach, es würde ihr „höchster Lohn“ sein, wenn „mein Fürst täglich daraus rauchen“ würde:

Dann erfreute Bismarck sehr
Wilhelmine Staudener.

Aber die Hoffnung auf Erfüllung dieses Wunsches war freilich ebenso „fromm“ wie die jenes Fabrikanten, der dem Dreiundachtzigjährigen noch ein Fahrrad bescherte, damit dieser hinfort auch das edle Radeln meisterhaft betreibe. Doch genug von der Fülle der Gaben zu diesem letzten Geburtstag; hunderte müssen unerwähnt bleiben.

Von den unzähligen Bismarckfeiern im deutschen Reiche und im Ausland können wir auch nur ganz weniger gedenken, unter diesen aber vor allem der Münchener, die diesmal, in der anheimelnden Form eines Kommerses im Löwenbräukeller, unter dem Vorsitz v. Lenbachs ein großes Volksfest wurde. Professor

Dr. Stieve hielt die begeisternde Festrede, und noch vor Schluß der Feier traf ein Danktelegramm aus Friedrichsruh ein. Auch in Berlin fand am 2. April in den festlich geschmückten Räumen der „Philharmonie“ ein erhebender Bismarck-Kommers statt, bei welchem Professor Kahl die Festrede hielt. Besonders rührend und ergreifend aber war die festliche Huldigung der deutschen Stadt Wien mitten in dem heißen Streit und der schweren Not, welche die Sprachenverordnungen Badenis über alle Deutschen Österreichs gebracht hatten. An dieser Huldigung beteiligte sich auch die deutsche Volkspartei des österreichischen Abgeordnetenhauses durch ein besonderes Glückwunschtelegramm, auf das schon am 2. April aus Friedrichsruh die Antwort Bismarcks (an den Abgeordneten Steinwender) einlief: „Ich fühle mich durch die Begrüßung deutscher Mitglieder des Abgeordnetenhauses des benachbarten und befreundeten Reiches hoch geehrt und bitte die Herren, meinen verbindlichsten Dank freundlich entgegenzunehmen.“ Erst am 17. Mai konnten die „Hamburger Nachrichten“ dann nach dem Privatbriefe eines jungen Lübeckers noch über eine erhebende Bismarck-Geburtstagsfeier der Deutschen im fernen Shanghai berichten, die dort am 1. April 500 Personen in fröhlicher Begeisterung bis 3 Uhr morgens vereinigt hatte.

Bismarck erließ am 4. April in den „Hamburger Nachrichten“ (vom 5.) folgenden öffentlichen Dank: „Zu meinem Geburtstage sind mir aus dem In- und Auslande so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich, auch wenn ich mich voller Gesundheit erfreute, doch nicht im stande sein würde, für die einzelnen meinen herzlich empfundenen Dank auszusprechen. Ich hoffe aber, daß meine Freunde, die in diesen Tagen meiner wohlwollend gedacht haben, es mir nicht verdenken werden, wenn ich sie auf diesem Wege bitte, meinen verbindlichsten Dank für ihre Glückwünsche freundlich entgegenzunehmen.“ Besondere Danktelegramme des Fürsten erhielten u. a. noch die ihm „seit langem befreundeten“ politischen Fraktionen der Nationalliberalen und Konservativen, die ihm zum Geburtstage gratuliert hatten. Der Präsident der deut-

schen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, hatte an Bismarck am 1. April folgendes Telegramm gerichtet: „Die deutsche Kolonialgesellschaft sendet Euer Durchlaucht, dem Schöpfer deutscher Kolonialpolitik, dem alle deutschen Männer erneute Dankbarkeit zu einer Zeit schulden, in der die von Euer Durchlaucht gelegten Keime bereits reiche Früchte hervorbringen, zum heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche für ein gesundes und gesegnetes Lebensjahr." Bismarck dankte dem Herzog-Regenten durch das Telegramm: „Euere Hoheit bitte ich unterthänigst, für die mir namens der Kolonialgesellschaft gnädigst übersandten Glückwünsche meinen ehrerbietigen Dank entgegenzunehmen."

Sehr spaßhaft war ein Erguß, über welchen die „Hamburger Nachrichten" am 13. April schrieben: „Die klerikale „Kölnische Volkszeitung" preßt sich in ihrem bußfertigen Karfreitagsartikel folgenden nachträglichen Geburtstagsglückwunsch für den Fürsten Bismarck vom Herzen." In diesem angeblichen „Glückwunsch" waren alle die Millionen Deutscher, die bewundernd zu Bismarck aufschauten, kurzweg, als „die Ratten" bezeichnet, „die damals schleunigst das Schiff verließen, und jetzt wieder freundschaftlichst an seinen Stiefeln herumknabbern. Da imponiert ihm vermutlich mehr das Verhalten der Zentrumspartei, das sich gleich bleibt." Er sei immer der starke Hasser der Partei gewesen, und so gebiete ihr die Selbstachtung, „ihm trotz solcher Behandlung zu huldigen". Nur „daß Fürst Bismarck trotz aller Charakterfehler ein großer, ja genialer Mensch ist und daß er Großes für das deutsche Volk geleistet hat," mußte ihm selbst die Kölnische „Zeitung des Volkes" zugestehen. Aber nach dieser leidvollen Einräumung schließt sie: „Darum" — nämlich „nach solcher Behandlung" des Zentrums durch Bismarck — „beobachten wir lieber würdige Zurückhaltung, ohne ihm mit kleinlichem und nörgelndem Haß zu vergelten." „Hier bricht die Gedankenfolge ab," — bemerken dazu die „Hamburger Nachrichten" — „es sollte vermutlich weiter heißen: »das besorgt die kleine Kaplanspresse zu unserer vollen Zufriedenheit.«"

Bezüglich des Gesundheitszustandes des Fürsten druckten die

„Hamburger Nachrichten" am 30. April folgende Notiz der „Leipz. Neuesten Nachr." ohne Zusatz, also in Anerkennung ihrer Richtigkeit, ab: „Das körperliche Befinden des Fürsten Bismarck hat sich in den letzten Wochen doch nicht in dem Maße gebessert, wie es der Fall gewesen sein würde, wenn die Witterung milder, der Wind weniger rauh gewesen wäre, und der Fürst infolgedessen öfters als bisher möglich war, sich im Freien hätte bewegen können. Es sind zwar Ausfahrten unternommen worden, aber doch nicht in genügendem Maße, weil der hohe Rekonvaleszent sie stets mit verstärkten Gesichtsschmerzen zu bezahlen hat. Im Zimmer dauern die Gehübungen fort, aber in der Hauptsache dient immer noch der Rollstuhl als Kommunikationsmittel. Dagegen hat sich der gute Humor des Altreichskanzlers nicht nur nicht vermindert, sondern eher noch gehoben. Man kann sagen, daß er eigentlich immer bei guter Laune und in vergnügter Stimmung ist. Letzteres färbt auch auf gelegentliche politische Äußerungen ab, die dann ebenso scherzhaft als echt bismarckisch ausfallen."

Die „letzten" Überlebenden der einstigen großen preußischen Erbkaiserpartei des Frankfurter Parlamentes: Backhaus, Biedermann, Haym, Jordan, Meier, Mevissen, Schorn, Schrader, Schultze, richteten zum 50. Jahrestage der Eröffnung des Frankfurter Parlamentes (18. Mai 1848) eine schwungvolle Adresse an ihren einstigen Präsidenten Dr. v. Simson in Berlin, an deren Schlusse es heißt: „Längst ist der Unmut darüber, daß es uns nicht vergönnt war, die von uns geschaffene Verfassung auch ins Leben zu führen, der stolzen Freude gewichen, daß die Einigung des geliebten Vaterlandes in anderer aber verwandter Form seitdem dennoch zur Thatsache geworden ist. Je mehr wir die der Erreichung dieses Zieles sich entgegenstellenden Schwierigkeiten selbst erfahren haben, um so heller hebt sich aus den großen Ereignissen, die wir dann zu erleben das Glück hatten, das Bild unseres herrlichen Kaisers Wilhelm hervor, an dessen starken und einsichtigen Willen Erfolg und Sieg sich knüpften. Weiter aber verbindet sich heute mit dem Bewußtsein, daß wir seiner Zeit nach bestem Vermögen in redlicher,

mühevoller Arbeit das damals Unerreichbare angestrebt haben, die Bewunderung der genialen staatsmännischen Kunst, der es, unterstützt von dem Heldenmute unseres Volkes, gelungen ist, das Reich zu gründen und Deutschland zu Macht und Größe zu erheben. Von solchen Erinnerungen und Gefühlen beseelt, gestatten wir uns, hochgeehrter Herr Präsident, die Bitte, in unser aller Namen dem Fürsten Bismarck die Versicherung treuer Anhänglichkeit und ehrfurchtsvoller Dankbarkeit übermitteln zu wollen".

Präsident v. Simson richtete am 15. Mai ein dieser Anregung entsprechendes Schreiben an den Fürsten Bismarck und erhielt darauf von diesem am 24. Mai folgende Dankantwort: „Euerer Excellenz gefälliges Schreiben vom 15. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und bitte, den Ausdruck des letzteren den Herren Unterzeichnern übermitteln zu wollen. Diese Kundgebung von Männern, welche dem Gange unserer nationalen Entwicklung seit einem halbert Jahrhundert nicht nur beobachtend, sondern auch beeinflussend nahe gestanden haben, bildet eine erfreuliche Anerkennung der Politik meines verstorbenen Herrn vor einem berufenen politischen Areopag. In der Hoffnung, daß Euerer Excellenz Gesundheitszustand besser sein möge, als der meinige, bin ich mit wiederholtem Ausdruck meines Dankes für die mir durch Ihre Zuschrift erzeigte hohe Ehre Euerer Excellenz ergebenster

v. Bismarck".

Am 20. Mai schrieben die „Hamburger Nachrichten" über den Gesundheitszustand des Fürsten: „Ein Berliner Morgenblatt hatte gestern berichtet, Fürst Bismarck sei neuerdins erkrankt und Geheimrat Schweninger telegraphisch nach Friedrichsruh gerufen worden. Auf Erkundigung haben wir erfahren, daß der Zustand des Fürsten unverändert und eine neue Erkrankung nicht eingetreten ist. Die Anwesenheit des Prof. Schweninger sei durch den allwöchentlichen Besuch beim Fürsten herbeigeführt. Zu dieser Mitteilung, die wir gestern dem Berliner Telegraphenbureau zur Weiterverbreitung zugestellt haben, wird von anderer Seite noch bemerkt, der Fürst sei in den letzten Tagen nicht spazieren gefahren,

jedoch nur des schlechten Wetters wegen zu Hause geblieben. Auch diese Mitteilung trifft zu."

Bis zum 24. Mai hielt der Verein deutscher Spediteure seine Jahresversammlung in Hamburg ab und richtete dabei an Bismarck folgende Depesche: „Der in Eurer Durchlaucht Nähe, in Hamburg, tagende Verein deutscher Spediteure huldigt Ew. Durchlaucht in unwandelbarer Dankbarkeit und Treue als dem genialen Schöpfer eines großen einigen deutschen Vaterlandes." „Es ist immerhin bezeichnend," — bemerken dazu die „Hamburger Nachrichten" —: „wie sehr auch die am Handel beteiligten Erwerbszweige empfinden, was Fürst Bismarck gethan hat."

Im Amte wie im Ruhestande hatte der große Staatsmann die Bestrebungen des Verfassers (dieses Werkes) zur Bekämpfung der Sozialdemokratie immer aufmersam verfolgt und ermuntert. In dieser Richtung bewegt sich auch der Inhalt des letzten, eigenhändig vollzogenen Briefes, den der Fürst an den Verfasser am 21. Mai (Poststempel 1. Juni) schrieb: „Geehrter Herr Doktor! Für die Übersendung Ihrer Schrift über die Kommune danke ich Ihnen verbindlichst und werde das Werk mit Interesse lesen. v. Bismarck." Gemeint war die kleine Schrift des Verfassers über „die Heiligen unserer Sozialdemokratie und die Pariser Kommune von 1871 in ihrer wahren Gestalt."*) Die Broschüre sollte hauptsächlich zum Rüstzeug der Ordnungsparteien bei den Reichstagswahlen gegen die Roten dienen, und als weiteres Rüstzeug gegen Rote und Schwarze hatte der Verfasser eine Abhandlung bestimmt: „das persönliche und politische Verhältnis Kaiser Wilhelms I. zu Bismarck, 1848 bis 1888", die von der „Neuen Freien Presse" leider etwas zu spät abgedruckt wurde. Gleichwohl brachten die „Hamburger Nachrichten" am 30. Juni wörtlich den Schluß dieser Abhandlung, der sich aufs engste anschloß an den in Friedrichsruh wohlbekannten Schlußabsatz des

*) Wurzen, Kiesler 1898.

Kapitels über Kaiser Wilhelms Tod in Band VI, S. 282/83 dieses Werkes.

Am 7. Juni brachten die „Hamburger Nachrichten“ folgende Notiz: „Am Sonntag (den 5. Juni) fand auf der Grotenburg eine Versammlung des Bundes der Landwirte von Westfalen und Lippe statt. An den Altreichskanzler sandte man folgende Depesche: „Fürst Bismarck, Friedrichsruh. 2000 deutsche Bauern und Vertreter der produktiven Mittelstände feiern am Denkmal unseres Urahnen, Hermanns des Cheruskers, ein nationales Fest, gedenken der unsterblichen Verdienste Euer Durchlaucht und entbieten Euer Durchlaucht die Versicherung treuesten Dankes und tiefster Verehrung.“

Ferner konnte man ebendaselbst lesen: „Den von amerikanischen Blättern in letzter Zeit veröffentlichten Berichten über angebliche „Interviews“ beim Fürsten Bismarck gegenüber erklärt, wie wir der „Post“ entnehmen, der „New York Herald“, daß er zur Publikation des nachstehenden Schreibens des Grafen Rantzau ermächtigt sei: ›Mein Schwiegervater hat schon seit Monaten weder irgend einen Journalisten gesehen, noch hat er mit einem solchen über den spanisch-amerikanischen Krieg gesprochen. gez. Graf Rantzau.‹“

Auch das Telegramm, das die Vertrauensmänner der Ordnungsparteien Leipzigs nach ihrem Siege bei der Reichstagsstichwahl vom 24. Juni dem Altreichskanzler sandten, brachten die „Hamburger Nachrichten“ am 26. zum Abdruck. Es lautet: „Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Nach glänzendem Siege unseres Hasse über den Sozialdemokraten ist es uns heilige Pflicht, dem Vater aller Deutschen, dem Ehrenbürger unserer Stadt, begeisterten Heilgruß zu senden.“

Am 6. Juli gab das Hamburger Blatt die nachfolgende Schilderung des Befinden Bismarcks aus den „Leipz. N. N.“ ohne Zusatz, demnach als zur Zeit zutreffend, wieder: „Der Fürst hat seit Monatsfrist und darüber das Haus nicht mehr verlassen können, die Ausfahrten waren ganz eingestellt und selbst der Aufenthalt auf dem Balkon war ihm verwehrt, weil er ihn regelmäßig mit

einer Steigerung der Schmerzen zu bezahlen hatte. Die Annahme von Besuchen war auf das Äußerste eingeschränkt; soviel ich weiß, waren in der letzten Zeit nur der neue Kommandeur des 9. Armeekorps, General von Massow und Graf Henckel von Donnersmarck, der bekanntlich seit langen Jahren zu den intimsten Freunden des Bismarck'schen Hauses gehört, in Friedrichsruh anwesend. Seit einigen Tagen ist allerdings eine leichte Besserung in dem Befinden des Fürsten eingetreten; es wird gehofft, daß dieselbe anhält und, namentlich wenn das Wetter wärmer wird, zur baldigen Herstellung des Altreichskanzlers führt; aber einstweilen liegt die Sache doch immer noch so, daß größte Schonung des Fürsten erforderlich bleibt. So z. B. ist noch gar nicht abzusehen, ob und wann der am 1. April verschobene Fackelzug der Hamburger stattfinden kann, und den zahlreichen Deputationen und Korporationen, die Anfragen wegen eines Empfanges nach Friedrichsruh gerichtet hatten, hat bisher leider stets mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Fürsten abschlägig geantwortet werden müssen. Daran dürfte sich fürs erste auch nichts ändern. Noch dieser Tage hat eine Deputation chilenischer Offiziere das Schicksal aller teilen und darauf verzichten müssen, den Altreichskanzler zu sehen. Die Herren haben ihm aber, obgleich er seit, soviel ich mich erinnere, dem Jahre 1892 oder 1893 nicht mehr in den Sattel gestiegen ist, ein paar prächtige chilenische Sporen, Steigbügel u. s. w., die das Herz jedes Reitersmannes erfreuen müssen, zum Geschenk gemacht. Der Appetit des Fürsten ist andauernd zufriedenstellend, die Lebensweise im großen Ganzen die altgewohnte geblieben. Zu den Hauptmahlzeiten, die der Fürst im Kreise der Seinigen einnimmt — gegenwärtig sind nur Graf und Gräfin Rantzau anwesend — wird er regelmäßig noch im Rollstuhl gefahren, dagegen sind sein Humor und seine Geistesfrische nach wie vor geradezu bewundernswert. Die wenigen, die das Glück haben, jetzt noch mit ihm täglich in Berührung zu kommen, wissen nicht genug davon zu erzählen, wie der Fürst trotz seiner Krankheit, seiner Schlaflosigkeit und seines hohen Alters das Gespräch in alter Weise beherrscht und bald mit

liebenswürdigem Scherz, bald mit Satire in allen Dingen den Nagel auf den Kopf trifft. Der Schlaf pflegt sich ihm in der Regel erst gegen Morgen hin einzustellen, wo er dann für einige Stunden wenigstens fest wird und den hohen Patienten sichtlich stärkt. Auch zur Nachtzeit, wenn er irgend welcher Hilfe oder Dienstleistung bedarf, versagt sein guter Humor nicht. So bemerkte er kürzlich, der Jahreszeit entsprechend, gegen Morgen als er wach geworden war, er sei noch müde, er fühle noch einen kleinen „Johannistrieb" zum Schlafen. Dagegen scheint unter den obwaltenden Umständen leider wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß sich der Wunsch des Fürsten, einen Teil des Sommers in Varzin zu verleben, verwirklichen läßt. Das Maß von Teilnahme, welches der Fürst den politischen Tagesfragen widmet, hängt natürlich von seinem jeweiligen gesundheitlichen Befinden und von dem Interesse ab, das sie ihm gerade einflößen. Daß ihm der spanisch-amerikanische Krieg die Ruhe seiner Nächte rauben würde, wenn sie sonst nur vorhanden wäre, glaube ich nicht."

Wie lebhaft Fürst Bismarck trotz dieses ungünstigen Befindens an allen Vorgängen unseres öffentlichen Lebens Anteil nahm, wird unten noch näher dargelegt werden. Hier aber schalten wir zum Beweise dafür schon das Schreiben ein, das er am 10. Juli an den Geheimrat Professor Dr. Kahl in Berlin richtete, der Mitglied jenes nationalen Komitees war, das eine Landesbibliothek in Posen unter dem Namen „Kaiser-Wilhelm-Bibliothek" gründen wollte, um diese zu einem Mittelpunkt des geistigen Lebens in den Ostmarken zu machen. Bismarck schrieb: „Geehrter Herr Geheimer Rat. Zu meiner Freude höre ich durch Professor Schweninger, daß Seine Majestät der Kaiser und König die Benennung der in Posen zu errichtenden Landesbibliothek nach Kaiser Wilhelm I. huldvoll genehmigt hat. Ich hoffe, daß der ruhmreiche Name meines alten Herrn dem patriotischen Unternehmen, dem ich meine wärmsten Sympathien entgegenbringe, Erfolg und Gedeihen verleihen möge. Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich, geehrter Herr Geheimer Rat, Ihr ergebenster v. Bismarck."

Immer ungünstiger lauteten leider die Berichte aus Friedrichsruh über Bismarcks Befinden. Da konnten die „Hamburger Nachrichten" am 29. Juli die schweren Besorgnisse noch einmal zerstreuen durch die in breitem Sperrsatz an der Spitze des Blattes gedruckte Meldung: „Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern Abend an der Familientafel teilgenommen. Herr Geheimer Rat Schweninger ist gestern Abend aus Friedrichsruh abgereist." Zugleich druckte das Hamburger Blatt einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung" ab, der sich „sehr zutreffend äußert über den von uns gestern gerügten Unfug,*) der mit den Sensationsnachrichten über das Befinden des Fürsten getrieben wird" und zu dem Schlusse gelangt: daß gewiß das ganze deutsche Volk das größte Interesse habe; von dem Befinden seines teuersten Mannes unterrichtet zu werden, aber man könne der fürstlichen Familie wahrlich nicht verargen, wenn sie sich gegen die umherhorchenden Journalisten so luftdicht wie möglich abschließe und müsse ganz allein ihr überlassen, was sie für mitteilbar halte. Die „Hamburger Nachrichten" bemerkten dazu: „Wir halten letztere Auffassung für vollkommen korrekt und glauben auch zu wissen, daß sie den maßgebenden Ansichten in Friedrichsruh entspricht."

Im unmittelbaren Anschluß hieran druckte das Hamburger Blatt einen Artikel der keineswegs übermäßig bismarckfreundlichen „Magdeburgischen Zeitung" ab, um zu zeigen, wie tief die Erregung in alle Kreise des deutschen Volkes bei den ungünstigen Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck gedrungen sei, und wie sehr alle jetzt empfänden, von welch unersetzlichem Werte Fürst Bismarck seinem Volke sei. Die Hauptsätze des Magdeburger Artikels lauten: „Keine große Frage der inneren, wie der äußeren Politik ist seit dem Frühjahr 1890 aufgetaucht,

*) Die „Hamb. Nachr." hatten mit dieser Rüge die Bitte verbunden, von solchen Meldungen schon mit Rücksicht auf den leidenden Fürsten abzulassen, „weil er sehr viele Zeitungen liest und es ihn begreiflicherweise nicht angenehm berührt, wenn er sieht, daß auch bei sonst verständigen und wohlwollenden Preßorganen die Sensationslust die Rücksicht auf ihn überwiegt".

bei der nicht die Blicke sich sofort nach Friedrichsruh gerichtet: Was denkt der Alte im Sachsenwalde? Seine privaten Ansichten, oft auch schon das, was man in Artikeln bestimmter Zeitungen als seine Ansicht angesehen hat, sind wie politische Orakel hingenommen worden. Sein bloßer Name hat im Streite der Meinungen die Bedeutung eines Losungswortes gehabt, und Parteien und Strömungen haben ihn benutzt, um sich und ihre Absichten mit ihm zu decken und zu rechtfertigen. Das Fehlen einer solchen Art von Berufsinstanz in unserem öffentlichen Leben würde nicht weniger schwer empfunden werden, als seinerzeit der Rücktritt von den Ämtern, die er nahezu 30 Jahre zu seinem und des Vaterlandes Ruhme verwaltet hatte. Daher ein weiterer Grund für die bangen Sorgen, die jede ungünstige Nachricht aus Friedrichsruh aufkommen läßt. Hoffen wir, daß sie diesmal so grundlos sind wie früher, und daß der Kunst treuer Ärzte, die sorgsam um den Leidenden bemüht sind, es gelingen möge, dem deutschen Volke dieses teuere Leben noch manches Jahr zu erhalten."

Bismarcks hingebende Vaterlandsliebe hat in der That kaum jemals zuvor ergreifender sich offenbart, als in dem regen Anteil und Interesse an allen öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands auch während der letzten Lebensmonate, ja bis in die letzten Lebenstage des leidenden Helden. Wir verfolgen die wesentlichsten der von ihm in dieser Zeit ausgehenden oder beeinflußten Äußerungen, zunächst über unsere innere Politik.

Als mit Rücksicht auf die im Juni bevorstehenden Reichstagswahlen und für die gedeihliche Entwickelung unseres öffentlichen, namentlich wirtschaftlichen Lebens die Losung einer Politik der Sammlung aller produktiven Stände ausgegeben wurde, setzte der Fürst selbst seinen erlauchten Namen an die Spitze der Unterzeichner dieses Aufrufs, und die konservative „Schlesische Zeitung" erinnerte in einem von den „Hamburger Nachrichten" am 12. März abgedruckten Artikel daran, wie Bismarck schon vor zwanzig Jahren dieselbe Politik der Sammlung betrieben habe, und daß der jetzige Aufruf „die Rückkehr in die segensreichen Bahnen der Bismarck-

schen Wirtschaftspolitik ermöglichen und sichern" wolle. Ganz in diesem Sinne hielt Graf Herbert am 20. März an die in Schönhausen versammelten Glieder des Landwirtbundes eine größere Rede,*) welche die „Hamburger Nachrichten" durch Abdruck eines Artikels des Berliner Bismarckblattes „Berliner Neueste Nachrichten"**) gegen die perfiden Entstellungen und Unterstellungen der Berliner Fortschrittspresse am 25. März kräftig in Schutz nehmen. Ein weiterer Artikel des Hamburger Blattes vom 14. Mai stellt fest, daß und warum das Zentrum aus seiner inneren Naturanlage gegen diese Politik der Sammlung Partei ergreife. Deshalb sagten die „Hamburger Nachrichten" auch über die bekannte Wahlkundgebung des Staatssekretärs v. Posadowsky, die alle staatserhaltenden Parteien dringend zum einmütigen Zusammengehen gegen die Sozialdemokratie mahnte, am 7. Juni: „Wir unterschreiben jedes Wort dieser Kundgebung des Herrn Staatssekretärs und können nur wünschen, daß die übrigen Ministerkollegen des Grafen Posadowsky die Auffassungen desselben teilen. Aber diese erhalten erst realen Wert für die Politik des Landes, wenn sie nicht nur gehegt, sondern auch praktisch zur Anwendung gebracht werden."

Diese Kundgebung Posadowskys wies den Ordnungsparteien bei den Wahlen aber außer dem in dem früheren Aufruf zur Sammlung gesteckten Ziel der allgemeinen Wohlfahrt auch noch das besondere: der gemeinsamen Bekämpfung der revolutionären und vaterlandslosen Sozialdemokratie, gab also eine Losung aus, die der Staatsweise von Friedrichsruh seinerseits seit acht Jahren immer vergeblich — mit Ausnahme des Königreichs Sachsen — warnend und mahnend hatte ausgehen lassen. Deshalb knüpfte sein Hamburger Organ jetzt an diese höchst erfreuliche Kundgebung eines der obersten Reichsbeamten folgende eindringlichen Worte:

*) In den „Hamb. Nachr." vom 22. März abgedruckt.

**) Einer Gründung des Grafen Henckel v. Donnersmarck u. a. intimer Freunde des Bismarck'schen Hauses.

„Da müssen wir doch wieder fragen: wenn Graf Posadowsky gleich uns der Ansicht ist, daß die sozialdemokratische Partei thatsächlich revolutionär ist und nach seinen eigenen Worten die bestehende Staatsordnung sowie das Privateigentum beseitigen will, weshalb setzt er nicht all seinen Einfluß ein, um zu bewirken, daß der Primolocist zur Verteidigung der bedrohten Staatsordnung, die Staatsregierung selbst, die Initiative zur Bekämpfung der sozialrevolutionären Bewegung ergreift? Oder wird seine Auffassung von den übrigen maßgebenden Männern nicht geteilt? Dann würde seine Äußerung, es beruhe auf Kurzsichtigkeit oder Mangel an Mut, wenn man die revolutionäre Natur der Sozialdemokratie verkenne, doch eine Kritik enthalten, wie selbst wir sie mit gleicher Schärfe noch niemals ausgesprochen haben. Wenn aber die übrigen Minister mit dem Staatssekretär des Innern übereinstimmen, weshalb geschieht amtlich nichts gegen die Sozialdemokratie, weshalb stellt sich die Regierung nicht offen und entschieden an die Spitze der staatserhaltenden Parteien und kämpft gegen die Sozialdemokratie? Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Staatsregierung, welche die revolutionäre Natur der Sozialdemokratie erkannt hat, pflichtwidrig handelt, wenn sie es unterläßt, ihrerseits alle vorhandenen Mittel der Macht, der Gesetzgebung und des sonstigen Einflusses gegen sie aufzubieten. Hier stehen wir vor dem großen Rätsel, mit dessen Lösung wir uns nun schon so lange vergeblich abmühen. An der Erkenntnis der Gefahr fehlt es nicht, aber an dem Entschluß, sie durch Thaten zu beseitigen. Woran liegt das? Es fällt außerordentlich schwer, die Antwort nicht dem Briefe des Grafen Posadowsky zu entnehmen. Wie kann die Regierung in einem so wichtigen und schweren Kampfe, wie der gegen die Sozialdemokratie ist, die bürgerlichen Parteien allein ohne Führung ins Feuer schicken und sich auf die Rolle des unparteiischen Zuschauers beschränken? Allerdings haben die bürgerlichen Parteien die Pflicht, unter Zurückstellung alles dessen, was sie sonst trennt, vereint gegen die Sozialdemokratie zu fechten, aber noch viel mehr hat die Regierung die Pflicht, sich

in diesem Kampfe an die Spitze zu stellen und die Sache der bürgerlichen Parteien mit dem vollem Schwergewicht der staatlichen Autorität zu decken. Darauf kommt bei unsern deutschen Verhältnissen sehr viel, beinahe alles an und wenn die Staatsregierung ihrer Pflicht nicht entspricht, so darf sie sich nicht wundern, daß dafür nicht nur unliebsame Gründe angeführt werden, sondern, was schlimmer ist, daß der Kampf der bürgerlichen Parteien nicht das gewünschte Ergebnis hat. Und wie kann die Regierung darauf rechnen, daß sie, wie Graf Posadowsky sagt, an dem neu zu wählenden Reichstage einen festen Rückhalt zur Förderung ihrer Pläne findet, wenn sie bei der Bildung eben dieses Reichstages thatenlos beiseite steht? Wir wiederholen im Anschluß an die Worte des Grafen Posadowsky unsere alte Mahnung: Hinweg mit allen Partei-Sonderbestrebungen bei der Wahl und für vereintes, geschlossenes Vorgehen aller staatserhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie! Ist diese geschlagen, so können unseretwegen die Parteiraufereien wieder beginnen, wenn sie doch einmal unentbehrlich sind. Wer aber jetzt vor der Wahl der Parteisucht frönt, handelt unpatriotisch und liefert den unanfechtbaren Beweis, daß ihm die Partei höher steht als das Vaterland."

In ähnlicher Weise hatte Fürst Bismarck schon in zahlreichen anderen, offenbar von ihm beeinflußten Artikeln seines Hamburger Blattes im Laufe dieses Jahres sich aussprechen lassen. So hatte er z. B. schon am 20. Januar hier eine ganz ähnliche Losung zum Schutze Arbeitswilliger ausgeben lassen, wie nach Bismarcks Tode der Kaiser in seiner bekannten Rede in Oeynhausen — nur wesentlich korrekter. Es hieß da nämlich: „Die Arbeitswilligen wagen aus Angst vor Schaden an Leib und Leben nicht, sich gegen den Terrorismus ihrer revolutionären Kameraden aufzulehnen. Diesen Zustand darf der Staat aus strafrechtlichen und politischen Erwägungen nicht dulden und wenn einige verbohrte Parlamentarier, sobald sich der Staat auf seine Pflicht in dieser Beziehung besinnen zu wollen scheint, über Verletzung der Koalitionsfreiheit zetern, so kann ihm das in dem Bewußtsein, daß er nicht den Ge-

brauch, sondern nur den offenbaren und brutalen Mißbrauch der Koalitionsfreiheit beseitigen will, äußerst gleichgültig sein."

Und nachdem die revolutionären Pöbeleien der Herren Bebel und Genossen — „zum Andenken an die Berliner Märzrevolution von 1848" — in der Reichstagssitzung vom 18. März 1898 durch den Staatssekretär v. Posadowsky u. a. gebührend gebrandmarkt worden waren, übernahmen die „Hamburger Nachrichten" am 30. April wörtlich einen Artikel der „Post", der Bismarcks bekannte Ansichten scharf und klar zum Ausdruck bringt: „Minder glücklich war Graf Posadowsky in der Begründung seiner Auffassung, daß der Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes sich nicht empfehlen werde. Daß der Erlaß eines solchen Gesetzes die nichtsozialistischen Elemente des Volkes einschläfern und ihren Widerstand gegen die Sozialdemokratie schwächen werde, ist eine Behauptung, welche in der linksliberalen und in der Zentrumspresse zwar wiederholt aufgestellt, aber völlig unerwiesen geblieben ist. Die Erfahrung seit dem Fallenlassen des Sozialistengesetzes zeigt vielmehr umgekehrt, daß seitdem die Gesetzgebung die Sozialdemokratie nicht mehr als den gemeinsamen Feind des Staates und der Gesellschaft stigmatisiert, ein großer Teil der Bevölkerung die sozialdemokratische Gefahr für beseitigt erachtet, die Sozialdemokratie ansieht, wie jede andere Partei, und somit in der Bekämpfung derselben bedenklich nachläßt."

Auch gegen das Zentrum und gegen die geistliche Herrschsucht überhaupt ließ Bismarck seine bekannten Anschauungen wiederholt kräftig zur Geltung bringen. Dies geschah zunächst am 21. Januar in den „Hamburger Nachrichten" durch Übernahme eines Artikels aus der „von A. Memminger in Würzburg herausgegebenen ›Neuen bayerischen Landeszeitung‹, deren Eigentümer in Bad Kissingen öfters vom Fürsten Bismarck empfangen wurde." Und da Memminger in diesem Artikel den Fürsten in direkter Rede sprechen läßt, die von dem Hamburger Blatte ohne jeden Zusatz wiedergegeben wird, so dürfen wir diese Worte sicher für authentisch halten: „Ich konnte mich für Stöcker nicht erwärmen, weil bei

ihm wie bei allen politischen Agitatoren im geistlichen Gewande, seien sie protestantisch oder katholisch, immer wieder die mehr oder weniger verhüllte Absicht zu Tage tritt, die weltliche Vorsehung zu zu spielen und die Regierung in ihrem Herrschaftsberufe unterzukriegen. Die geistliche Herrschaft hat aber noch nirgends etwas oder wenigstens nicht viel getaugt, die geistlichen Fürstentümer im alten Deutschen Reich bedrückten das Volk in jeder Richtung und brachen beim ersten feindlichen Anprall thaten- und wehrlos zusammen. Die geistliche Herrschaft war zum Teil auch schuld an der französischen Revolution, noch mehr an dem Elend Spaniens und Italiens. Die Geistlichen verstehen das Regieren nicht, dafür war der Kirchenstaat der beste Beweis. Und die protestantische Geistlichkeit würde es hierin der katholischen wohl annähernd gleich thun. Ich will von solchen Bestrebungen nichts wissen, weil auch unser Volk dabei schließlich nur schlechter fahren würde.“

Als dann die „Köln. Volksztg.“ wieder einmal über „Mangel an Parität“ zu Ungunsten der armen Katholiken klagte und die Mär erfand, es bestehe ein geheimer, an die höchsten Beamtenkreise gerichteter Erlaß, der die Ausmerzung aller Katholiken aus diesen Kreisen bezwecke, erklärten die „Hamburger Nachrichten“ am 23. März „diese Erzählung für eine völlig haltlose Hintertreppengeschichte“ und trugen dann — wie früher schon oftmals — Bismarcks Ansicht über diese Klage in den Worten vor: „Daß die Initiative zur Abstellung einer Disparität, wenn sie vorhanden ist, nur von katholischer Seite ergriffen werden kann, indem unter den Katholiken die Leute häufiger sind, welche Abneigung haben, das gegenwärtige evangelische Kaisertum durch die Mitarbeit zu kräftigen. Die Zahl der katholischen Kandidaten für den höheren Staatsdienst ist dementsprechend verhältnismäßig sehr beschränkt. Diejenigen katholischen Elemente, die in Betracht kommen, sind zum großen Teil wohlhabend und zu eingelebt in ihre häuslichen Verhältnisse, um ein Bedürfnis nach Versorgung ihrer Kinder in dieser Richtung zu haben, zum andern Teile stehen sie zu sehr unter mütterlichen und beichtväterlichen Einflüssen, um sich in die Gefahr zu begeben, unter

Umständen zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Herrschaft optieren zu müssen. Es würde ungerecht sein, diejenigen Katholiken, bei denen solche Erwägungen stattfinden, als Reichsfeinde zu bezeichnen, aber sie haben doch das Gefühl, daß es ihnen unter Umständen unbequem sei würde, an einer Regierung mitzuarbeiten, welche nicht in allen ihren Leistungen die päpstliche Billigung hat. Wir glauben sonach nicht, daß die Ursache einer „unparitätischen Behandlung der Katholiken" in Regierungskreisen zu suchen ist, sondern in dem Mangel an Bewerbungen von katholischer Seite."

Auch bewiesen die „Hamburger Nachrichten" am 14. Mai noch einmal, wie notwendig und korrekt s. Z. die Aufhebung der Art. 15, 16 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde*) durch Bismarck gewesen war. Diese Erörterung war hervorgerufen durch das ungestüme Verlangen der ultramontanen „Germania" nach Wiederherstellung jener Verfassungsartikel, „um der Kirche die Freiheit und Selbständigkeit wiederzugeben, die ihr durch Naturrecht und die geschichtliche Entwickelung gebührt." Aus Bismarcks damaligen Reden im Abgeordnetenhause und Herrenhause wiesen die „Hamb. Nachr." — in Anlehnung an einen Artikel der „Berl. Börsenzeitung" — im Gegenteil nach, wie der preußische Staat erst durch Aufhebung jener Verfassungsartikel seine natürliche Freiheit gegen die lediglich um ihre Oberherrlichkeit kämpfende römische Hierarchie gewann, und schlossen: „Aus den damaligen Worten des Fürsten Bismarck erhellt, daß der Altreichskanzler mit der Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 die dauernde verfassungsmäßige Grundlage für die kirchenpolitische Gesetzgebung schaffen, die Vorbedingung für den Übergang vom Angriffskrieg zum Verteidigungskriege herbeiführen wollte. Es ist daher nichts weiter als eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn die ›Germania‹ die Wiederherstellung der drei Artikel als zur ›Revision der Maigesetze gehörig‹ ausgibt."

Auch die alte Sorge für eine richtige und kräftige Polenpolitik der deutschen Regierung bethätigte Bismarck in seinen letzten

*) Zu vgl. Bd. V S. 103/113 dieses Werkes.

Lebensmonaten eifrig und nachhaltig. So schrieben die „Hamb. Nachr.“ am 20. Januar: „Im preußischen Abgeordnetenhause hat Fürst Hohenlohe als preußischer Ministerpräsident bezüglich der Polenpolitik eine Erklärung abgegeben. Sie konstatiert, daß sich das Polentum in den betreffenden preußischen Gebietsteilen auf Kosten der Deutschen ausbreitet, sowie daß dort Bestrebungen stattfinden, welche darauf hinauslaufen, Feindschaft gegen die Deutschen zu erregen und die jetzige Zugehörigkeit der polnischen Gebietsteile zur preußischen Monarchie abzuändern. Fürst Hohenlohe hat den letzteren Bestrebungen ein »Niemals!« gesetzt. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir ihm vollkommen zustimmen, wenn auch nach unserer Auffassung die Abwehr etwas energischer und schärfer hätte gehalten sein können. Die Polen fassen wie die Sozialdemokraten jede Höflichkeit und Rücksicht als Schwäche oder Ausfluß des Bewußtseins auf, daß man sich ihnen gegenüber im Unrecht fühle. Charakteristisch ist, daß die Polen »Unruhe« bekundeten, als ihnen Fürst Hohenlohe zumutete, sich als treue Unterthanen des Königs von Preußen zu fühlen und daß sie am Ende der sehr gelinde gehaltenen Hohenloheschen Ausführungen mit Zischen antworteten. Als aus verschiedenen Gründen bemerkenswert betrachten wir die Erklärung des Ministers: Fürst Bismarck habe ganz recht gehabt, als er gemeint habe, Preußen müsse sich den Weg von Königsberg nach Breslau offen halten. Wenn den Polen gegenüber in allen Stücke nach dem Bismarck'schen Rezepte verfahren würde, so dürfte die polnische Frage sehr bald den zweifellos staatsgefährlichen Charakter verlieren, den sie jetzt für die innere wie für die äußere Politik des Deutschen Reiches hat.“

Am 30. April versicherten die „Hamb. Nachr.“ weiter, daß von den inneren politischen Fragen Fürst Bismarck namentlich der polnischen seine besondere Aufmerksamkeit zuwende, weil die Polen in allen Ständen ein ebenso dringendes „Lebensbedürfnis“ als „großes Geschick zum Konspirieren“ hätten und dadurch leicht „eine Verhetzung Rußlands und Deutschlands gegeneinander“ herbeiführen könnten. Und zudem stehe „die römische Kirche mit aller ihrer

Macht hinter den Bestrebungen des Polonismus.“ Als dann der zum Deckmantel großpolnischer Bestrebungen nach Posen einberufene „Kongreß polnischer Naturforscher und Ärzte“ von der preußischen Regierung, unter Androhung kräftigsten Einschreitens gegen die etwaigen Teilnehmer, verboten wurde, bekundeten die „Hamburger Nachrichten“ am 22. Juli ihre beifällige Freude hierüber und schlossen mit den Worten: „Hoffentlich sind die Zeiten für immer vorüber, wo man aus Versöhnungsbedürfnis der polnischen Treiberei gegen das Deutschtum behördlicherseits freien Spielraum ließ.“

Am Vorabend der Reichstagswahlen, am 15. Juni, gaben die „Hamb. Nachr.“ am Schlusse eines sehr interessanten Artikels folgende Losung aus: „Die Parole für den morgigen Wahltag hat sonach zu lauten: Jeder bürgerliche Wahlberechtigte muß von seinem Rechte Gebrauch machen, eventuell ist er dazu anzuhalten. Jeder aber, der in der Lage ist, auf einen der Begünstigung der Sozialdemokratie Verdächtigen einzuwirken, soll das mit Ernst und Nachdruck noch rechtzeitig versuchen. Jeder thue heute und morgen seine Pflicht und Schuldigkeit. Keiner verlasse sich auf den andern und beschönige seine Lässigkeit mit dem Vorwande, daß es auf ihn nicht ankomme. Denn das wäre das sicherste Mittel, der Sozialdemokratie zum sofortigen Siege zu verhelfen!“

Bismarcks aufmerksame Beobachtung aller Vorgänge der deutschen auswärtigen Politik war in seinen letzten Lebensmonaten gleichfalls nicht minder rege als früher, und auch da, wo er scheinbar nur persönliche Angriffe auf seine eigene einstige Leitung der deutschen Politik abwehrte, gab er die bedeutsamsten Fingerzeige für den allein richtigen Kurs. So, als die „Hamburger Nachr.“ durch Abdruck einer Mitteilung des bekannten Geographen, Geologen und Forschungsreisenden Ferdinand v. Richthofen am 19. Januar bestätigten, daß Fürst Bismarck bereits 1870 die Besetzung der Kiaotschau-Bucht beabsichtigt habe, aber durch den Ausbruch des französischen Krieges zur Vertagung dieser Pläne genötigt worden sei. So ferner, als bei einer Wählerversammlung in Königsberg-Land die 1894 vom Grafen Dönhoff-Friedrichstein, unter Berufung

auf eine angebliche Mitteilung Schweningers verbreitete Mär abermals auftauchte: Fürst Bismarck habe erklärt, er müsse doch fürchten, daß aus der Ablehnung des russischen Handelsvertrages ein Krieg mit Rußland erfolge. Da schrieben die „Hamburger Nachr." am 24. Januar: „Kein erfahrener Politiker konnte damals der Ansicht sein, daß die Ablehnung des Handelsvertrags zum Kriege führen werde. Die Erfahrung früherer Zeiten hatte genügend erwiesen, daß unsere politischen Beziehungen zu Rußland von Kämpfen wirtschaftlicher Natur niemals nachteilig beeinflußt worden waren. Unser Blatt wurde damals vom Fürsten Bismarck beauftragt, diese Mitteilung für eine Unwahrheit zu erklären. In einer späteren Notiz hatten wir das Gegenteil der Dönhoff'schen Angabe als die Überzeugung des Fürsten Bismarck zu bezeichnen: Fürst Bismarck hat — so hieß es in dem betreffenden Entrefilet — niemals die Ansicht gehabt, daß ein Krieg Rußlands uns infolge etwaiger Ablehnung des Handelsvertrages bedrohe. Der Fürst hat stets und gegen jedermann die entgegengesetzte Überzeugung vertreten."

Am 9. Februar hielt dann bekanntlich Graf Herbert v. Bismarck im Reichstag eine große Rede über die Handelspolitik seines Vaters, des Fürsten, in der er nachwies, wie planvoll und nationaldeutsch sein Vater in den Jahren 1889/90 die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich-Ungarn u. s. w. vorbereitet gehabt, und wie kläglich dagegen diese Vorarbeit — nach Bismarcks Sturz im März 1890 — durch seinen Nachfolger verstümpert worden sei. Besonders bemerkenswert waren folgende Worte des Grafen Herbert: „Dann kam die große Krisis des Winters 1890 dazwischen, wo alles von 8 Tagen zu 8 Tagen in der Schwebe war und wo selbstverständlich erst eine Klärung abgewartet werden mußte, bevor diese wichtige, tiefeingreifende Frage mit der nötigen Energie weiter gefördert werden konnte. Ich stelle also fest an diesem historischen Abschnitt, an den ich in dieser meiner kurzen Darlegung bis jetzt gelangt bin (Anfang 1890), daß der Vorwurf der Planlosigkeit dem Fürsten Bismarck nicht gemacht werden kann. Der autonome Tarif, der das Ziel war, an dem auch heutzutage alle diejenigen,

die die nationale Politik vertreten, festhalten, war bereits in Arbeit genommen, und es wäre vom Fürsten Bismarck der richtige Weg eingeschlagen worden, wenn ihm Zeit und Ruhe gewährt worden wären.“

Die „Hamb. Nachr.“ druckten diese Rede am 10. Februar vollständig ab und betonten ihre „historische Wichtigkeit“. Die Rede machte auch in der That und mit Recht den größten Eindruck, und als die freisinnige Presse, sichtlich durch jene Rede geärgert, das Märchen von der „Planlosigkeit“ Bismarcks weiter spann und ihm wieder einmal nachsagte, daß er „keine Schule gemacht“ habe, wies das Münchener Bismarck-Blatt, die „Allg. Ztg.“, nachdrücklich auf die beiden „Schüler“ des Alten vom Sachsenwald hin: den jetzigen Staatssekretär des Auswärtigen, v. Bülow, und den Grafen Herbert.*) Auch die „Breslauer Zeitung“ rühmte als beste Eigenschaft an dem neuen Staatssekretär, daß er „Bismarck'schen Geistes“ sei.**) Natürlich wurde diese angebliche Unfähigkeit Bismarcks, „Schule zu machen“, und Schüler heranzuziehen, darauf zurückgeführt, „daß sein alles überwuchernder Einfluß, seine Allmacht, die sich bis auf die Ernennung jedes Hilfsarbeiters in jedem Ministerium erstreckte,“ das Heranziehen von „Schülern“ gehindert habe. Die „Hamb. Nachr.“ brachten diesem Gerede gegenüber am 23. Februar einen Artikel in Erinnerung, mit dem sie schon früher dasselbe müßige Geschwätz widerlegt hatten: „Die Behauptung, daß der alles überwuchernde Einfluß des Fürsten Bismarck sich auf die Ernennung jedes Hilfsarbeiters erstreckt habe, enthalte eine unfreiwillige Anerkennung des Pflichtgefühls des früheren Reichskanzlers, es werde dadurch bezeugt, daß dieser sich stets darum bekümmert habe, welche Hilfsarbeiter in den ihm untergebenen Ressorts angestellt werden sollten und welche nicht. Da er der allein verantwortliche Minister gewesen sei, würde er unehrlich gehandelt haben, wenn er in dieser Beziehung gleichgiltig geblieben wäre.

*) „Hamb. Nachr.“ vom 12. Februar.

**) Ebenda, 15. Februar.

Sollte ein verantwortlicher Minister überhaupt mit Männern arbeiten, die auf seine Ansichten nicht eingingen?"

Ganz in diesem Sinne wurden dann am 25. Februar von dem Hamburger Blatte die bekannten leitenden Grundsätze Bismarcks „über die Einheitlichkeit der auswärtigen Politik" eingehend entwickelt, die kurz dahin gingen, daß der allein verantwortliche Leiter der Politik diese auch vollständig und allein in seiner Hand behalten müsse.

Mit großer Freude begrüßte Bismarck das Zustandekommen des Flottengesetzes im deutschen Reichstag. Mehrere Leitartikel über die Wichtigkeit dieses Gesetzes bei „Deutschlands Seegefahren" schlossen die „Hamburger Nachrichten" am 19. März mit dem Satze: „Solange die Engländer infolge unserer Ohnmacht zur See zu dem vielverheißenden Ergebnis gelangen, daß sie gar nichts, wir aber so ziemlich alles verlieren könnten, werden sie, wie ihre Geschichte beweist, der darin liegenden Versuchung auf die Dauer nicht widerstehen und den Krieg eines Tags vom Zaune brechen. Sobald wir aber wieder eine den Briten Achtung gebietende Seemacht besitzen, wieder wie früher den dritten Platz unter allen Marinen einnehmen, ist auch die von England uns drohende Gefahr vorüber, denn England wagt nicht leicht einen Krieg, bei dem es selbst etwas verlieren könnte."

Auch seines alten Freundes Crispi nahm sich Bismarck wacker an. Die „Hamburger Nachrichten" schrieben am 28. März: „Die italienische Kammer hat, wie bekannt, an mehreren Sitzungen die Pflicht ausüben müssen, über die persönliche Ehrenfestigkeit Crispis zu verhandeln. Die peinlichen Erörterungen, in denen der ganze Haß der Crispi-Feinde zum Ausdruck kam, endeten damit, daß dem großen Patrioten und hochverdienten Staatsmann von der Kammer nur eine politische Rüge zu erteilen sei, weil er Staatsgelder zu Wahlzwecken benutzt habe. Damit hat aber Crispi nur gethan, was seine Vorgänger wiederholt ohne Skrupel gethan haben. Namentlich unter Giolitti war die politische Bestechung zum System ausgebildet. Die gegnerischen Blätter glauben nun, daß Crispi

ein todter Mann sei, aber seine Wähler in Palermo denken anders."

Als am 19. Mai Gladstone die Augen geschlossen hatte, bemerkten die „Hamburger Nachrichten" (am 20. Mai) in einem langen interessanten Nekrolog, der alle Seiten des englischen Staatsmannes in charakteristische Beleuchtung rückte, über dessen auswärtige Politik: „In seiner auswärtigen Politik hat Gladstone, gleich seinen konservativen Gegnern, wenn sie am Ruder waren, den alten Anspruch der englischen Nation auf einen ganz absonderlichen und in der Regel disharmonischen Platz im europäischen Konzert festgehalten, nicht ohne seinerseits einige wunderliche Seitensprünge zu machen. Was uns betrifft, so gehörte er in erster Linie zu denjenigen englischen Staatsmännern, die das Streben Deutschlands, sich in einheitlicher Gestalt unter den Mächten Europas den ihm gebührenden Platz zu erobern, mit einem ausgezeichneten und nur durch persönliches Ungeschick paralysierten Übelwollen begleitet und nach Kräften zu stören versucht haben. Im übrigen hat er stets Frieden, Civilisation und Unabhängigkeit der Völker im Munde geführt, während er in der Praxis, wo er damit für England Vorteile zu erreichen glaubte, sich keineswegs von Gewaltthat und Ungerechtigkeit fernhielt; man denke nur an die von ihm befohlene Beschießung Alexandriens im Jahre 1882 und an seine gefährlichen Agitationen in der armenischen und griechischen Frage, die England hart an den Rand eines Krieges brachten, wenn nicht die bessere Einsicht des Lord Salisbury die Gladstoneschen Thorheiten und die eignen Herausforderungen durch einen rechtzeitigen Rückzug rektificiert hätte."

Zum zehnjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers (15. Juni) schrieben die „Hamburger Nachrichten": „Zehn Jahre fürstlicher oder bürgerlicher Thätigkeit sind ein Zeitraum, dessen Vollendung nach dem herrschenden Gebrauche nicht festlich begangen wird. Deshalb wird der Gedenktag vom Kaiser auch still begangen, im Kreise seiner verantwortlichen Berater. Wir wünschen ihm, daß er in seinem an Arbeit und Verantwortung reichen Herrscherberufe in

Zukunft jeder Zeit kluge und feste Männer finden möge, welche mit ihm ernst des Reiches und des Volkes Wohlfahrt zum Ziele nehmen. An dem Willen des Monarchen, das Beste und Größte zu erreichen, ist nicht zu zweifeln. Möge seine Regierung auch in Zukunft auf allen Gebieten erfolgreich sein.“

Am 9. Juni hatte Graf Herbert Bismarck vor seinen Wählern in Genthin eine Kandidatenrede gehalten, welche ganz ähnliche Gedanken aussprach und von den „Hamburger Nachrichten“ am 16. Juni vollständig abgedruckt wurde. Es hieß da u. a.: „Vor wenig über Jahresfrist habe Redner bei einem öffentlichen Auftreten das erste dämmernde Morgenrot begrüßt; seitdem seien wichtige Personenwechsel eingetreten, die seine damalige Auffassung bestätigt hätten. Nach der Meinung aller Patrioten seien die Posten der Staatssekretäre jetzt so gut besetzt als denkbar, besonders tröstlich sei dies im Hinblick auf unsere auswärtigen Beziehungen, deren Behandlung vor 5 Jahren manche patriotische Sorgen erregt hätten, die gegenwärtig der berechtigten Empfindung von Vertrauen gewichen seien.“

Am Schluß des Monats, am 29. Juni, wurde das Hamburger Blatt durch eine Bemerkung der „Köln. Volksztg.“ veranlaßt, wieder einmal Bismarcks Ansichten über die Pflicht eines Ministers zu entwickeln. Der bedeutsame Artikel führt uns zugleich noch einmal die nationale Katastrophe vom 20. Marz 1890 in gedrängter Kürze vor. Er lautet: „Der ultramontanen „Köln. Volksztg.“ ist eine Anerkennung des Fürsten Bismarck entschlüpft. In einem Artikel, der die Forderung der Konservativen nach einer „starken Regierung“ bespricht, heißt es u. a.: „Wir glauben nicht mehr an Minister, die wie Fürst Bismarck ihr Programm auch gegenüber dem Monarchen aufrecht erhalten und ihre ganze Kraft daransetzen, den widerstrebenden Monarchen trotz aller „Friktionen“ für das von ihnen als richtig Erkannte zu gewinnen.“ Ein solches Bestreben ist nach unserer Auffassung die Pflicht jedes Ministers, der Verantwortlichkeitsgefühl besitzt und den Interessen des Landes nach seiner Überzeugung dienen will. Wenn ein leitender Minister

glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er, wie wir früher wiederholt ausgeführt haben, seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen gehalten, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregel zu überzeugen, weil der Minister infolge seiner Antecedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Überzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen, als der leitende, verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anrät, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurteilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen. Jedenfalls hat der leitende Minister alles aufzubieten, um das von ihm für richtig Erkannte durchzusetzen. Das kann unter Umständen sehr unbequem sein und harte Kämpfe kosten, die nicht jedermanns Sache sind; aber ein Minister, der aus Bequemlichkeit oder weil er an seinem Amte klebt, auf die Führung dieses Kampfes verzichten wollte, würde pflichtwidrig handeln."

So hatte Bismarck gerungen und — pflichttreu bis zuletzt —

gehandelt in der schwersten Entscheidung seines Lebens! So war er vom Amte geschieden! Die Erinnerung an diese weltgeschichtlichen Vorgänge machte tiefen Eindruck, da Bismarcks selbstlose Größe sich am schönsten ausprägt in der verhängnisvollen Katastrophe seines Scheidens vom Amte. Niemand konnte bei der erschütternden Nachlese dieser Erinnerungen ahnen, daß nur wenig später als einen Monat, nachdem sie in dem treuen Hamburger Blatte erschienen waren, der größte Held unseres Volkes sein unvergleichliches Leben beschlossen haben werde!

Fünftes Kapitel.

Bismarcks Sterben. Deutsche Volkstrauer und Welttrauer.

Wer vermöchte den unbeschreiblich tiefen, erschütternden Eindruck zu schildern, der unser ganzes Volk erfaßte, als in der Nacht des 30. Juli 1898 oder am nächsten Sonntagmorgen der elektrische Funke auch in die entlegensten Orte Deutschlands die furchtbare Kunde trug:

Fürst Bismarck ist tot!

Die tiefste Trauer ist stumm. Und stumm, sprachlos war auch die unsrige anfangs bei dem Donnerschlag, der uns plötzlich des ehrwürdigen Vaters unseres Vaterlandes beraubte! Besonders rührend war die tiefe Ergriffenheit der „kleinen Leute,“ der schlichten Männer und Frauen aus dem Volke. An ihrem treuen heißen Schmerz ließ sich am besten die hohle Lüge der Parteien erkennen, die den Fürsten Bismarck bis zu seinem Ende als menschenhassenden und -verachtenden Junker, als herrschsüchtigen Egoisten verschrieen hatte. Gerade diese „kleinen Leute“ alle hatten nicht bloß an der großen Lebensarbeit des Schmiedes der deutschen Einheit, an dem Glanz und der Macht des Deutschen Reiches, sondern namentlich an den Segnungen der Sozialpolitik Bismarcks richtigeres Verständnis und herzliche Liebe für den größten Deutschen gewonnen

und ahnten mindestens, wieviel ihnen mit ihm verloren war. Unvergessen für immer werden mir die Beweise ungeheuchelter innigster Volkstrauer bleiben, die ich am Morgen des 31. Juli in dem kleinen Heidelberger Gasthof erlebte, in dem ich, ohne Ahnung des furchtbaren Verhängnisses, übernachtet hatte — und dann wieder auf der Fahrt dritter Klasse nach Frankfurt, da ich, der allen Unbekannte, den zunächst sitzenden schlichten Männern und Frauen von meinen 31jährigen persönlichen Erinnerungen an den großen Toten zu erzählen begann, und dann allmählich alle Insassen des ganzen Wagens mit thränenden Augen meinen Worten lauschten.

Furchtbar schnell und unerwartet war der betäubende Schlag über uns gekommen. Die Abreise Professor Schweningers aus Friedrichsruh, am Donnerstag (den 28. Juli) und das beruhigende Telegramm der „Hamburger Nachrichten" vom Abend des folgenden Tages*) hatten die schwere Besorgnis wieder zerstreut, mit der aller Augen zu anfang der Woche nach Friedrichsruh gerichtet waren. Noch am Spätabend des 30. Juli wurde von Berlin aus, nach einem Berichte der „Nationalzeitung", das trostreiche Telegramm an die deutsche Presse versendet: „Das Befinden des Fürsten Bismarck hat sich schon so weit gebessert, daß er wieder regelmäßig an der Familientafel teilnehmen kann. Allerdings ist vorläufig noch wenig Aussicht vorhanden, daß er auf die Benutzung des Rollstuhls verzichten kann." Nur die Hamburger Blätter und der „Berl. Lokal-Anzeiger" hatten schon am Nachmittag Nachrichten über eine plötzliche ernste Verschlimmerung des fürstlichen Befindens erhalten. Als die Katastrophe am 30. Juli nachts 11 Uhr eingetreten war, berichteten die „Hamburger Nachrichten" über Bismarcks letzte Stunden: „Am Donnerstag Abend war auf Verschlimmerungen, wie sie seit Oktober vorigen Jahres wiederholt stattgefunden hatten, eine Besserung eingetreten, welche dem Fürsten erlaubt hatte, bei Tische zu erscheinen, lebhaft an der Unterhaltung

*) s. o. S. 108.

teilzunehmen, Champagner zu trinken und gegen die Gewohnheit der letzten Zeit wieder mehrere Pfeifen zu rauchen. Das Befinden war derart befriedigend, daß Geheimer Rat Schweninger, nachdem sich der Fürst zur Ruhe begeben hatte, Friedrichsruh verlassen konnte, um am Sonnabend wieder dorthin zurückzukehren. Der Zustand blieb während des Freitags relativ befriedigend. Am Sonnabend Morgen las der Fürst noch die „Hamburger Nachrichten“ und sprach über Politik, namentlich über russische. Auch genoß er im Laufe des Vormittags Speise und Trank und beklagte sich dabei scherzhaft über den geringen Zusatz von geistigen Getränken zu dem Wasser, das man ihm reichte. Da trat plötzlich eine Verschlimmerung durch akutes Lungenödem ein. Im Laufe des Nachmittags verlor der Fürst häufig das Bewußtsein. In der letzten Zeit hatte er neben den gewöhnlichen lichten Momenten mehr oder weniger soporöse Zustände gehabt, aus denen er entweder in einen längeren tiefen und wohlthuenden Schlaf geriet oder zu völligem frischen Erwachen gelangte. In den Abendstunden des Sonnabend nahmen die bedenklichen Erscheinungen zu. Der Tod trat leicht und schmerzlos gegen 11 Uhr ein. Geheimrat Schweninger, der erst kurz vorher wieder eingetroffen war, suchte dem Sterbenden noch durch Linderung der Atmungsbeschwerden Hilfe zu leisten. Die letzten Worte des Fürsten waren an seine Tochter, die Gräfin Rantzau, gerichtet, welche ihm die Stirn getrocknet hatte: „Danke, mein Kind!“ Am Sterbelager war die ganze fürstliche Familie versammelt und außer Geheimrat Schweninger und Dr. Chrysander noch Baron und Baronin Merck zugegen. Nachdem Geheimrat Schweninger während drei Minuten keinen Atemzug und keinen Puls mehr wahrgenommen hatte, erklärte er, daß der Tod eingetreten sei. Der Fürst liegt, wie er zu schlafen pflegte, leicht mit dem Kopf nach links geneigt. Der Gesichtsausdruck ist mild und friedlich verklärt. Der Fürst wird seinem Wunsche gemäß auf der dem Schloß gegenüber liegenden Anhöhe in der Nähe der Hirschgruppe beigesetzt werden.“

Die „Kölnische Zeitung“ meldete aus Friedrichsruh über

Bismarcks letzte Stunden: „Nach der Abendtafel am Donnerstag rauchte Bismarck bei lebhaftem Plaudern vier Pfeifen und war nur schwer dazu zu bewegen, sich nach 11 Uhr zu Ruhe zu begeben. Die Nacht auf Freitag war allerdings schlecht, so daß der auf Freitag angesagte Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim abbestellt werden mußte, aber noch am Sonnabend morgen las Bismarck wie gewöhnlich seine Zeitungen. Am Sonnabend nachmittag sprach er mit seinem Kammerdiener, daß dieser ihm etwas Kognak in den Thee thun möge, aber schon bald machten sich an diesem Nachmittag Atmungsbeschwerden, die Vorboten der bevorstehenden Lungenlähmung, bemerkbar. Gelegentlich wurden Schmerzenslaute hörbar, von denen aber schwer zu sagen war, ob sie Bismarck bei Bewußtsein oder im Traumzustand von sich gab; denn wie bei vielen Leuten in derartig hohem Alter waren auch bei Bismarck in letzter Zeit soporöse Zustände häufiger geworden. Erst am Sonnabend abend erkannte man bestimmt, daß es mit dem Fürsten zu Ende gehe. Die letzten von Bismarck klar und mit Bewußsein gesprochenen Worte enthielten einen Dank an seine Tochter und betrafen das Abwischen des Schweißes. Ob Bismarck den kurz vor seinem Tode eintreffenden Leibarzt, Geheimrat Schweninger, noch erkannt hat, ist unsicher; denn der Tod ist zweifellos ohne Todeskampf, ohne Bewußtsein und also auch ohne Schmerzgefühl erfolgt. Bismarck ist träumend ins Jenseits hinübergeschlummert. Nach dem erwähnten Dank an seine Tochter hat Bismarck noch mehrere schwach artikulierte Laute von sich gegeben, die aber von der Familie, vom Leibarzt und dem alten Kammerdiener verschieden aufgefaßt worden sind. Als Todesursache ist zweifellos Lungenlähmung zu bezeichnen. Es liegt die Annahme nahe, daß infolge der längern Bettruhe, zu welcher der Fürst in der letzten Zeit gezwungen war, eine bei so hohem Alter stets verhägnisvolle Kongestion der Lungen mit Ausschwitzung von Flüssigkeit in den Lungenbläschen eingetreten ist. Die trotz anfänglicher Besserung stetig sich steigernde Altersschwäche vermochte dem überhand nehmenden Lungenödem keinen Widerstand entgegenzusetzen, und so folgte die unver-

meidliche Lungen- und Herzlähmung. Die im letzten Stadium neben den lichten Momenten aufgetretenen Anfälle von traumhafter Benommenheit und Bewußtlosigkeit beruhen darauf, daß infolge der Flüssigkeitsansammlung in den Lungenbläschen der sonst durch die Lungen vermittelte Gasaustausch behindert wird und eine Anhäufung von Kohlensäure auftritt, die wie bei der Kohlensäure-Vergiftung auf das Gehirn einwirkt. Mit dem alten Venenleiden, an dem Fürst Bismarck bekanntlich schon seit fünfzehn Jahren gelitten hat, steht seine letzte Krankheit nicht im Zusammenhang."

Über die Verzögerung der Rückreise Professor Schweningers berichtete das „Leipziger Tageblatt" (am 6. August) aus Döbeln: „Der berühmte Arzt hatte sich nach seiner am Donnerstag erfolgten Abreise von Friedrichsruh nach Sachsen begeben; er war nach einem Rittergute in der Riesaer Gegend gerufen worden und hatte den Berlin-Elsterwerda-Riesaer Schnellzug benutzt, der nach Döbeln und Chemnitz weiterfährt. In Riesa verschlief Professor Schweninger das Aussteigen und kam vormittags 11 Uhr nach Döbeln. Hier wartete er, bis er nachmittags 2 Uhr 25 Minuten nach Riesa zurückkehren konnte. Am Sonnabend verfehlte ihn dann das Telegramm, das ihn erneut nach Friedrichsruh rief, so daß er erst abends 7 Uhr 50 Minuten von Berlin nach Friedrichsruh abreisen konnte."

Geheimrat Schweninger selbst gab darüber sowie über Bismarcks letzte Krankheit und Lebensstunden dem Grafen Hoensbroech die folgende Darstellung, welche dieser in der „Tägl. Rundschau" veröffentlichte und die wortgetreu von den „Hamburger Nachrichten" übernommen wurde, so daß wir sie als den authentischsten Bericht über das Lebensende unseres großen Helden ansehen können. Graf Hoensbroech schreibt: „Alten freundschaftlichen Beziehungen zum Geheimrat Schweninger verdanke ich eine erinnerungsreiche Stunde. Nicht als »Reporter« oder »Interviewer« hatte er mich zu sich eingeladen, sondern als alten Bekannten. Er wollte von ihm sprechen, der seit 18 Jahren der Mittelpunkt, der Inhalt seines Lebens gewesen war; und nie habe ich den berühmten Arzt, dem Fernstehende

— sehr mit Unrecht — oft Rauheit des Wesens nachsagen, nie habe ich ihn weicher, warmherziger, tiefer empfindend gesehen und gehört, wie, als er von »seinem Fürsten« mir erzählte. Nicht weltgeschichtliche und noch weniger sensationelle Enthüllungen hat er mir gemacht. Er sprach aus verehrendem, liebenden Herzen, dem auch das Kleine am Großen groß und bedeutungsvoll ist.

„Sehen Sie, mit dem Tode des Fürsten ist der Inhalt meines Lebens entschwunden, ich bin nicht mehr, was ich war. Mein ganzes Leben war auf ihn zugeschnitten, jetzt ist's verstört. Ich brauche Ruhe, Ruhe, Ruhe, um mich wieder zurecht zu finden. Auf ein Jahr denke ich fortzugehen; vielleicht mache ich eine Reise um die Welt. Mein Telegramm an die »Tägl. Rundschau« vom 27. Juli: »Alles Unsinn. Schlaf gut, sonstiges Befinden unverändert«, war durchaus keine Lüge. Es richtete sich mit dem Ausdruck: »Alles Unsinn« gegen die taktlosen Sensationsnachrichten eines hiesigen Lokalblattes, das von Blutvergiftung, offenen Beinwunden, Wassersucht meldete. Der Fürst war, als ich Ihnen telegraphierte, ganz besonders wohl; er hatte, nach langer Zeit, mal wieder sieben Stunden geschlafen, fühlte sich frisch und gekräftigt, rauchte mit Behagen fünf Pfeifen leer. Ich glaubte, ihn für kurze Zeit verlassen zu können; teils meiner Vorlesungen wegen, teils in ärztlichen Geschäften. Gehen Sie nur, sagte er, ich bin ja in guten Händen. Er war so wohl, daß ich ihn zum Champagnertrinken aufforderte. Seit März hatte ich ihm jeden Alkoholgenuß untersagt. Eine harte Zeit. Was, lieber Schweninger, ich darf wieder Sekt trinken? Dabei sah er mich ungläubig an. Gewiß, Durchlaucht. Wir tranken eine Flasche und noch eine halbe. Er war wieder der Alte; die Schmerzen hatten ihn verlassen. Bis 11 Uhr saß ich bei ihm, dann fuhr ich mit dem Nachtzuge nach Berlin. Alles war vorgesehen und geordnet; mehrmals im Tage erhielt ich telegraphischen Bericht. Das war übrigens schon lange so, wenn ich von Friedrichsruh abwesend war. Noch am Sonnabend früh und um 10 Uhr lauteten die Nachrichten leidlich gut. Dann hieß es: Beunruhigende Erscheinungen. Unverzügliche Rückkehr. Die

Vergeßlichkeit eines sächsischen Schaffners ließ mich den Anschluß verschlafen. Seit Tagen war ich nicht mehr aus den Kleidern gekommen. Qualvolle Stunden folgten für mich. Für einen Sonderzug von Berlin aus reichte die Zeit nicht mehr bis zum fahrplanmäßigen D-Zug. Die einlaufenden Telegramme meldeten stete Verschlimmerung. Nur in Wittenberge lautete die Nachricht etwas weniger schlimm. Telegraphisch hatte ich das Erforderliche angeordnet: heiße Handbäder, und heiße Schwämme auf den äußeren Kehlkopf. Als ich ankam, war er im Sterben; aber es war ein ruhiges Sterben. Ich glaube, er erkannte mich noch; er sprach nicht mehr, aber er gab mir die Hand, die ich bis zuletzt behielt. Vierzig Minuten stand ich ihm noch bei. Den beschwerlichen Schleim entfernte ich mit dem Finger. Das gab große Erleichterung und ruhiges Ausatmen. Todesursache: Lungenödem. Diese Todesursache hatte ich, wenn auch früher schon in Rechnung gezogen, doch eigentlich nicht erwartet. Ich glaubte, das Ende würde einmal Gehirn- oder Herzschlag sein. Unsinn ist die Erzählung von Blutvergiftung, Wassersucht, offenen Beinwunden u. s. w. Gewiß, seine Beine waren zuweilen geschwollen, aber nur gering. Gegen 42 Centimeter in früherer Zeit, war der Beinumfang auf 36 Centimeter zurückgegangen. Die Ursache seiner schmerzhaften Venenentzündungen liegen weit zurück. Seit dem bekannten Petersburger Vorfall hat er damit zu thun gehabt. Damals war die Sache schlimm. Es sollte eine Amputation des Beines stattfinden. Bismarck hatte sich zu einer solchen unter dem Knie bereit erklärt. Die russischen Chirurgen wollten sie über dem Knie. So viel wollte er aber den Russen von seinem Bein nicht geben. So unterblieb die Amputation; aber schmerzhafte Leiden begleiteten ihn von da ab. Die Leiche war ergreifend schön. Fragen Sie den früheren Botschafter von Stumm und den Grafen Guido Henckel, die den Toten noch gesehen; sie standen bewundernd am Totenbette. Was von Entstellung, Verwesung gesagt wurde, ist Lüge."

Endlich sei hier über Bismarks letzte Stunden noch ein Be-

richt des dem Altreichskanzler anhänglichsten Berliner Blattes, der „Berl. Neuesten Nachrichten", wiedergegeben: „Am Sterbetage nachmittags war es, etwa um 3 Uhr; die Familie hatte sich kurz vorher in das anstoßende Arbeitszimmer des Fürsten zurückgezogen. Gräfin Sibylla, die Gemahlin Wilhelm von Bismarcks, kam lautlos hereingeschlichen, nach dem Kranken zu sehen, an dessen Bett der treue Pinnow saß. Als sie den Fürsten mit geschlossenen Augen, wie friedlich schlummernd, daliegen sah, eilte sie rasch zu den übrigen Familienmitgliedern zurück und verkündete glückstrahlend, daß der Kranke endlich den schmerzlindernden Schlaf gefunden habe. Der vermeintliche Schlummer war in Wahrheit Erschöpfung der Kräfte. Von nun ab traten nur wenige lichte Momente bei dem Kranken ein. Pinnow wich nicht von seiner Seite. Plötzlich schlug Fürst Bismarck die Augen auf und wünschte zu trinken. Der Diener reichte ihm, wie Professor Schweninger es angeordnet hatte, ein Gläschen mit Mineralwasser und Champagner. »Mehr, mehr!« stöhnte der Kranke. — »Durchlaucht, ich darf nicht!« — »Aber, lieber Pinnow, Chrysander ist doch jetzt nicht da.« — Noch immer zögerte Pinnow. — »Lieber, guter Pinnow«, kam es in flehentlichem Tone aus dem Munde des Fürsten, »bist du als kleiner Junge nicht auch einmal krank gewesen? Na, dann weißt du doch, wie einem zu Mute ist, wenn man Durst hast, und nicht trinken soll!« — Der besorgte Pfleger konnte dieser rührenden Bitte nicht widerstehen, er reichte dem Kranken ein großes Glas mit dem labenden Trank, den der Fürst in gierigen Zügen hinunterschlürfte, um dann langsam zu entschlummern."

Auch die „Hamburger Nachrichten" bestätigten in einem von breitem Trauerrand umgebenen Extrablatt vom 1. August den ergreifend friedlichen, völlig unentstellten Ausdruck des teuren Totenantlitzes und berichteten in derselben Nummer die letztwilligen Verfügungen des Heimgegangenen über die eigene Grabschrift und Grabstätte: „Der Fürst lag bis heute nachmittag noch genau so, wie er vor dem Ableben gestern abend gebettet worden war, in der Stellung, wie er oft zu schlafen pflegte. Der

Kopf ist etwas erhöht und leicht nach links geneigt. Das welthistorische eherne Gesicht hat natürlich die Todesblässe angenommen, aber der Ausdruck ist sonst unverändert seit gestern. Der entschlafene Fürst bietet ein Bild vollkommen harmonischen Friedens. Rechts und links vor dem Sterbelager hält je ein Förster im Dienstanzuge die Totenwache.

„Über die Beisetzung sind noch keine festen Bestimmungen getroffen, da nach einer vom Fürsten eigenhändig unterzeichneten letztwilligen Verfügung für den Fall des Todes angeordnet wird, daß er an einer bestimmten Stelle des Sachsenwaldes*) begraben werden will. Diese Verfügung schließt: ›Als Grabschrift wünsche ich: Fürst von Bismarck, geboren den 1. April 1815, gestorben den .... und den Zusatz: ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.‹

„An der Stelle, die vom Fürsten selbst zu seiner ewigen Ruhestätte ausersehen worden ist, soll ein einfaches Mausoleum errichtet werden, in welchem auch der Sarg der ihrem großen Gemahle in das Jenseits vorausgegangenen Fürstin von Bismarck mit beigesetzt werden soll. Die Herstellung einer solchen weihevollen Grabstätte, deren Pläne bereits feststehen, wird immerhin eine gewisse Zeit erfordern, und da eine provisorische Beisetzung dem Gefühle der fürstlichen Familie widerstrebt, wird für jetzt nur eine Einsegnung der Leiche durch den in Friedrichsruh zuständigen Geistlichen des Dorfes Brunstorf erfolgen, denselben, der auch letzte Ostern bei Gelegenheit der Konfirmation der beiden jüngeren Rantzau'schen Söhne die Abendmahlsfeier abgehalten hat. Die Einbalsamierung der Leiche erfolgte durch Geheimrat Schweninger und Dr. Chrysander heute Abend in der Zeit von 6 bis 8½ Uhr."

Diese vom Fürsten selbst getroffene Wahl seiner letzten Ruhestätte stimmte wunderbar überein mit den Empfindungen eines edeln deutschen Dichters, der Bismarck so bald schon (am 20. September) im Tode nachfolgen sollte. Lange vor der Kenntnis dieser

*) In der Nähe der „Hirschgruppe", welche die Anhalter dem Fürsten 1895 zum Geschenk machten. Zu vgl. Bd. VI S. 513 fg.

letztwilligen Verfügungen hatte nämlich Theodor Fontane gedichtet:

Wo Bismarck liegen soll.

Nicht in Dom oder Fürstengruft,
Er ruh' in Gottes freier Luft
Draußen auf Berg und Halde,
Noch besser tief, tief im Walde;
Widukind lädt ihn zu sich ein:
„Ein Sachse war er, drum ist er mein,
Im Sachsenwald soll er begraben sein“.

Der Leib zerfällt, der Stein zerfällt,
Aber der Sachsenwald, der hält,
Und kommen nach dreitausend Jahren
Fremde hier des Weges gefahren
Und sehen, geborgen vor'm Licht der Sonnen,
Den Waldgrund in Epheu tief eingesponnen
Und staunen der Schönheit und jauchzen froh,
So gebietet einer: „Lärmt nicht so; —
Hier unten liegt Bismarck irgendwo.“

Es mag gleich hier erwähnt werden, daß der Kaiser, über dessen rührende Teilnahme an dem großen nationalen Trauerfall noch eingehend berichtet wird, ursprünglich die Absicht zu erkennen gegeben hatte, die sterbliche Hülle Bismarcks „im Dom zu Berlin an der Seite der kaiserlichen Vorfahren“ beisetzen zu lassen, aber von dieser hohen Ehrung des großen Toten abstand, als die fürstliche Familie dem Monarchen in Friedrichsruh erklärte, daß sie sich in pietätvoller Liebe an die letztwilligen Verfügungen ihres Familienhauptes gebunden erachte. Die Welt erlebte dann einige Wochen später das widerliche Schauspiel, daß die englische „Times“ und im edlen Chorus mit ihr dieselbe deutsche Presse, deren Parteigenossen und Nährväter im März 1895 dem Altreichskanzler im Reichstag jede Huldigung zum 80. Geburtstag versagt hatten, in byzantinischer Liebedienerei nach oben, den Entschluß der fürstlichen Familie: den letzten Willen ihres Hauptes gegen die Wünsche des Kaisers zu behaupten und durchzusetzen, „höchst bedauerlich“ nannten.

An den letzten Willen des Geschiedenen mußte sich aber die Familie um so mehr gebunden erachten, als Fürst Bismarck den Seinen und seinen Vertrauten auch in gesunden Tagen oftmals erklärt hatte, daß er bei seinem Ableben durchaus kein großartiges Leichenbegängnis und keinen Invalidendom oder Westminsterpalast über seinen Gebeinen wünsche. Die „Hamburger Nachrichten“ druckten hierüber (am 5. August), ohne eigenen Zusatz, eine in das Jahr 1894 fallende Plauderei des Fürsten ab, die Harden in der „Zukunft“ jetzt veröffentlichte: „Der Fürst durfte damals selbst bei kühlem Wetter noch im Freien Gespräche führen und lud Gäste, deren Art ihm nicht unbehaglich war, gern in den Wagen, in dem Patzke, der sichere, in Wald und Feld heimische Kutscher, ihn vor der Hauptmahlzeit täglich ein paar Stunden herumfuhr. Allerlei Geschichtenträgereien, allerlei Versuche, die Beziehungen des wieder Begnadeten zu Hof und Regierung zu entstellen, hatten ihn erst verstimmt und später zu ironischer Heiterkeit erregt. Auf dem Heimwege wurde er still und ließ dicht vor dem Herrenhaus halten. Er wies mit der Krücke des Stockes auf einen Hügel gegenüber dem Hause, das man thöricht ein Schloß genannt hat, und sagte: ›Da, denke ich, werde ich mich einmal mit meiner Frau begraben lassen. Ich hatte auch an Schönhausen gedacht; aber hier ist's wohl paßlicher, denn in Schönhausen bin ich doch eigentlich schon lange ein Fremder.‹ Der Gast hatte zu schweigen. Abends, als die altfränkische Öllampe freundlich brannte und die kränkelnde Fürstin auf ihrem Sopha, neben Lenbachs Meisterbild des alten Kaisers, eingenickt war, schlug der Sinnende wieder das Thema an, verarbeitete es nach seiner Weise und schien sich in humoristischer Ausmalung des feierlichen Lärmes, der nach seinem Tode losbrechen würde, nicht genug thun zu können. Frau Johanna schrak auf und rief ganz ärgerlich: ›Aber, Ottochen, wie kannst du nur so traurige Sachen reden!‹ ›Liebes Kind‹, war die Antwort, ›gestorben muß einmal sein, trotz Schweninger, und ich will wenigstens rechtzeitig dafür sorgen, daß mit meinem Leichnam kein Unfug getrieben wird. Ich möchte nicht, wie die Berliner sagen,

eine schöne Leiche sein; und eine von der bekannten Aufrichtigkeit, die heimlich »»Uff!«« macht, inscenierte Trauerkomödie, so zwischen Vogelwiese und Prozession, wäre so ziemlich das einzige, was mich noch schrecken könnte.« Die Freunde des Hauses wissen, wie oft der Große dann später noch diesen Gedanken ausgesprochen und mit der ihm allein eigenen graziösen Laune beleuchtet hat, und sie werden es den verwaist Hinterbliebenen danken, wenn von seinem Willen auch künftig nicht um Haaresbreite gewichen wird."

Die fürstliche Familie beschloß daher, an der von dem Entschlafenen bestimmten Stelle ein einfaches Mausoleum in Friedrichsruh errichten zu lassen. Als dieser Beschluß bekannt wurde, boten wenige Hamburger Freunde des großen Toten — damit das deutsche Volk zu dieser ihm heiligen Grabstätte doch auch seinen Beitrag leiste — sofort 300000 ℳ für die Baukosten, namentlich auch zur entsprechenden Ausschmückung des Bauwerkes im Innern. Die Arbeit wurde sofort eifrig in Angriff genommen, und am 22. September konnten die „Hamburger Nachrichten" aus Friedrichsruh darüber melden: „Der Bau des Mausoleums für den Fürsten Bismarck wird durch eine große Zahl von Arbeitern verhältnismäßig rasch gefördert. Die großen Dimensionen treten immer deutlicher hervor: die Höhe des Kuppelbaues wird annähernd der Länge des ganzes Gebäudes entsprechen und demnach 26 bis 27 Meter betragen. Die Mauern, die auf der Innenseite aus Ziegelsteinen, außen aus Steinquadern bestehen, sind bis zu 1 ½ Metern dick. Die Mitte des Mausoleums wird ein im Kapellenstil gehaltener Andachtsraum mit Altar u. s. w. bilden. Die Hauptgruft, welche die Särge des Fürsten und der Frau Fürstin aufnehmen wird, liegt davor, nach dem Kuppelbau zu, der sich am westlichen Ende erhebt. Der Eingang ist auf der Südseite, also dem Walde zugekehrt. Allgemein herrscht die Ansicht, daß sich das Mausoleum weit größer und wirkungsvoller gestalten dürfte, als ursprünglich angenommen wurde. Der Bau wird natürlich mit passenden Anlagen umgeben werden. Wie schon neulich erwähnt, hofft man, daß er im Spätherbst soweit vollendet sein

wird, um die Überführung und feierliche Beisetzung der Leiche zu ermöglichen."

Da bis zur Vollendung dieses Bauwerkes eine vorläufige Beisetzung der Leiche nicht stattfinden sollte,*) und bei der Einbalsamierung, auf Wunsch der Familie, die Weichteile nicht entfernt werden durften, so machte sich die alsbaldige Schließung und Verlöthung des Sarges notwendig, so daß selbst der am 1. August abends in Friedrichsruh eintreffende Reichskanzler Fürst Hohenlohe und das am folgenden Tage hier anlangende Kaiserpaar das Antlitz des teuren Entschlafenen nicht mehr schauen konnten. Aus demselben Grunde konnte auch der auf Befehl des Kaisers nach Friedrichsruh abgesandte kunstreiche Vertreter des Bildhauers Professor Begas keine Totenmaske des Verblichenen mehr abnehmen. Wie tief ergreifend aber das unverändert friedliche Antlitz des Verblichenen bis zuletzt auf alle wirkte, die es noch einmal schauen durften, dafür besitzen wir das klassische Zeugniß des dem Heimgegangenen so nahe gestandenen großen Malers Franz v. Lenbach. Er schreibt: „Ich habe Bismarck noch auf dem Sterbelager gesehen. So ergreifend und traurig schön der Anblick war, ein Bedürfnis, ihn künstlerisch festzuhalten, habe ich nicht gehabt. Der Tote lag im weißen Nachthemd auf dem Rücken, den Kopf seitwärts geneigt und den Mund ein wenig geöffnet, als sollte er jeden Augenblick aufwachen und sprechen. Die schöne rechte Hand lag auf dem Schoße leicht vorgestreckt. Bismarck sah durchaus nicht entstellt aus, und im warmen Lichte, das durch die Fenster hereinquoll, in den Farben der Bilder und der Möbel sah das Ganze so lebendig aus, daß die Schauer des Gefühls, hier sei der Tod eingezogen, doppelt erschütternd wirkten. Dieses Gefühl, wie es mich beherrschte, mag wohl der Grund sein, daß auch früher fast keiner der großen Toten auf dem Sterbelager gemalt wurde. Um nur ein Beispiel anzuführen: Das Sterbelager von Rubens war gewiß von Meisterschülern des Meisters umgeben, und doch hat ihn keiner gemalt.

*) s. o. S. 133.

Solcher Todesschauer ist künstlerisch nicht zu fassen. Nur einmal habe ich den Anreiz verspürt, einen aufgebahrten Toten zu malen. Das war vor dem Sarge Döllingers. Der Tapfere hatte im Leben ein rotes Gesicht, dessen lebendiges Mienenspiel kaum eine Vertiefung in die Architektur des prachtvollen Kopfes zuließ. Im Tode sah ich einen bleichen, herrlichen Dantekopf. Aber auch Döllinger habe ich nicht gemalt, und bei Bismarck kam noch dazu, daß der Profilanblick, das Typische des Kopfes, den breiten Schädel nicht zur Geltung kommen ließ und daß das Wesen fehlte — die Augen."

Der Bürgermeister Münchens v. Brunner aber, der amtlich mit einer kostbaren Kranzspende der bayerischen Hauptstadt in jenen Stunden in Friedrichsruh weilte, sagte später bei der Vorbereitung der großen Münchener Trauerfeier in engerem Kreise (am 8. August) den Mitbürgern: „Ich gestehe offen, daß ich heute noch von den in Friedrichsruh empfangenen Eindrücken beherrscht werde, und wer an der Bahre Bismarcks stand, wird einen Eindruck fürs ganze Leben mitbekommen."*)

Der Kaiser hatte auf seiner Nordlandsreise in Bergen (Norwegen) am Sonntagmorgen, den 31. Juli, die Trauernachricht durch die sogleich nach dem Tode des Fürsten Sonnabend nachts in Friedrichsruhe aufgegebene Depesche Schweningers erhalten: „An Se. Majestät den Deutschen Kaiser. Melde Ew. Majestät unterthänigst, daß Se. Durchlaucht Fürst Bismarck soeben verstorben ist." Unverzüglich erklärte der Kaiser seine Nordlandsreise für beendet und befahl die Rückkehr nach Kiel für Montag den 1. August. Zugleich befahl er eine Ehrenwache des Altonaer 31. Infanterieregiments nach Friedrichsruh, die im Laufe des 31. Juli hier eintraf, bestehend aus dem Hauptmann v. Minkwitz, zwei Leutnants und 60 Mann. Dieselbe hatte namentlich die Bestimmung, den Zudrang des Publi-

*) Mir war leider aus persönlichen Behinderungsgründen der letzte Blick auf den großen Toten versagt, obwohl mein verehrter Freund Dr. Heinrich v. Poschinger mich nach Friedrichsruh einlud und mir neben sich in Aumühle auch Quartier anbot, wofür ich ihm hier öffentlich noch einmal danke.

tums fern zu halten und dem Sterbehause die friedliche Stille zu sichern, die den Verhältnissen entsprach. Am 31. Juli sandte der Kaiser ferner folgendes Telegramm an den Fürsten Herbert Bismarck: „In tiefer Trauer teilnehmend an dem Schmerze, der Sie alle um den teueren großen Toden erfaßt hat, beklage Ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit am Werke der Wiedervereinigung des Vaterlandes ihm die Freundschaft Meines in Gott ruhenden Grostvaters, des großen Kaisers Majestät, für das Leben erwarb und den unauslöschlichen Dank des ganzen deutschen Volkes für alle Zeit.“ Zugleich zeigte er an, daß er mit der Kaiserin am 2. August in Friedrichsruh eintreffen werde.

Am Vormittag desselben Tages fand im Sterbezimmer die Abendmahlsfeier der Familie statt. Tags zuvor war auch die greise Schwester Bismarcks, Frau von Arnim, in Friedrichsruh eingetroffen und hatte dem in schlicht bürgerlichen Gewande, ohne Orden oder sonstigen Schmuck im Sarge liegenden Bruder drei weiße Rosen in die erstarrte Hand gedrückt. Auch Graf August v. Bismarck war eingetroffen. Über die Familientrauerfeier berichten die „Hamburger Nachrichten“ aus Friedrichsruh: „Um halb elf Uhr begaben sich sämtliche Mitglieder der fürstlichen und der gräflich Bismarck’schen und Rantzau’schen Familie zur Entgegennahme des heiligen Abendmahls in das Sterbezimmer.*) Außer den Familienmitgliedern nahmen noch die nahe Freundin des fürstlichen Hauses und Gutsnachbarin der Friedrichsruher Herrschaften, Frau Baronin v. Merck, sowie einige andere Gäste an der heiligen Handlung teil. Als Geistlicher fungierte der bei allen kirchlichen Handlungen im Hause des Fürsten zugezogene, für den Ort Friedrichsruh zuständige Pastor Westphal von Brunstorf. Während der Dauer der heutigen Handlung blieb das nach dem Park zu liegende Fenster geschlossen und verhängt, so daß alles natürliche Licht abgeschlossen

*) Als Abendmahlstafel diente der Tisch, auf dem am 10. Mai 1871 der Frankfurter Friede unterzeichnet wurde.

war; die feierliche ernste Stimmung, die der Anblick des Totengemaches hervorruft, wurde durch den rötlichen Kerzenschein, der das Dunkel nur spärlich durchdrang, bedeutend verstärkt.

„Die Ausstattung des Zimmers, in dem der Sarg des Fürsten steht, war, bis die ersten Blumengrüße an den entschlafenen Heros des deutschen Volkes sich auf und um den Sarg häuften, überaus einfach, wie es dem Sinne des Dahingeschiedenen entspricht. Der Sarg steht ungefähr auf derselben Stelle, wo das Bett des Fürsten gestanden hat, in dem er seinen letzten Atemzug gethan. Eine kleine Gruppe von Koniferen, Buchsbaum und Lorbeer umschließt das Kopfende des auf nicht sehr hohem Katafalk stehenden Sarges. Eine dicht unterm Plafond beginnende etwa anderthalb Meter breite schwarze Tuchdrapierung mit Silberfranzen zieht sich um die vier Wände des Zimmers. Zwei kunstvolle, zwölfarmige, silberne Leuchter aus dem Familienbesitze der fürstlich Bismarckschen Familie stehen am Ende des Sarkophages, zu Füßen zwei mächtige Altarkerzen, deren rötlich-gelbe Färbung gegen das blendende Weiß der Stearinlichte auf den übrigen Leuchtern merkwürdig absticht. Zwischen dem Kachelofen und dem Fußende des Sarges ist ein winziger mit schwarzem Stoff bekleideter Altar aufgestellt. Eine alte Bibel, deren stark abgegriffener Zustand von häufigem Gebrauch Zeugnis gibt, liegt auf dem improvisierten Altar.

„Der obere Teil des Sargdeckels trägt vier Kränze, die von den nächsten Angehörigen des Entschlafenen dort niedergelegt worden sind. Drei davon sind aus Rosen, der unterste aus dunkelroten Nelken. Dieser letztere trägt auf der lang über das Fußende des Sarges herabhängenden Schleife die Inschrift: »Bill und Sibylle« (Graf Wilhelm Bismarck und Gemahlin). Auch der Kranz des jetzigen Fürsten und seiner jungen Gemahlin trägt nur die Vornamen: »Herbert und Marguerite.« Unterhalb des Sarges zu Füßen des toten Fürsten liegt der Kranz, den der Reichskanzler Fürst Hohenlohe überbrachte. Dicht daneben hat der schöne Kranz vom Generalkommando des IX. Armeekorps Platz gefunden. Zur

Rechten der Leiche liegen die Kränze der Beamten Varzins und der Beamten des Sachsenwaldes. Den etwa ein Quadratmeter großen Raum zwischen Sarg und Altar füllt gänzlich das kunstvolle Palmen- und Blumenstück aus, das von dem Magistrate und den Stadtverordneten der Stadt Altona übersandt wurde. Unter den übrigen Kranzspenden sei noch diejenige des preußischen Herrenhauses erwähnt, die durch die Herren Freiherr von Manteuffel und Hutten-Chapski heute früh überbracht worden war."

Das Kaiserpaar traf am 2. August abends 6 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow und des Gefolges in Friedrichsruh ein, der Kaiser in Admiralitätsuniform, die Kaiserin in Trauerkleidung. Ein Zug des 31. Infanterieregiments bildete Spalier. Der Bahnzug hielt vor dem Schloßhofe. Die Familie Bismarck empfing das Kaiserpaar am Wagenschlage. Der Kaiser küßte den Fürsten Herbert Bismarck auf beide Wangen, schüttelte Graf Wilhelm die Hand und betrat das Schloß. Hier verweilten die Majestäten eine Stunde und wohnten der von Pastor Westphal aus Brunstorf abgehaltenen Trauerfeier und Einsegnung der Leiche bei, an der etwa 30 Personen Teil nahmen. Die Feier begann mit einem Gemeindegesange. Dann hielt Pastor Westphal die Trauerrede über 1 Korinther 15, Vers 53—57: „Tod, wo ist dein Stachel, Hölle, wo ist dein Sieg?" und vollzog die Einsegnung. Abermaliger Gesang beschloß die Feier, während deren der Kaiser stand, die Kaiserin dagegen auf einem Sessel Platz nahm. Am Schlusse der Andacht hielt der Kaiser ein stummes Gebet und legte hierauf die kaiserliche Kranzspende am Sarge nieder; einen prachtvollen Kranz von Theerosen auf Lorbeerblättern mit Eichenlaub und den Initialen der Majestäten auf einer weißen Seidenschleife. Dann drückte er dem Pastor Westphal und dem alten treuen Kammerdiener Pinnow*) die Hand und unterhielt sich dann noch einige Zeit mit der trauernden Familie, namentlich mit der Schwester

*) Der Ende September durch die Gnade des Kaisers zum Portier des königlichen Schlosses Bellevue bei Berlin ernannt wurde.

des Geschiedenen, der Frau v. Arnim. Auch seinen Mausoleumsplan trug der Kaiser dem Fürsten Herbert hier nochmals vor, und als dieser bei dem ablehnenden Beschlusse der Familie beharrte, erklärte der Kaiser: er werde es sich aber nicht nehmen lassen, im Berliner Dom einen Sarkophag mit dem lebensgroßen Bildnis des Entschlafenen darauf zu errichten. Hierauf sprach der Kaiser noch alle Familienglieder einzeln an und begab sich dann, geleitet von der gesamten Familie Bismarck, mit der Kaiserin wieder zum Bahnsteig und an den Salonwagen zurück. Hier küßte der Kaiser weinend den Fürsten Herbert, dem die Thränen gleichfalls über die Wangen liefen. Gegen 7 Uhr setzte sich der Zug langsam in Bewegung. Das Kaiserpaar grüßte noch lange durch die Fenster heraus. Das Publikum schwenkte schweigend Hüte und Tücher. Um 8 Uhr erhielt dann die Presse Zutritt zum Sterbezimmer.

Auch von den Nekrologen auf Bismarck erwähnen wir zuerst den erhabenen Nachruf des Kaisers. Er trug die feierliche Form eines an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gerichteten amtlichen Erlasses, war feinsinnig aus Friedrichsruh vom 2. August datiert, wurde durch eine Extraausgabe des Reichsanzeigers bekannt gegeben und lautet: „Mit Meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen Deutschen Volke stehe Ich trauernd an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblick, alle Thaten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen

Tafeln eingraben. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübbde abzulegen: das, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und, wenn es Not thut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr!

Ich beauftrage Sie, diesen Meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

Der „Reichsanzeiger" erschien am 1. August mit Trauerrand und brachte einen vom Geheimrat Dr. Koser — dem Nachfolger Heinrich von Sybels — verfaßten sehr umfänglichen Nachruf, an dessen Schlusse es hieß: „Wenn der Satz wahr ist, daß die Staaten erhalten werden durch den Geist und die Kraft, darin sie gegründet wurden, so wird der Name des Fürsten Bismarck uns ein Wahrzeichen und eine Verkündigung bleiben für alle Zeiten und wie einst Bismarck zu Frankfurt frei heraus erklärte: ›ein Preußen, welches der Erbschaft des Großen Friedrich entsagen könne, bestehe in Europa nicht‹, so wird ein Deutsches Reich in keiner Zukunft bestehen können, ohne das Festhalten an dem Vermächtnis seines Begründers, des ersten Hohenzoller'schen Kaisers und seines großen Kanzlers."

Das „Militär-Wochenblatt", das Hauptorgan des deutschen Heeres, schrieb: „Gott hat den Mann abberufen, der als Erster unter unserm großen Kaiser dazu ausersehen war, das seit Jahrhunderten zerrissene Deutsche Reich wieder zu einigen. Ganz Deutschland, ja die ganze civilisierte Welt durchzittert bei der Nachricht vom Tode des gewaltigen Mannes ein ehrfurchtsvoller Schauer, und jeder, ob Freund oder Feind, beugt sich unwillkürlich vor der Geistesgröße des Heimgegangenen. Das Heer war das vornehmste Werkzeug zur Durchführung der weitausschauenden, kühnen Pläne Fürst Bismarcks, das Schwert, mit dem er den gordischen Knoten durchhaute und die deutsche Frage löste. Trauernd steht das Volk in Waffen mit dem übrigen Deutschland an seiner Bahre und die

angstvolle Frage will sich in unserem Herzen nicht unterdrücken lassen: Wird Deutschland auch in Zukunft so wie in den Tagen Bismarcks seine Stellung unter den Völkern behaupten können? Wird es nicht heißen: »Müssen uns drücken von Ort zu Ort, der alte Respekt ist eben fort!« Aber wahrlich, wir wären des großen Kaisers und seiner Paladine nicht wert, wenn die Trauer unsere Herzen jetzt kleinmütig machen würde. Die junge Generation wird zeigen, welche Erziehung sie in großer Zeit genossen hat; wie ein Phönix aus der Asche, so erhebt sich bereits die patriotische Glut an allen Orten bei der Trauerkunde vom Tode Bismarcks. »Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt«, das ist das vornehmste Erbteil, das unser eiserner Reichskanzler seinem Volke, das er mit ganzer Seele liebte, hinterlassen hat. In dem furcht- und rücksichtslosen Eintreten für das, was er als Wahrheit und Pflicht erkannt hatte, in dem hierdurch wunderbar geschärften Blick lag das Geheimnis seiner Erfolge; unsterblich wird er unter uns fortleben. Wir aber wollen seinem Namen Ehre machen und mit »Volldampf voraus« auch ferner den alten Kurs steuern. Das walte Gott!“

Die gesamte deutsche Presse — mit wenigen traurigen Ausnahmen, die um so greller hervorstachen — war in ihrer Totenklage einig darin, daß der größte deutsche Staatsmann, der Einiger unseres Volkes und Vaterlandes, uns entrissen sei. Selbst die radikale und ultramontane Presse mußte das anerkennen, wenn sie auch natürlich dem großen Toten allerlei Übles nachzusagen hatte und sogar große politische Fehler, welche die staatsweisen Lenker dieser Blätter an Bismarcks Stelle jedenfalls vermieden haben würden. Zu diesen Staatsweisen gehörte selbstverständlich auch Herr Stöcker, der seine Bismarck weit überlegene Einsicht in seiner Zeitung „das Volk“ aufleuchten ließ. Nur ganz wenige Preßbengel, wie Dr. Sigl im bayerischen „Vaterland“ und die Leiter der sozialdemokratischen Münchener „Post“ und des „sozialdemokratischen Centralorgans Vorwärts“ konnten sich nicht versagen, dem toten Löwen noch ein paar Eselsfußtritte zu versetzen. Der „Vorwärts“

leistete seinen Lesern folgenden Blödsinn über Bismarck: „Bismarck hat Europa in die »Barbarei des Militarismus« gestürzt; es gab für ihn »ebensowenig moralische und kulturelle Faktoren, wie moralische und kulturelle Ideale.« Er hat mit »würdeloser Kleinlichkeit« jeden Gegner über das Grab hinaus verfolgt und mit derselben »würdelosen Kleinlichkeit« hat er sich 1890 an sein Amt angeklammert; »er hat nicht verstanden, zu rechter Zeit zu sterben«; er hat »seine ohnmächtige Rachsucht« an seinen persönlichen Feinden zu stillen gesucht: er hat zur »niedersten Wauwau-Politik, zu den Cirkuspraktiken des Manipulierens seine Zuflucht genommen«; er hat den »Augiasstall finanzieller und politischer Korruption bergehoch mit Schmutz angehäuft.«“ Bald darauf aber mußte dasselbe Blatt in einem Artikel: „die Sozialreform des Fürsten Bismarck“ dem so pöbelhaft Verleumdeten unfreiwillig selbst ein Ruhmesdenkmal setzen, indem der „Vorwärts“ zu dem Ergebnis gelangte: „So ist in der That, trotz aller widerspruchsvollen äußeren Organisationsformen, ein wirkliches System der Arbeiterversicherung zum Ausbau gekommen, das mit dem Namen des Fürsten Bismarck wohl immer verknüpft bleiben wird. Daß er die freien Kassen und Gewerkschaften der Arbeiter vielfach verkümmert hat, ist unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar ist jedoch, daß auch das entwickeltste freie Kassenwesen — das in England — die arbeitsunfähigen Arbeiter in Tausenden von Fällen unentschädigt läßt, in denen sie bei uns in Deutschland, wenn auch mit minimalen Beträgen, der Unterstützung gewiß sind .... Das persönliche Verdienst des Fürsten Bismarck war die unbestreitbare Energie, mit der er den einmal gefaßten Entschluß gegen alle Widerstände, selbst aus konservativen Kreisen, durchführte; ohne den überragenden Einfluß des Fürsten wären die Vorlagen, die so oft ins Stocken gerieten, vielleicht ganz zum Scheitern gekommen.“ In seiner unbestechlichen und unübertrefflichen Wahrheitsliebe vergaß der „Vorwärts“ leider nur ganz zu erwähnen, daß die biedere Sozialdemokratie im Reichstag und draußen gegen diese großartige Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung Bismarcks nach Kräften gewühlt und gestimmt hatte.

Sehr bemerkenswert ist auch der Nachruf, den das Organ des deutschen Ärztebundes, die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ dem großen Toten widmete, während die deutschen Ärzte gleichzeitig einen umflorten Lorbeerkranz an Bismarcks Bahre niederlegten. Das genannte Blatt schreibt: „Nicht nur als Söhne unseres teuren Vaterlandes, sondern auch als deutsche Ärzte trauern wir um den Tod des gewaltigsten Staatsmannes unseres Jahrhunderts, dieses unsterblichen Genius. Dem Mitschöpfer und Vollender des Deutschen Reiches, dem Wiedererwecker der deutschen Nation verdanken wir im besonderen die Einigung aller deutschen Ärzte, wie sie im deutschen Ärztevereinsbund eine sichtbare, dauernde Verkörperung gefunden hat: erst nach dem Niedersinken der politischen Schranken, welche den Norden vom Süden trennten, konnten alle deutschen Ärzte sich die Bruderhand reichen und sich fest zusammenschließen zu gemeinsamer Arbeit auf dem Boden der Humanität und Kollegialität. Welcher Anteil dem Ministerpräsidenten Otto v. Bismarck an den Schöpfungen auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens und zum Besten des ärztlichen Standes in Preußen zugewiesen werden muß, wollen wir hier nicht prüfen. Für das Deutsche Reich sind in der Zeit, in welcher der eiserne Kanzler die Regierung führte, eine Reihe bedeutender sanitärer Einrichtungen erstanden, die zum Wohle des deutschen Vaterlandes und zur Förderung der gesamten medizinischen Wissenschaft in hohem Maße gewirkt haben. Die Pharmacopoea Germanica (1872), das kaiserliche Gesundheitsamt (1876), mit der ständigen Kommission zur Bearbeitung des deutschen Arzneibuches (1887), das Reichsimpfgesetz (1874), das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes (1875), das Reichsgesetz betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln (1879), das Reichsgesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen (1880). Auch in der Geschichte des deutschen Gesundheitswesens ist der Name Otto v. Bismarck mit goldenen Lettern eingetragen.“

Zu den wertvollsten, geschichtlich und wissenschaftlich bedeutsamsten Nachrufen sind aber namentlich zu rechnen die eingehenden

Aufsätze des Professors Dr. Karl Biedermann über „Bismarck und die Arbeiter“ (im „Leipziger Tageblatt“ vom 10. August) und des Professors Schmoller über „Bismarcks sozialpolitische Bedeutung“ (in den Blättern für „Soziale Praxis“). Auch der warme, begeisterte Nachruf, den Dr. F. Goetz in Leipzig-Lindenau dem Fürsten in einem Erlaß an die deutsche Turnerschaft widmete, verdient rühmliche Erwähnung. Um so trauriger sticht dagegen der Nachruf ab, den Herr Splittgerber, der Chefredakteur der „Magdeburgischen Zeitung“, dem von ihm zeitlebens unverstandenen großen Helden widmete. Es war der einzige Mißton, der aus einem sich für „national“ haltenden deutschen Blatte heraustönte. Freilich hatte Fürst Bismarck das unverzeihliche Ungeschick begangen, durch seine innere und äußere Politik die „dreißigjährige“ Lieblingsidee des Herrn Splittgerber: die Vereinigung aller „Liberalen“ von Leopold Sonnemann, Haußmann und Eugen Richter bis Bennigsen, unmöglich zu machen, d. h. alle demokratisch-republikanischen „Liberalen“ von sich abzustoßen. Der Magdeburger Splitter- und Totenrichter schrieb daher wörtlich: „Im Verlaufe der dreißig Jahre haben wir in diesen Blättern nie aufgehört, darüber Klage zu führen, daß Bismarck, um augenblickliche Vorteile zu erreichen, die Parteien immer rücksichtslos gegen einander ausspielte und mit Virtuosität nach dem alten Worte: »Entzwei' und gebiete« verfuhr, anstatt dem weiseren Rate zu folgen: »Verein' und leite!« Als er vom Schauplatz zurücktrat, bot die innere Politik ein Bild größter Verworrenheit dar. Die Zustände, unter deren Nachwirkung wir ja heute noch stehen und voraussichtlich noch lange stehen werden, sind derart, daß man wohl mit Sorge in die Zukunft blicken muß. Als Bismarck das Steuerruder übernahm, gab es keine Sozialdemokratie und keine Centrumspartei. Und heute? Die verhängnisvollen Fehler, die schon allein in der Behandlung dieser Parteien von Hause aus gemacht worden sind, wird die Geschichte erst in späteren Tagen, wenn die Leidenschaft der Gegenwart verflogen sein wird, mit Sicherheit beurteilen können.“ Das „Leipziger Tageblatt“ bemerkte hiezu treffend: „Schade, daß Sybel

und Treitschke tot sind und ihr Urteil über Bismarck nicht mehr nach der Richtschnur, die »wir« in der »Magdeburgischen Zeitung« dreißig Jahre hindurch vergeblich vorgezeichnet, berichtigen können. »Wir« haben, wie der Berliner sagt, ja so recht und »wir« haben nicht einmal die ganze Wahrheit gesagt. Denn ohne Bismarck gäbe es heute auch keine Welfenpartei, keine Dänischgesinnten auf preußischem Boden, keine elsässischen Protestler und keinen Déroulède. Solche Käuze, wie der in der »Magdeburgischen Zeitung« einer ist, müßte es eigentlich nicht geben."

Höchst bemerkenswert ist, daß auch die große Mehrzahl der ausländischen Preßorgane in ihren Nekrologen auf Bismarck dessen unvergleichliche weltgeschichtliche Bedeutung in würdigster Weise, vielfach in begeisterten Worten anerkannte. So namentlich die österreichisch-ungarischen Blätter, die amtliche „Wiener Zeitung" an der Spitze. Ebenso die italienische Presse. Hier erklärte insbesondere das Organ Crispis: „Italien schließe sich der Trauer Deutschlands an; denn es werde nie vergessen, daß die Politik Bismarcks eines der Grundelemente seines eigenen Glückes bildete, und daß Bismarck ein wirksamer Mitarbeiter an der Herbeiführung der Einheit Italiens war." Ebenso sympathisch sprachen sich die Zeitungen der republikanischen Schweiz über den monarchischen deutschen Staatsmann aus, indem sie hauptsächlich betonten: „Die ganze Welt wisse Bismarck Dank für die Besonnenheit, mit welcher er nach schwer errungenen Siegen verstanden habe, den europäischen Frieden zu erhalten." Selbst die englische Presse schwang sich zu neidloser Bewunderung auf. Die „Times" sagten: seit Napoleon sei keine politische Persönlichkeit von so großer Bedeutung abberufen worden, als Bismarck; er sei der Mann der „rettenden That" gewesen. Der „Standard" und „Daily Telegraph" stellten ihn unter die geschichtlich bedeutendsten Menschen aller Zeiten. Die „Morning Post" pries — offenbar nicht ohne Seitenblick nach den schwächlichen englischen Staatsmännern — Bismarcks „Politik des Urteils, des Mutes und der Entschlossenheit" als Beispiel der „Nacheiferung". Die russische Presse erkannte ausnahmslos die

hervorragende Genialität und Größe des Dahingeschiedenen und sein Bestreben an, allezeit gute Beziehungen zum russischen Nachbar zu erhalten. In Spanien veröffentlichten die Blätter, trotz der fieberhaften Spannung des heißblütigen Volkes nach dem unglücklichen Kriege gegen Amerika, spaltenlange Nekrologe über Bismarck und deuteten dabei vielfach schmerzlich an, daß, so wie ein Genie ein ganzes Volk zu Macht und Ansehen bringe, unfähige Staatsmänner dasselbe Volk ins Unglück stürzen können.

Selbst der größte Teil der französischen Presse widmete dem großen Gegner wenigstens anständige Nachrufe. So erkannten „Les Debats“ sogar an: „Daß Europa Bismarck Bewunderung schulde, wenn auch mit vielen Vorbehalten.“ Der ministerielle „Temps“ sagte: „Frankreich verstehe es, teil zu nehmen an der Trauer seiner großen Gegner. Wenn Frankreich einer Revanche bedürfe, so würde es sie finden, wenn es hinhöre auf das gewaltige (?) Rollen dieses Meeres des Sozialismus, welcher das Werk des großen Mannes bedroht (?).“ Die Anspielung war deutlich; sie zeigte, daß auch das heutige Frankreich, wie seinerzeit der Abenteurer Boulanger, die Hoffnungen eines siegreichen Revanchekrieges auf den besoldeten Landesverrat der deutschen Sozialdemokratie stützt. Halbwegs anständig hielten sich auch der „Gaulois“, das „Siècle“ und selbst die „Lanterne“. Natürlich fehlte es daneben aber auch nicht an den wüstesten Schmähungen. Die „Liberté“ warf Bismarck vor: er (?!) habe eine Ära des Hasses inauguriert, die früher oder später Ströme Blutes fließen lassen werde. Der „Rappel“ schimpfte: „Bismarck war ein brutaler und blutdürstiger Feudaler. Seine ganze Geschicklichkeit bestand darin, zu lügen, um zu triumphieren, und zu triumphieren, um zu unterdrücken.“ Das „Petit Journal“ zeterte: „Bismarck habe dem Gott (!) der Heuchelei und des Meuchelmordes gedient, und das, was seine Entstehung der Infamie verdankt“ — was? ist leider nicht gesagt, vielleicht meint das Pariser Käseblatt sich selbst — „könne nicht groß sein.“ Die „Libre Parole“ jauchzte im Jargon des Pariser Gamin, dem der Rohrstock des Lehrers die bessere

Hälfte nicht genügend gegerbt hat: „Der alte Freibeuter kann niemand mehr ein Leid zufügen." Ohne Ahnung von der ungeheuren Komik ihrer Gemeinheiten, strömten Lucien Millevoye in der „Patrie" und Cornély im „Figaro" die ekeln Schleusen ihres Bismarck-Hasses aus. Millevoye schrieb: „Unser Haß wird hoffentlich das Werk Bismarcks überleben. Die Grausamkeiten, die er während des Kriegsjahres 1870/71 begangen hat, sollten in einem Handbuche für die Schuljugend gesammelt werden." Also die Lügenschulbücher, mit denen jetzt schon die armen Kinder Frankreichs versehen werden, sind dem edeln Patrioten noch nicht lügenhaft genug. Welche Meisterschaft in dem sauberen Lügenhandwerk er freilich selbst erklommen hat, geht aus dem Schlusse des Artikels deutlich hervor, wo Bismarck dafür verantwortlich gemacht wird, daß die grauenhafte Versunkenheit Frankreichs, welche der Dreyfus-Handel offenbart, „niederträchtigen Verrätern erlaubt, Frankreich ungestraft zu morden". Von noch weit größerer Begabung für unfreiwillige Komik ist jedoch unstreitig Mr. Cornély, der im „Figaro" — nach einer strotzenden Blütenlese duftigsten Blödsinns über Bismarck — zu dem tiefsinnigen Ergebnis gelangt: „Er war halb Titane, halb Portier, alles in allem sehr modern." Es wäre jedenfalls interessant, wenn uns Mr. Cornély einmal in einer Mußestunde die „modernen Halb-Titanen" Frankreichs vorführen wollte, die ihm bei seinem Phantasiebilde von Bismarck Modell gestanden haben. Die Aufzählung französischer Portiers wollen wir ihm gern schenken. Sie wäre zu umfangreich, da Frankreich damit ja die ganze Welt versorgt. Aus ihrer reichen persönlichen Kenntnis der unsaubersten Elemente verglich endlich die sozialdemokratische „Petite République", ihren Maßstab zur Unzeit an andere legend, Bismarck mit „den größten Verbrechern".

In gleich kindischem Haß tobten sich die Polenblätter, namentlich „Czas" und „Reforma" aus. Der erstere dichtete Bismarck „satanische Bosheit" an. Das Blatt weiß jedenfalls in diesem Kapitel genau Bescheid.

Zum Schlusse dieser gedrängten Wiedergabe einige der zahl-

losen Preßstimmen bei Bismarcks Tod muß noch des wunderlichen Ungeschicks der Berliner Polizei bei diesem erschütternden nationalen Trauerfall gedacht werden. Die meisten deutschen und selbst zahlreiche ausländische Polizeiverwaltungen, z. B. die in Pest, hatten für die Nacht des 30./31. Juli die Vorschriften über die Sonntagsruhe aufgehoben, um den heimischen Blättern die Möglichkeit zu geben, am Morgen des 31. Juli die Trauernachrichten aus Friedrichsruh zu veröffentlichen. Die Berliner Presse bestürmte ihr Polizeipräsidium mit der nämlichen Bitte und stellte dabei vor, daß ja bei „Naturereignissen" die Vorschriften über die Sonntagsruhe nach dem Gesetz überhaupt außer Kraft treten. Darauf erfloß jedoch der großartige Bescheid: „Der Tod des Fürsten Bismarck ist kein Naturereignis."

Auf viele Tausende beliefen sich die Beileidskundgebungen, die als Telegramme, Schreiben und Adressen und meist in Begleitung von Kranzspenden in jenen Tagen und Wochen im Trauerhause zu Friedrichsruh eintrafen. Sie waren schon am 3. August so zahlreich, daß Fürst Herbert bereits an diesem Tage folgende Erklärung in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlichte: „Die zahllosen Äußerungen von tiefem Schmerz und warmem Empfinden, welche dem unauslöschlichen Andenken meines großen Vaters gelten, nehmen einen so überwältigenden Umfang an, daß es unmöglich erscheint, den Leidtragenden für ihre Treue bis über den Tod hinaus im einzelnen zu danken. Aus allen fünf Weltteilen hallt der Kummer, der die Familie an dem Sarge niederbeugt, in rührender Teilnahme wieder, und es thut mir weh, nicht jede Kundgebung beantworten zu können. Ich bitte die deutschen Zeitungen, diesen Worten Aufnahme zu gewähren, und danke im Namen der nächsten Angehörigen von ganzem Herzen allen, die durch Trosteswortе und Blumenspenden von nie gesehener Pracht der Trauer, welche unser Land erfüllt, Ausdruck gegeben haben. H. Bismarck."

Von Zeit zu Zeit teilten die „Hamburger Nachrichten" die durch die Person oder Stellung der Absender bedeutsamsten dieser

Beileidsbezeugungen im Wortlaut mit. Wir unsrerseits können in dem uns zugemessenen Raum nur den kleinsten Teil derselben aufzählen. Sämtliche deutsche Bundesfürsten und Senate der Freien Städte sandten Beileidstelegramme — mit alleiniger Ausnahme des Fürsten von Reuß älterer Linie, in dessen Fürstentum auch keinerlei amtliche Trauerfeier für Bismarck veranstaltet wurde. Auf eine diese peinliche Angelegenheit berührende Frage gab ein orthodox-partikularistischer Hofbeamter des Beherrschers aller Reußen älterer Linie die köstliche Antwort: „Wir kennen keinen Bismarck." Auch die Mitglieder der fürstlichen Häuser Deutschlands kondolierten wohl vollzählig telegraphisch. So vor allem die Kaiserin Augusta Viktoria, die Kaiserin Friedrich, Prinz Heinrich, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, die Prinzessin Heinrich durch Entsendung ihres Hofmarschalls nach Friedrichsruh, Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, Prinz Georg von Preußen, die Prinzen Leopold und Ludwig von Bayern, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, zugleich als Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, der Erbprinz und die Erbprinzessin Reuß jüngerer Linie, Prinz Georg und Friedrich August von Sachsen, der Erbgroßherzog, der Prinz Max und die Prinzessin Wilhelm von Baden, Prinz Bernhard von Meiningen nebst Gemahlin u. s. w.

Auch alle ausländischen Souveräne und Staatslenker sandten herzliche Beileidstelegramme — mit Ausnahme des Zaren und des Präsidenten Faure von Frankreich —, namentlich auch der Papst, der sich schon vor Bismarcks Tod angelegentlich nach dessen Gesundheit erkundigt hatte, der Sultan, der Schah von Persien, der König von Serbien, der Prinz von Wales, Mitglieder des russischen Kaiserhauses, der Kronprinz von Schweden und Gemahlin u. s. w. Die deutschen Minister und Botschafter bezeugten natürlich sämtlich ihr tiefgefühltes Beileid, ebenso Bischof Kardinal Kopp und nicht minder der gesamte deutsche Bundesrat in einer bedeutsamen Adresse. Aber auch die meisten ausländischen Minister und Staatsmänner sprachen telegraphisch ihr herzliches Beileid aus; als einer der ersten Francesco Crispi, dann Graf Goluchowski in

Wien, Baron Banffy in Pest, Graf Paul Schuwaloff, Graf Andrassy, Lord Salisbury, Lord Roseberry, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, White, der türkische und chinesische Gesandte daselbst, Präsident Krüger in Transvaal, General Graf Lanza in Turin, der rumänische Minister Stourdza, zugleich im Namen seines Königs, aus Moskau, Marschall Kamphoevener nebst Familie aus Konstantinopel u. s. w.

Prinzregent Luitpold von Bayern, der schon an die ganze fürstliche Familie Bismarck ein rührendes Beileidstelegramm und einen Kranz von Edelweiß als „letzten Gruß aus Bayerns Bergen" gesandt hatte, ließ sich nicht nehmen, auch dem Grafen Rantzau besonders noch seine Teilnahme auszusprechen, ebenso Prinz Arnulf von Bayern und der Fürst von Hohenzollern. An Bismarcks einzige Tochter, die Gräfin Rantzau, sandten noch besondere Kondolenztelegramme: die Kaiserin Friedrich, Prinzessin Heinrich, die Großherzogin von Baden, die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg, Prinzessin von Preußen, Herzog und Herzogin Karl in Bayern, Großherzogin Marie von Mecklenburg.

Zahllos waren die Beileidsbezeigungen der deutschen und österreichischen Städte und Korporationen, wie z. B. der Handelskammern. Die „Hamburger Nachrichten" erklärten am 9. August, daß außer den von ihnen veröffentlichten Beileidstelegrammen „noch Tausende von hervorragenden Persönlichkeiten, Städten, Vereinen, Handelskammern, Privaten u. s. w. vorliegen. Wir können sie unmöglich alle veröffentlichen. Bei ihrer Durchsicht fiel uns bei allen aus den österreichischen Kronländern und Provinzen — so weit die deutsche Zunge klingt — stammenden Depeschen der besonders herzliche und warme Ton wohlthuend auf, in dem sie durchgehends gehalten sind". Von den in dem Hamburger Blatte veröffentlichten Telegrammen erwähnen wir nur noch diejenigen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, des Verbandes alter Burschenschafter, des Hamburger Bismarck-Denkmal-Komitees, der „Getreuen von Jever", des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des deutschen Handelstages, des Vereins

ehemaliger Matrosen, der Feldartilleristen in Wörth (Elsaß), der Beamten und Arbeiter der „Bismarckhütte“ in Oberschlesien, der österreichischen Studenten u. s. w. und folgender deutscher Kolonien im Auslande: in Mailand, Madrid, Port Elizabeth, Osorno, Mendoza, Mexiko, Bombay, Carth, Durban, San Felice de Guixols, Turin, Batavia, Neapel, Gent, Vitoria, Krems, Linz, Tetschen, Gablonz, Bern, Olmütz, Pera, Tiflis, Olavaria (Buenos Aires). Fürst Herbert dankte am 8. August namentlich dem Bundesrate für dessen Beileidsadresse. Er schrieb u. a.: „Die warme Anerkennung, welche der Bundesrat in vollendeter Form dem Andenken meines entschlafenen Vaters gewidmet hat, und die schönen Worte, mit denen die hohe Körperschaft seiner Thaten gedenkt, werden für alle Zeiten sein Gedächtnis ehren und eines der wertvollsten Stücke des Familien-Archivs bilden.“

Die Zahl der in Friedrichsruh eingelaufenen Kränze belief sich auf 1292 und das Verzeichnis derselben und ihrer Geber füllte vier der großen Spalten der „Hamburger Nachrichten“. Es ist daher unmöglich, hier auch nur einen kürzesten Auszug dieses Verzeichnisses zu veranstalten. Nur soviel kann gesagt werden, daß sich an diesen Kranzspenden die in den entferntesten Orten der Erde wohnenden Deutschen ebenso eifrig beteiligten wie die in der Heimat weilenden, und daß viele der Geber sich gedrungen fühlten, ihre Kranzspende in Friedrichsruh persönlich zu überreichen oder durch besondere Abgesandte überreichen zu lassen; so namentlich Prinz-Regent Luitpold von Bayern, König Albert von Sachsen, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzessin Heinrich von Preußen, der Hamburger Senat, die württembergische Regierung, Fürst Hohenlohe, das preußische Herrenhaus, der deutsche Reichstag (einstweilen vertreten durch die Abg. Spahn und Bachem), die Stadt München durch ihren Bürgermeister v. Brunner, die Berliner Studentenschaft und der Berliner Bismarck-Denkmals-Ausschuß u. s. w. Am 9. August erließ Graf Wilhelm Bismarck, bekanntlich Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, in den Königsberger Blättern folgende Danksagung: „Die vielen Beweise der

Teilnahme, welche mir aus Anlaß des Hinscheidens meines Vaters zugegangen sind, haben mich tief bewegt, weil sie nicht nur die persönliche Anhänglichkeit an den Verewigten bekunden, sondern auch die treue Hingabe an sein Werk und die Gesinnungen, die er sein Leben lang hochgehalten und bethätigt hat. Wird mein Herz gehoben durch die große Zahl der Trauerbezeugungen und herrlichen Blumenspenden, so ist es mir doch nicht möglich, seinem Drange folgend, jedem einzelnen zu danken. Ich bitte alle Freunde, insbesondere die Angehörigen der meiner Verwaltung anvertrauten Provinz, dem Gefühle meiner innigen Dankbarkeit an dieser Stelle Ausdruck geben zu dürfen."

Auch die Trauerfeiern zu Ehren des teuern Entschlafenen waren in Deutschland wie im Auslande — „so weit die deutsche Zunge klingt" — zahllos und auch in den kleinsten Orten durch die Wärme der Ansprachen und das wehmütig-begeisterte Andenken der Versammelten an den großen Toten erhebend. Natürlich können wir aus dieser ungeheuren Zahl nur ganz wenige Feiern herausheben, deren besondere Erwähnung unumgänglich ist. Wie tief diese Trauer aus dem Innersten der Volksseele zutage trat, ließ sich am besten daraus erkennen, daß wohl alle deutschen Städte Trauergepränge anlegten, lange bevor der Kaiser, die Landesfürsten und Freien Städte amtliche Verordnungen über Entfaltung öffentlicher Trauerabzeichen sowie über Hof-, Armee- und Flottentrauer erlassen hatten. Ja, auch viele ausländische Städte zollten durch Aufsteckung von Trauerfahnen u. s. w. dem großen Entschlafenen den Tribut frommen Gedenkens, so z. B. der große Seebadeort Scheveningen. In der St. Paulskirche in London schloß der Diakonus Sinclair schon am Sonntag den 31. Juli die Predigt mit einem sympathischen Hinweis auf Bismarck und Deutschland. An demselben Tage hielt auch der Pastor Freimark in der deutschen Kirche im Haag bereits einen Trauergottesdienst zum Gedächtnis des Fürsten Bismarck, des Begründers der deutschen Einheit. Rührend war auch der Eifer der deutschen Lehrer, ihren Schülern — auch ohne allen Befehl von oben, wie z. B. in Preußen —,

bei Wiederbeginn der Schulen nach den großen Sommerferien, die Bedeutung Bismarcks in feierlichen Ansprachen einzuprägen. Die meisten deutschen Gymnasien und höheren Lehranstalten hielten stattliche Trauerfeiern ab. An den deutschen Hochschulen, Akademien und Polytechniken benützte fast jeder Dozent seine erste Vorlesung nach dem 31. Juli zu einer warmen Würdigung Bismarcks, und von keiner dieser hohen Schulen gingen die Studenten in die Ferien, ohne „ihrem Bismarck“ in erhebenden Trauerfeiern den gebührenden Dank unauslöschlicher Liebe und Verehrung zu zollen. In Bonn regte die Studentenschaft den überall mit Begeisterung aufgenommenen Gedanken an, daß die deutsche Studentenschaft von sich aus durch eine jährliche Gedächtnisfeier dem Fürsten Bismarck eine für immer unvergängliche Ehrung bereite.

Von den überall gleich würdigen Trauerfeiern deutscher Städte erwähnen wir nur diejenigen der Reichshauptstadt Berlin, wo der Kaiser selbst den ersten feierlichen amtlichen Trauerakt in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche befohlen hatte und diesem in Begleitung der kaiserlichen Familie und aller Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, der Vertreter der Universität, der Armee, der gesamten Diplomatie u. s. w. am 4. August persönlich beiwohnte. Von auswärts war u. a. der Minister Brauer aus Baden zu dieser Feier eingetroffen. Alle Banken und Läden in Berlin waren geschlossen und tiefe Feiertagsruhe über die Hauptstadt ausgebreitet. Die Trauerrede hielt der Generalsuperintendent Faber. Am Sonntag den 7. August ward dann in dem großen Saale des neuen Kgl. Opernhauses eine vom Berliner Bismarck-Ausschuß veranstaltete, von großen Volksmassen besuchte Trauerfeier der Reichshauptstadt abgehalten, bei welcher Geheimrat Professor Dr. Kahl die Festrede hielt und Ernst von Wildenbruch mit großer Wärme und tiefer Empfindung folgende von ihm verfaßten Verse vortrug:

Sprecht es nicht laut in die Welt hinaus,
Redet leis, es ist Trauer im Haus,
Trauer im Hause Deutschland und Not,
Bismarck ist tot,
Unser Bismarck ist tot.

Leise, bis daß wir in Einsamkeit
Fertig geworden mit unserem Leid,
Mit dem blutigen Riß in der Brust,
Mit der Vernichtung, mit dem Verlust.
Daß nicht in dieser heiligen Stunde
Lästernd ein Ton uns von außen verwunde,
Schadenfreuend an unserer Not:
Bismarck ist tot,
Euer Bismarck ist tot.

Ja, er ist tot, dahin unser Held.
Sagt es den Deutschen in aller Welt,
Denen hier drinnen im Vaterland,
Denen dort drüben über dem Strand;
Sagt es dem Mann, der den Acker beschreitet,
Dem, der in Städten sein Handwerk bereitet,
Sagt es den Fürsten auf ihren Thronen,
Denen, die draußen am Zaune wohnen;
Sagts den Unwissenden, sagt es den Weisen,
Reichen und Armen, Kindern und Greisen,
Männern des Schwertes, Männern der Feder,
Höre und wisse und fühle ein jeder:
Er ist dahin, tief unsere Not,
Bismarck ist tot,
Unser Bismarck ist tot.

Wille, der niemals im Wollen erschlafft,
Sorge nie rastende, schaffende Kraft,
Zündendes Wort, tief gründiger Rat,
Weises Erwägen, schlagende That,
Immer beansprucht, nimmer vergebens,
Immerdar wirkende Quelle des Lebens,
All' dieser Reichtum, all' diese Welt,
Ganz nur für Deutschland zum Dienste gestellt.
All' diese Fülle, die uns gemessen,
Die wir noch gestern, noch gestern besessen.
Heute dahin in zermalmendem Schlage,
Heut' noch Erinnerung, morgen schon Sage.
Deutschland sei wach, fühl' Deine Not!
Bismarck ist tot,
Dein Bismarck ist tot.

Deutschland sei wach!
Wahr' deine Sach';
Wahre dein Leben, werde nicht schwach!
Kyffhäuser-Raben, die da entschliefen,
Steigen krächzend aus nächtigen Tiefen,
Himmel wird dunkel, die Luft wird schwer,
Eckart der Treue scheucht sie nicht mehr.
Eckart der Treue ruht aus von Thaten,
Kann nicht mehr helfen, kann nicht mehr raten.
Hilf dir selber in deiner Not,
Sonst ist er tot,
Bismarck für immer dir tot.

Laß nicht den Bismarck sterben in dir!
Gib es nicht her, das errung'ne Panier!
Laß in Vergessens Erbärmlichkeit
Nicht versinken die heilige Zeit,
Die uns den Kaiser gab und den Vater,
Wilhelm und Bismarck, seinen Berater.
Siehst du die Feinde? Hörst du sie flüstern,
Wie sie die Beute schleichend umlüstern?
Strafe sie Lügen, mach' sie zu Schand',
Wolle dich selber, deutsches Land!
Wolle dich selbst, zwinge die Not!
Bismarck war tot, ist nicht mehr tot.
In deiner Seele, die sich erhebt,
Steht er dir auf, kommt wieder und lebt,
Kommt und ist da, allgegenwärtig und nah,
Deutschland, dein Bismarck, er lebt!

Tags zuvor, am 6. August, hatte schon Hamburg seine gewaltige Trauerfeier gehalten. Hier war sofort beim Tode des Fürsten der Plan aufgetaucht, für ein in der Hansestadt zu errichtendes Bismarck-Denkmal eine halbe Million aus freiwilligen Beiträgen der Bürgerschaft aufzubringen und im August waren hiefür schon 400000 Mark, bis zum Schlusse dieses Werkes aber (Mitte Oktober) fast der ganze große Betrag bereits beisammen. Auch viele andere deutsche Städte, so namentlich Karlsruhe, beschlossen beim Heimgang des Fürsten diesem ein Denkmal zu errichten.

Von den übrigen deutschen Trauerfeiern wird die der Stadt

Leipzig am 7. Aug. deshalb hier erwähnt, weil hier der Geh. Kirchenrat Superintendent Dr. Pank die Gedächtnisrede hielt, der dem Fürsten Bismarck nahe gestanden war. Er knüpfte die Rede an die Grabinschrift, die Bismarck für sich verlangt hatte: „Ein treuer deutscher Diener des Kaisers Wilhelm I." und führte aus, wie vollkommen in Wahrheit Bismarck „ein Diener seines Kaisers, ein deutscher Diener, ein treuer deutscher Diener gewesen." Diese Darlegung wurde durch zahlreiche persönliche Erinnerungen des Redners an den Fürsten und sein Haus belebt. So erzählte Bismarck dem Redner, er habe bei Kaiser Friedrichs Thronbesteigung seine Entlassung einreichen wollen. „Aber vor den bittenden Augen des Kaisers entfiel mir mein ganzes inneres Konzept; ich legte ihm meine Dienste zu Füßen. Wie oft haben mich seine Dulderaugen dankbar angeblickt, wenn ich von seinem Krankenbette ging. Diese Augen lassen mich noch heute nicht los." Auch dem Kaiser Wilhelm II. habe Fürst Bismarck Treue bewahrt und bewiesen. Dr. Pank sagte darüber wörtlich: „Gewiß, es war die schwerste Probe seiner Treue, die sein Innerstes erbeben machte. Aber es thut not, öffentlich zu kündigen und zu zeugen, wie rein, erhaben rein auch hier der Schild seiner Treue geblieben. ›Schändlich‹, sagte er, ›wenn man mir etwas zutraut, was Reich und Kaiser Schaden bringt. Er ist und bleibt mein Kaiser; er hat vielleicht an mir einen seiner letzten besten Unterthanen‹."

Endlich erwähnen wir noch die großartige Trauerfeier der Stadt München, die am 12. August stattfand, in ihrer künstlerisch-vollendeten Anlage und Ausführung jedenfalls eine der ergreifendsten unter allen. Sie ward bei Dunkelheit auf dem Königsplatze vor den prächtigen Propyläen abgehalten und nahm einen überaus weihevollen Verlauf. Zu etwa fünfzig Tausenden hatten sich Einheimische und Fremde, mit ihnen Vertreter der Behörden und Vereine eingefunden; auch mehrere Prinzen des königlichen Hauses und Vertreter der Diplomatie waren anwesend. Um den künstlerischen Sarkophag, der vor den trauergeschmückten Propyläen aufgestellt war, brannten Fackeln und Feuerkränze. Unter Fanfaren und

einem Trauermarsche und bei der wirkungsvollen Beleuchtung legten Deputationen von über tausend Vereinen, die mit Fahnen zugegen waren, Kränze an dem Sarkophage nieder. Darauf ein Chorgesang. Die Feier schloß mit dem von den vielen Tausenden gemeinsam gesungenen Liede: „Die Wacht am Rhein.“

Wie bei den Beileidsbezeugungen nach Friedrichsruh, so wetteiferten auch in den Trauerfeiern für den toten deutschen Nationalhelden alle österreichischen Städte mit den reichsdeutschen. Wie tief dort die dankbare Verehrung für Bismarck in alle Schichten der deutschen Bevölkerung eingedrungen ist, offenbarte in rührender Weise folgendes Privattelegramm der „Hamburger Nachrichten“ aus Wien vom 5. August: „Aus Lienz im Pusterthale wird gemeldet: Zur Ehrung des Gedächtnisses Bismarcks wurde von einer kleinen Schar beherzter Lienzer Männer eine 9 Meter lange und 2 Meter 40 Centimeter breite schwarze Fahne auf dem in den Lienzer Dolomiten gelegenen 2740 Meter hohen Spitzkofel gehißt.“ Der Trauerfeier der Deutschen in Davos (Graubünden) wohnte der Großherzog von Baden mit Gemahlin bei. Auch die deutschen Kurgäste im benachbarten Klosters veranstalteten ihre Bismarckandacht. Von den zahllosen Gedächtnisfeiern der im Ausland ansässigen Deutschen erwähnen wir nur die der deutschen Kolonie in Petersburg, Stockholm, Havanna, Shangai — auch unserer neuen Kolonisten in Kioutschau — und in St. Paulo in Argentinien, wo auch die Deputiertenkammer dem verstorbenen deutschen Staatsmann schon am 1. August eine herzliche Huldigung darbrachte. Die ganze Nummer der deutschen „La-Plata-Zeitung“ in Buenos Aires vom 2. August war dem Andenken des Fürsten Bismarck gewidmet. An den vortrefflichen Leitartikel knüpften sich folgende stimmungsvolle Verse:

Bismarck †.

Vom Sachsenwalde ward die Trauerkunde
Mit Blitzesschnelle in die Welt getragen,
Und überall, wo deutsche Herzen schlagen:
„Bismarck ist tot!“ tönt es von Mund zu Munde.

Tot, Bismarck tot! Er, der zu starkem Bunde
Das deutsche Volk geeint in kühnem Wagen;
Der es zu Macht erhob aus bangem Zagen,
Bismarck ist tot. Oh, trauervolle Stunde!

Ja, er ist tot; doch noch in späten Tagen,
Vom gold'nen Schein der Glorie licht umgeben,
Wird in die Zeit hinein sein Bildnis ragen;
Nie welker Kranz wird seinen Ruhm umweben.

Vom Fürsten Bismarck singen wird und sagen
Der deutsche Mund, so lang noch Deutsche leben!

Nur durch wenige Unziemlichkeiten und Gemeinheiten wurde das deutsche Volk in seiner Nationaltrauer gestört. Zu den ersteren rechnen wir die unglaubliche Taktlosigkeit der kgl. Badeverwaltung in Nauheim, nach einem feierlichen Prolog zum Andenken an Bismarck im Kurtheater die Aufführung einer Posse zu gestatten. Der größte Teil der Theaterbesucher verließ empört seine Plätze. Zu den Gemeinheiten aber ist zunächst jener nächtliche Einbruch der Hamburger Photographen Wilke und Priester in das Sterbezimmer in Friedrichsruh noch in der Sterbenacht zu rechnen, in das sie an der Hand eines bestochenen Försters eindrangen, um bei Magnesiumbeleuchtung zwei Aufnahmen des Totenantlitzes zu machen und mit Hilfe dieses Raubes reiche Leute zu werden. Die fürstliche Familie erwirkte sofort die gerichtliche Beschlagnahme der beiden erstohlenen Platten und ein richterliches Verbot jedes Verkaufs von Abzügen dieser Platten, bei sechs Monat Haft für jeden Zuwiderhandlungsfall — wie das Amtsgericht Hamburg bestimmte. Das Landgericht Hamburg setzte — auf Berufung der Frevler! — eine für solche Menschen noch empfindlichere, noch sicherer wirkende Strafe: 20000 Mark für jede Zuwiderhandlung. Dieser Leistung von Wilke und Priester ebenbürtig ist die des Berliner Malers Grosser, der dem „Berliner Lokal-Anzeiger" mehrere „Bilder" des toten Fürsten mit der Versicherung aufschwatzte, daß Grosser die Skizzen am Sterbebett gezeichnet habe. Das Berliner Sensations-

blatt fiel natürlich darauf hinein.*) Als aber der edle Künstler auch bei andern Blättern, z. B. den „Leipziger Neuesten Nachr.“, mit seinen angeblichen „Aufnahmen nach der Natur“ hausieren ging, erkundigten sich diese erst in Friedrichsruh und erfuhren, daß der wackere Mann gar nicht dort gewesen sei!

Das Berliner Blatt, das diese traurigen „Bilder“ brachte, trug auch nicht das geringste Bedenken, dem Wunsche und Erwerbssinne des Herrn Dr. Moritz Busch entsprechend, das angebliche Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck vom 18. März 1890 zu einer Zeit abzudrucken, da die teure Leiche in Friedrichsruh kaum kalt geworden war! Das treffliche Blatt und sein ebenbürtiger „Lieferant“ mußten also schon längst mit Ungeduld auf die Todesstunde Bismarcks gewartet haben. Die Urkunde lautet in der von Dr. Busch veröffentlichten Abschrift und Fassung:

„Berlin, 18. März 1890.

„Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende alleruntertänigste Darlegung.

„Für die Stellung eines »Präsidenten des Staatsministeriums« war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden und es wurde zuerst auf dem vereinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines »Premier-Ministers« anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden »Präsidenten des Staatsministeriums« ernannt in Graf Arnim, Camphausen,

*) Prof. Schweninger sagte beim Anblick dieser Machwerke entsetzt zu Graf Hoensbroech: „So hat mein Fürst nicht ausgesehen!“

Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinetts, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnis mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich nicht dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinetts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und sie würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden und auch darüber, daß

auch jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfnis noch stärker hervortreten, wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich meinen Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicher zu stellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Euerer Majestät sicher zu stellen.

„Aus vorstehenden Gründen bin ich außer stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

„Nach den Mitteilungen, welche mir der General von Hahnke, und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner

Ämter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen alles beim alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem, bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. ds. Mts. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, dessen ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik und so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände, wie der bayerischen oder sächsischen, und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in .... gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu ... unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat und

deren über Erwarten große Bedeutung mir ... nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

„Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Euerer Majestät Civil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinen Entlassungsgesuche den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Euerer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. gez. von Bismarck."

Bekanntlich erhoben die der fürstlichen Familie nahestehenden Preßorgane gegen diese Veröffentlichung den doppelten Einwand: erstens, daß Herr Dr. Busch dazu in keiner Weise berechtigt gewesen sei, sondern das Vertrauen des verstorbenen Fürsten gröblich mißbraucht habe; und zweitens, daß die von ihm mitgeteilte Fassung des „Entlassungsgesuchs" nicht richtig sei. Ich kann beide Einwände nach persönlichen Mitteilungen Bismarcks an mich als zu-

treffend bestätigen. Denn obwohl mir der Fürst auf meine persönliche Bitte an ihn: mir für meine geschichtlichen Werke Fragen über neuere und neueste Zeitereignisse zu gestatten, im Sommer 1892 durch Herrn Dr. Chrysander hatte erwidern lassen: „Ich sei ihm jederzeit und an jedem Orte willkommen,“ und Fürst Bismarck auch in Varzin und Friedrichsruh jede meiner Fragen eingehend beantwortet hatte, lächelte er doch, wie über eine ungewöhnliche Kühnheit, als ich am 29. April 1893 in Friedrichsruh ihn fragte: ob ich nicht auch den Wortlaut seines Entlassungsgesuches mitteilen dürfe? Darauf aber wurde er ernst und sagte etwa: „Nein, das muß von Berlin aus veröffentlicht werden, durch mich darf es niemand thun. Es ist eine Staatsschrift.“ Das beweist, daß Herr Dr. Busch diese „Staatsschrift“ gegen den Willen des Fürsten veröffentlicht hat. Was dagegen die Schrift selbst anlangt, so sagte mir Bismarck, daß er drei Tage daran gearbeitet habe und daß sie „sehr umfänglich“ geworden sei. Das von Busch mitgeteilte Schriftstück würde die Arbeitskraft eines Bismarck kaum drei Tage lang beschäftigt haben, von ihm auch schwerlich als „sehr umfangreich“ bezeichnet worden sein. Vor allem aber fehlt darin sehr viel von dem, was Fürst Bismarck mir dann weiter unter dem Siegel der Verschwiegenheit aus dem Inhalt des „Entlassungsgesuches“ selbst mitteilte.

Der eben dargelegte und in seiner (bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen) Schrift „Bismarck und sein Werk“ von Herrn Dr. Busch dann weiter fruktifizierte Mißbrauch des „Entlassungsgesuches“ ist aber noch eine Kleinigkeit im Vergleich zu den Leistungen, die Herr Dr. Busch durch seine Klatschveröffentlichungen in französischen und englischen Blättern und durch Herausgabe seines dreibändigen Klatschwerkes in englischem Verlag gegen das Andenken seines erhabenen toten „Chefs“ verübte. Die französische Presse jubelte dabei: der ganze Dreyfus-Skandal werde durch den von Herrn Busch angerichteten in Schatten gestellt. Die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, welche das Verlagsrecht an diesen Zukunfts-„Werken“ des Herrn Dr. Busch ursprünglich erworben

hatte, entließ ihn und die Firma S. Hirzel in Leipzig aus jeder persönlichen und Schadensersatzpflicht mit der Erklärung: daß der Cotta'sche Verlag solche Machwerke nie angenommen haben würde. Die gesamte deutsche Presse war einstimmig in der Verurteilung dieses geldhungrigen Pensionärs von Bismarcks Gnaden, den der Fürst selbst so schnell und richtig durchschaut hatte, daß er ihn schon nach einem einzigen Dienstjahr, im Frühjahr 1871 entließ. Wir können uns daher begnügen, einige Urteile der „Hamburger Nachrichten“ über diesen Skribenten, seine auri sacra fames und seine „Werke“ mitzuteilen. Am 29. September schrieben sie:

„In Sachen Busch. Von einigen Blättern wird nach scharfer Verurteilung der Busch'schen Veröffentlichungen die Frage aufgeworfen, wie Fürst Bismarck mit einem solchen indiskreten und subalternen Mann habe in Beziehung stehen können. Wir bemerken dazu, daß Herr Busch diese Beziehungen lediglich Lothar Bucher verdankte, dem Fürst Bismarck jederzeit unbedingtes Vertrauen schenkte und der sich seinerseits in Herrn Busch, trotz mehrfacher Warnungen, täuschte. Busch war mit Lothar Bucher, soviel wir wissen, in früheren Jahren außerhalb Deutschlands bekannt geworden und nach unseren Informationen war seine Berufung 1870 ins Hauptquartier als publizistischer Mitarbeiter des mobilen Auswärtigen Amtes durch Bucher veranlaßt worden. Ebenso verhielt sich die Sache nach der Entlassung des Fürsten. Lothar Bucher war damals mit dem Ordnen der Papiere betraut und da er diese Arbeit, namentlich wegen seines gichtischen Leidens in den Fingern, nicht allein bewältigen konnte und eines Gehilfen bedurfte, wählte er Herrn Busch dazu aus, obwohl ihm von Mitgliedern der fürstlichen Familie ernste Zweifel an dessen Zuverlässigkeit und Diskretion ausgesprochen wurden. Bucher wollte diese Zweifel nicht gelten lassen, behauptete vielmehr, daß sie auf Mißgunst beruhten und daß Busch vollkommen treu und zuverlässig sei. Wenn Lothar Bucher die jetzigen Publikationen seines vormaligen Schützlings erlebt hätte, so würde er bei seinem ausgeprägten Sinn für Redlichkeit, Diskretion und Anstand, sowie bei seiner treuen Ver-

ehrung für den Fürsten zweifellos nicht einen Augenblick zögern, sie aufs schärfste zu verurteilen und zu bekennen, daß er sich in Busch getäuscht habe. Auf eine Richtigstellung oder Widerlegung der Klatschereien des neuesten Busch'schen Buches unsererseits im einzelnen einzugehen, verlohnt nicht der Mühe, nachdem sie von den meisten deutschen Zeitungen schon nach Gebühr kritisiert und Herrn Busch dabei viele historische Unrichtigkeiten und Gedächtnisfehler nachgewiesen sind. Erwähnt sei noch, daß Busch nach seinem Friedrichsruher Aufenthalte vom März 1891 nur noch einmal, im Mai 1893, auf ganz kurze Zeit beim Fürsten Bismarck geweilt hat und daß er inzwischen von verschiedenen Schlaganfällen heimgesucht worden sein soll.“

Bezeichnenderweise nahm sich die „Magdeburgische Zeitung“ des also Gekennzeichneten an, mußte sich darauf aber von den „Hamburger Nachrichten“ am 3. Oktober gebührend zurechtweisen lassen: „Die »Magdeburger Zeitung« hat unrecht, wenn sie in ihrer Sonnabend-Nummer (den 1. Oktober) von »thatsächlichen Irrtümern« unseres Artikels vom 29. v. Mts. über M. Busch spricht: sie erbringt auch nicht den Beweis für ihren Pluralis, sondern bemängelt lediglich die eine Angabe, daß M. Busch auf Buchers Veranlassung 1870 in das Hauptquartier berufen wurde, indem sie erwähnt, daß er bereits im Februar 1870 im Auswärtigen Amt erschienen*) sei. Letztere Thatsache haben wir nie bestritten und sie hat mit unserer Mitteilung nichts zu thun; das »Hauptquartier« existierte erst seit dem Abgang des Königs Wilhelm zur mobilen Armee — 31. Juli 1870 — und die wenigen Beamten des Auswärtigen Amtes, die den Fürsten Bismarck begleiten sollten, mußten selbstverständlich ausdrücklich »in das Hauptquartier berufen« werden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß gewisse

*) Dieses Wort „erschienen“ ist eine köstliche Persiflage auf die ungeheure Wichtigkeit, die Herr Dr. Busch sich selbst in seinen „Werken“ „Graf Bismarck und seine Leute während des Kriegs 1870/71“, „Unser Reichskanzler“ und leider auch jetzt wieder beimißt.

Zeitungen besonders gehässige Teile der Busch'schen Klatschgeschichten, von denen sie je nach ihrem Geschmack eine Auswahl getroffen haben mögen, ohne Vorbehalt abdrucken, als ob sie sie für historische Wahrheit hielten. Durch solches Verfahren stellen sich diese Zeitungen auf das moralische Niveau des Herrn Busch und dokumentieren sich als seine Geistesverwandten. Unsere erste am 21. v. Mts. gefällte Kritik, daß die Veröffentlichungen des Herrn Busch als Geschichtsquelle wertlos seien, hat sich im vollsten Maße als begründet erwiesen, nachdem die drei englischen Bände vorliegen: es ist das auch nicht verwunderlich, wenn man sich die Entstehung des Buches vor Augen hält; in den 22 Jahren von 1871—93 hat Herr Busch den Fürsten Bismarck nur in jahrelangen Zwischenräumen und in der Regel nur zu kurzen Besprechungen gesehen und daher das meiste Material zu seinen Publikationen auf Hörensagen Dritter basieren müssen, deren Mitteilungen er möglichst sensationell gefärbt zu haben scheint. Die englischen Worte des Titelblattes: „A diary kept by Dr. Busch during 25 years official and private intercourse with the great Chancellor“ (»Ein Tagebuch, geführt während 25jährigem amtlichen und privaten Verkehr mit dem großen Kanzler«) laufen mithin auf eine grobe Täuschung hinaus, die den falschen Glauben erwecken soll, als ob Herr Busch in jedem Jahre häufigen Zutritt zu dem Fürsten Bismarck gehabt habe.“

Der Beginn der vielgenannten „Memoiren Bismarcks“ erscheint im November d. J. im Cotta'schen Verlag. Das Werk führt den Titel „Gedanken und Erinnerungen“, ist also durchaus keine vollständige Selbstbiographie des Fürsten, wie anfangs vielfach behauptet wurde. Dagegen soll Bismarck diese „Gedanken und Erinnerungen“ selbst diktiert und eigenhändig durchkorrigiert haben. Sie sind von Professor Horst Kohl mit einer Einleitung und kurzen orientierenden Noten versehen und sollen dem Vernehmen nach bis zum Tode Kaiser Friedrichs III. reichen.

Die zahllosen Erinnerungen an Bismarck, welche aus Anlaß seines Todes in der gesamten deutschen Presse auftauchten, förderten

zwar meist nur die ältesten Anekdoten aus seinem Leben zu Tage, von denen jeweilig nur die betreffenden verehrlichen Redaktionen harmlos versicherten, daß jene ollen Kamellen „unseres Wissens noch gänzlich unbekannt“ seien. Aber bei manchen dieser Erinnerungen trat die edle Natur des heimgegangenen Nationalhelden doch auch in neuen heiteren und ernsten kleinen Begebenheiten seines Lebens zu Tage. Namentlich aber übten die nationalen Blätter die Ehrenpflicht, das Bild des großen Toten rein zu halten von den garstigen Anschwärzungsversuchen, die seine Gegner auch nach seinem Abscheiden nicht unterließen. Hier, wie an vielen der Begebenheiten, welche dieses Werk erzählt hat, wurde nachgewiesen Bismarcks große Herzensgüte; seine stille, prunklose, hingebende Wohlthätigkeit, die niemanden unverdienter als ihn dem häßlichen Vorwurf des Geizes ausgesetzt erscheinen läßt; seine edle Persönlichkeit, die auch den Vorwurf, er sei ein „Hasser“ gewesen, deutlich als Verleumdung offenbart; seine uneigennützige Genügsamkeit, die den mächtigsten Mann Europas nur ein — nach seinem fürstlichen Stande — bescheidenes Vermögen sammeln ließ, endlich seine unablässige Hingebung und Pflichterfüllung im Dienste des Staates und Vaterlandes, die allezeit sein einziger „Polarstern“ war, ihn bis zum letzten Atemzuge beseelte und noch in seinem letzten amtlichen Schriftstück, dem „Entlassungsgesuche“, im Gegensatze zu der ihm von seinen Feinden angedichteten „Herrschsucht“ das treueste Festhalten an den unerschütterlichen Grundlagen des konstitutionellen Staatslebens bekundet. Von all diesen wehmütig ergreifenden Erinnerungen führen wir nur diejenigen wörtlich an, die sein treuer Arzt, Professor Schweninger, dem Grafen Hoensbroech mitteilte: „Wie oft hat Fürst Bismarck mir nicht gesagt, seine Entlassung im Jahre 1890 sei sein Todesurteil gewesen. So war es auch. Der Lebensinhalt war ihm geraubt; die überschüssige Kraft hatte kein geeignetes Feld der Bethätigung mehr. Und dann der Seelenschmerz! Die alten Römer, das wiederholte er mir oft, gingen freiwillig aus dem Leben, wenn sie vom öffentlichen Schauplatz ihres Wirkens abtreten mußten (und dann zählte er die Namen

aus dem Altertum auf); für mich ist das aber nicht. — Ihn über unsere politischen Verhältnisse sprechen zu hören, oft in langen Stunden der Nacht, welcher Genuß war das! Wie konnte das innere Feuer ihn dann packen; wie fuhr er dann zuweilen los! Noch nicht lange ist es her, bei einem Gespräch über Politik — es war ein bestimmter Gegenstand, der hier besser nicht genannt wird —, da griff er mit beiden Händen nach dem Kopf und brauste auf: Könnte ich doch in die Schweinerei mal hineinfahren und ihnen sagen, wohin das führt! Aber Sie wissen, Schweninger, meine Trompete gibt keinen Ton mehr, sie ist durchschossen. Trübe sah er in die politische Zukunft: Wir gehen schweren und schwierigen Zeiten entgegen. — Was hat man nicht über seinen Genuß geistiger Getränke gefabelt! Nun wohl, seine Natur bedurfte dieser Anregung. Ich brauche einen Aufguß, sagte er. — Wissen Sie, was ein bewundernswerter Charakterzug Bismarcks war? Seine nie versagende, stets sich gleichbleibende Höflichkeit und Rücksichtnahme. So etwas kennt man heutzutage nicht mehr. Es war die feine, durchgeistigte Höflichkeit der alten Schule, gegen jedermann, ob Dienstbote oder Minister. Doppelt eindrucksvoll wirkte die Höflichkeit bei ihm, dem Riesen an Körper und Geist. Er konnte reden worüber auch immer, es war fesselnd, gedankentief, eigenartig. Vielleicht schreibe ich einmal einen Aufsatz: Bismarck als Arzt. Seine Äußerungen über Gesundheit und Körperpflege haben mich viel gelehrt, so wenig fachmännisch sie auch waren. — Erstaunlich bei seinem Temperament war die Ruhe und Langsamkeit seines Pulses. Kaum 60 Schläge in der Minute; nach der Gelbsucht noch weniger. Großartig war auch seine Atmungsfähigkeit; mit einem Atemzug in der Minute kam er mit Leichtigkeit, wenn's hätte sein müssen, aus. Sein Wesen, das ich wie kaum einer kennen gelernt habe, war Einfachheit, Schlichtheit. Von ihm galt nicht das Wort: Vor seinem Kammerdiener ist niemand groß."

So zeigen uns denn auch die letzten Lebensjahre unseres Helden und alle die Trauerklagen und Erinnerungen bei seinem Abscheiden sein teures Bild in denselben Zügen und in demselben

Lichte, wie zu der Zeit, da der Verfasser die Geschichte dieses großen Lebens bis zur Mitte des Jahres 1895 führte und mit den Worten abschloß: „Wenn wir sie alle an uns vorüberwandeln lassen die Heldenkaiser der alten Tage, wo hat ein einziger das vollendet, was vor unseren Augen mit Bismarcks Hilfe Kaiser Wilhelm I. vollbrachte? Wo ein einziger das, was unter Bismarcks Rat und Arbeit die Gegenwart an fester Staatsordnung künftigen Jahrhunderten überliefert? Das ist Bismarcks große Errungenschaft für Kaiser und Reich, für sein deutsches Volk, ja für den Frieden der Welt! Deshalb ist Bismarck und Deutsch uns gleichbedeutend und wird es bleiben immerdar!"

Wie ein Echo dieser Worte schließt die große Gedächtnisrede, die in der jüngsten Trauerfeier für Bismarck, im kaufmännischen Verein zu Hamburg, am 5. Oktober der dem Verfasser persönlich bekannte Historiker Professor Dr. Wilhelm Busch aus Tübingen, ein Schüler von Wilhelm Maurenbrecher, hielt:*) „Der Ausgang des Krieges gegen Frankreich hat uns unerwartet schnell Kaiser und Reich verschafft, das Reich so wie Bismarck sich dasselbe von Anfang an gedacht hatte und in dessen Apparat er geschickt den Partikularismus hineingebracht, indem er denselben zwang, dem nationalen Gefühl sich dienstbar zu machen. Dieses Reich hat Bismarck dem deutschen Volke hinterlassen. Es bildet die Summe des von ihm Geleisteten und niemand hat dem deutschen Volke so viel gegeben, als gerade Bismarck. Dem lebenden Staatsmanne pflegt im allgemeinen die Volkstümlichkeit zu fehlen, Fürst Bismarck hat darin eine Ausnahme gemacht, weil nach dem geführten erbitterten Kampf die überwältigende geistige Größe des Mannes in das hellste Licht gelangt ist, der den Mittelpunkt des ganzen deutschen Geisteslebens gebildet hatte. An Feinden hat es ihm ja auch bei Lebzeiten nicht gefehlt, im höchsten Grade verächtlich aber ist es, wenn nach seinem Tode noch derartige, auf Mißbrauch des Vertrauens basierende infamierende Anfeindungen in die Welt

*) Nach dem Bericht der „Hamb. Nachr." vom 6. Oktober.

geschickt werden, wie dies in jüngster Zeit leider geschehen ist. Bismarck hat Feinde gehabt, weil er oftmals zu gewaltsamem Vorgehen gezwungen gewesen ist. Ohne solches Vorgehen würden wir indes auch jetzt das Deutsche Reich noch nicht haben. Aber der Haß wird verstummen, wo die Gestalt des geschichtlichen Helden immer mehr anwächst, und die Enkel der jetzigen Generation werden denjenigen noch als glücklich preisen, der die Bismarck'sche Periode miterlebt, der seinem Worte gelauscht, seinen klaren, vollen Blick bewundert hat. Die Enkel werden in Bismarck nur noch den Abglanz einer großen herrlichen Vergangenheit sehen. Dies ist das Empfinden aller, welche am Grabe Bismarcks trauern, und dies thut das ganze deutsche Volk. Nur einmal hat man in Deutschland eine gleiche Trauer empfunden, als nämlich vor zehn Jahren unser alter Heldenkaiser Wilhelm I. dahingeschieden ist. Jetzt ruht auch der treueste Diener dieses Kaisers im Sachsenwalde, zu welchem so oft Festgrüße aus allen Teilen Deutschlands hinübergesandt worden sind. Mit seinem Hinscheiden ist es, als ob die große Zeit Deutschlands mit ihrem stärksten Träger noch einmal von uns Abschied genommen hätte. So scheidet das alte Jahrhundert von uns, uns bleibt nur der Wunsch, daß das kommende neue Jahrhundert nicht kleiner sein möge, als sein Vorgänger; daß die Nachfolger des großen Toten, der auch ihnen gelebt, wert sein mögen, und dem die Unsterblichkeit verbleiben wird, soweit überhaupt von Unsterblichkeit die Rede sein kann. Als Erbe Bismarcks bleibt uns sein Werk, sein im deutschen Volke fortlebender Geist. Dieser wird alle Nebel vom deutschen Vaterlande vertreiben. Sein unsterbliches Werk bleibt unser geeintes Vaterland, unser liebes Deutsches Reich!"

Alphabetisches Personen-Register.

Zu Band I—VI nebst Anhangband.*)

*) Die römischen Ziffern bedeuten den Band, die arabischen die Seite. Fürst Bismarck und die Seinigen sind in das Namensregister nicht aufgenommen. Bezüglich ihrer wird auf das Sachregister und die Inhaltsverzeichnisse zu den Einzelbänden verwiesen. Fürst Bismarck ist da, wo er im Register bei dem Namen anderer Personen, ihrer Beziehungen zu ihm u. s. w. erwähnt ist, mit B. bezeichnet. Bei sehr umfangreichen Nachweisen zu einzelnen Namen, wie z. B. „Kaiser Wilhelm I." u. s. w. ist der Band des Werkes, auf welchen verwiesen wird, gesperrt gedruckt, „Band I, Band II" u. s. w., und die dazwischen stehenden arabischen Ziffern beziehen sich dann auf die Seiten des zuvor gesperrt gedruckten Bandes. Bei kurzen Namensnachweisen wird die römische Ziffer des Bandes erst gewechselt, wenn ein neuer Band citiert wird. Die bis dahin stehenden arabischen Ziffern beziehen sich also auf den zuletzt (durch die römische Ziffer) genannten Band. Bei längeren Nachweisen sind auch die Jahreszahlen übersichtshalber gesperrt gedruckt. Die Bezeichnung „Bd. VII" bezieht sich auf den Anhang.

B.

C.

F.

13*

G.

K.

L.

M.

O.

P.

S.

Y.

Z.

Alphabetisches Sachregister.*)

Zu Band I bis VI dieses Werkes einschließlich des Anhangbandes.

---

*) Zu vgl. die Note zum alphabetischen Personenregister S. 175. Bismarck ist mit B., der Anhangsband mit Bd. VII bezeichnet.

C.

D.

F.

G.

K.

R.

S.